

Mitteilung des Senats vom 20. November 2012

**Geschäftsbericht zum doppelten Jahresabschluss
31.12.2011 des Landes und der Stadtgemeinde Bremen**

**Mitteilung des Senats
an die Bremische Bürgerschaft (Landtag)
vom 20. November 2012**

**Geschäftsbericht zum doppelischen Jahresabschluss 31.12.2011 des
Landes und der Stadtgemeinde Bremen**

Der Senat überreicht der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) hiermit den von der Senatorin für Finanzen erstellten „Geschäftsbericht zum doppelischen Jahresabschluss 31.12.2011 des Landes und der Stadtgemeinde Bremen“ zur Kenntnisnahme.

Wie im Vorjahr besteht der Geschäftsbericht aus der Vermögens- und Erfolgsrechnung, dem Anhang, dem Lagebericht sowie der Finanzrechnung, die sämtlich unter weitgehender Berücksichtigung der durch das Haushaltsgrundsätzegesetz vorgegebenen Standards staatlicher Doppik erstellt wurden.

Der doppelische Jahresabschluss stellt als vergangenheitsbezogene Rechenschaftslegung die Rechnungsergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres 2011 aus betriebswirtschaftlicher Sicht dar. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Landes und der Stadtgemeinde Bremen werden nach doppelischen Grundsätzen dokumentiert und analysiert. Durch die Gegenüberstellung der Werte aus dem Vorjahr wird erstmals ein Zeitreihenvergleich möglich. Die Veränderungen innerhalb der Posten der Vermögens- und Erfolgsrechnung werden ersichtlich und die den Werteverzehr bzw. -zuwachs beeinflussenden Positionen innerhalb des Berichtsjahres aufgezeigt.

Das Ergebnis des doppelischen Jahresabschlusses belegt Bremens extreme Haushaltsnotlage. Die staatlichen Aufgaben können nur mit Hilfe von Krediten finanziert werden. Trotz der erhaltenen 300 Millionen Euro Konsolidierungshilfen erzielt Bremen einen deutlichen Jahresfehlbetrag von rund 800 Millionen Euro. Das negative Eigenkapital beträgt rund 15,51 Milliarden Euro.

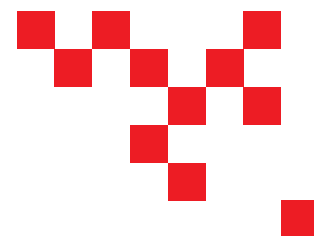
Die Einschätzung der dramatischen Haushaltsnotlage Bremens aus kameraler Sicht wird somit durch die Erkenntnisse des doppelischen Jahresabschlusses nicht entkräftet, sondern noch bestärkt, da hier beispielsweise zusätzlich die Pensionsrückstellungen berücksichtigt werden. Der doppelische Jahresabschluss ermöglicht es jedoch, den Ressourcenverbrauch sowie die eingegangenen Verpflichtungen im Blick zu behalten.

2011 wurden die Prozesse im Rahmen der Erstellung der doppelischen Jahresabschlüsse weiter verstetigt und optimiert, so dass die dem Abschluss zugrunde liegende Datenqua-

lität verbessert wurde. Der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen hat den doppelischen Jahresabschluss 2010 geprüft und in seinem Jahresbericht 2012 darüber berichtet. Die Kritikpunkte sind darin begründet, dass das bisherige Vorgehen noch nicht vollständig den Standards staatlicher Doppik entspricht. Deshalb wird beim Erstellen der folgenden Jahresabschlüsse darauf hingewirkt, dass schrittweise bis 2014 auf die Vorgaben der Standards staatlicher Doppik umgestellt wird. Der im Rahmen einer Schwerpunktprüfung der Personalaufwendungen 2012 erstellte Prüfbericht des Rechnungshofes enthielt keine Beanstandungen.

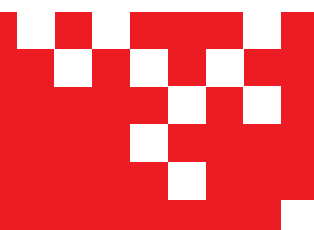
Da die alleinige Betrachtung der doppelischen Daten des Kernhaushaltes, insbesondere auf Grund der erfolgten Ausgliederungen der Vermögensgegenstände in Sonderhaushalte, Sondervermögen, Eigenbetriebe, Stiftungen und Gesellschaften nur einen Teilbereich des tatsächlichen Werteverzehrs abbildet, ist eine schrittweise Einbeziehung der ausgegliederten Einheiten für eine gesamtbremische Rechnungslegung (Konsolidierung) notwendig. Der Aufbau eines konsolidierten doppelischen Jahresabschlusses soll weiter vorangetrieben werden. Für den umfänglichen Überblick über den Gesamtbestand des bremischen Vermögens und der Schulden nach doppelischen Grundsätzen sollen im nächsten Schritt die aus dem Kernhaushalt ausgegliederten Einheiten mit betrachtet werden. Hierzu ist 2012 mit der Erstellung eines betriebswirtschaftlichen Konsolidierungskonzeptes begonnen worden, dessen Fertigstellung jedoch erst voraussichtlich Mitte 2013 des Jahres erfolgen kann. Anschließend sollen die Umsetzungsarbeiten begonnen werden.

Über den Stand der Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens soll weiterhin jährlich berichtet werden.



Geschäftsbericht

zum doppelten Jahresabschluss 31.12.2011
des Landes und der Stadtgemeinde Bremen



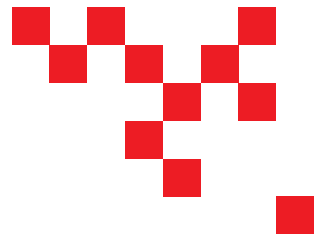


Vorwort



Im Sinne einer nachhaltigen und transparenten Haushalts- und Finanzpolitik legt Bremen zum zweiten Mal einen doppischen Jahresabschluss vor. Der vorliegende Überblick über das Bremer Vermögen und die eingegangenen Verpflichtungen zum Stichtag 31. 12. 2011 dokumentiert außerdem die Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr.

Der Jahresabschluss belegt Bremens extreme Haushaltsnotlage. Die staatlichen Aufgaben können nur mit Hilfe von Krediten finanziert werden. Trotz der erhaltenen 300 Millionen Euro Konsolidierungshilfen erzielt Bremen einen deutlichen Jahresfehlbetrag von 800 Millionen Euro. Das negative Eigenkapital beträgt 15,51 Milliarden Euro. Diese Zahlen verdeutlichen die Bedeutung der Schuldenbremse; belegen aber auch



die Unterfinanzierung des Staates. Keine neuen Schulden mehr ab 2020 ist ein Bekenntnis zur Generationengerechtigkeit.

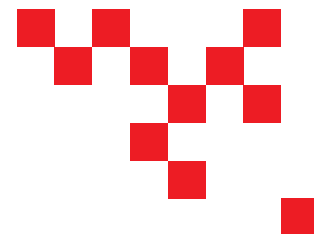
Die Doppik löst natürlich nicht die finanziellen Probleme Bremens. Der doppelte Jahresabschluss ermöglicht es aber, den Ressourcenverbrauch sowie die eingegangenen Verpflichtungen im Blick zu behalten. Die Einschätzung der dramatischen Haushaltsnotlage Bremens aus kameraler Sicht wird durch die Erkenntnisse des doppelten Jahresabschlusses nicht entkräftet, sondern noch bestärkt, da hier beispielsweise zusätzlich die Pensionsrückstellungen berücksichtigt werden.

Wir müssen dafür sorgen, dass die staatlichen Aufgaben finanziert werden – auch

wenn sie im Sinne der doppelten Buchführung nicht immer zu einem Vermögenszuwachs in Cent und Euro führen. Bremen ist kein Unternehmen mit dem Ziel, Profite zu erzielen. Aufgaben im Umwelt- und Klimaschutz, im Bereich Bildung oder soziale Sicherung müssen erfüllt und ein funktionierender Rechtsstaat gewährleistet werden.

Mein Dank gilt allen Beteiligten, die mit ihrem engagierten Arbeiten diesen Bericht ermöglichten.

Karoline Linnert
Bürgermeisterin / Senatorin für Finanzen



Inhalt

Der zweite doppelte Jahresabschluss Bremens	6
Jahresabschluss	11
Vermögensrechnung zum 31.12.2011	12
Erfolgsrechnung 2011	14
Anlagengitter	16
Anhang	18
Allgemeine Angaben	19
Erläuterungen zur Vermögensrechnung – Aktiva	22
Erläuterungen zur Vermögensrechnung – Passiva	41
Erläuterungen zur Erfolgsrechnung	59
Sonstige Angaben	74
Lagebericht	84
Finanzrechnung zum 31.12.2011	108
Anlagen	114
Glossar	120
Abkürzungen	122
Impressum/Bildnachweis	123

Der zweite doppelte Jahresabschluss Bremens

Schneller zum Ziel – ein kleiner Wegweiser

Mit dieser kleinen Orientierungshilfe soll der Umgang mit dem Geschäftsbericht zum doppelten Jahresabschluss erleichtert werden. Insgesamt soll durch den doppelten Jahresabschluss ein umfassendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Landes und der Stadtgemeinde Bremen aus betriebswirtschaftlicher Sicht für das Berichtsjahr gegeben werden.

Wie im Vorjahr ist der Geschäftsbericht in der durch die Standards staatlicher Doppik vorgegebenen formalen Struktur erstellt und umfasst unterschiedliche Abschnitte, deren

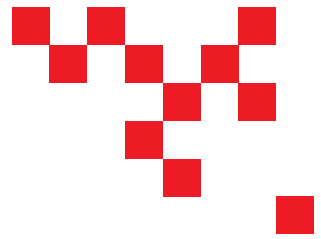
Lektüre gegebenenfalls auch unabhängig voneinander erfolgen kann.

In der **Vermögensrechnung** und der **Erfolgsrechnung zum 31.12.2011** werden die kumulierten Werte des Berichtsjahres denen des Vorjahres gegenübergestellt. Hier findet sich das Zahlenwerk mit seinen Aufstellungen zur **Vermögens- und Erfolgsrechnung** sowie zum **Anlagengitter**. Waren Anpassungen der Vorjahre erforderlich, so finden sich die Darstellungen der notwendigen Anpassungen am Ende des Berichtes in den **Anlagen**.

Eine ausführliche Darstellung der einzelnen Posten der Vermögens- und Erfolgsrechnung befindet sich im **Anhang**. Dort werden



Bremer Rathaus mit Roland und Marktplatz



ergänzende Informationen gegeben, die die Zusammensetzung der Positionen und zum Teil auch die Entwicklung innerhalb des Jahres erläutern. Der Anhang trägt damit durch Detailinformationen wesentlich zum Verständnis der **Vermögensrechnung** und der **Erfolgsrechnung 2011** bei.

Im **Lagebericht** erfolgt eine Beurteilung der Situation im Berichtsjahr und die mögliche Entwicklung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen in den Folgejahren wird aufgezeigt. Hier finden sich die Ausführungen zu den *finanzpolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen* sowie die politischen Schwerpunktthemen, die den *Geschäftsverlauf* im Berichtszeitraum beeinflusst haben. In der Darstellung der Lage erfolgt die Ergebnisanalyse und -kommentierung des Berichtsjahres. Der Nachtragsbericht informiert über Ereignisse, die nach dem Ende des

Berichtsjahres eintraten und rückwirkende Bedeutung für bzw. Auswirkungen auf das Berichtsjahr hatten. Im Risiko- und Chancenbericht werden Sachverhalte aufgeführt, deren Eintreten in der Zukunft einen wesentlichen Einfluss auf die Lage der Freien Hansestadt Bremen haben können.

Die **Finanzrechnung** ist eine ergänzende Liquiditätsbetrachtung des Berichtsjahres und des Vorjahres aus doppischer Sicht. Hier befindet sich die zahlenmäßige Veränderung des Zahlungsmittelbestandes in Form einer tabellarischen Cashflow-Rechnung für die Bereiche der Verwaltungs-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit.

Das **Glossar** und das **Abkürzungsverzeichnis** runden den Geschäftsbericht ab und sollen als Nachschlagehilfe für Fachbegriffe dem schnelleren Verständnis dienen.

Geschäftsbericht zum doppelten Jahresabschluss des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2011



Allgemeiner Teil



Jahresabschluss



Vermögensrechnung



Erfolgsrechnung



Anlagengitter



Anhang



Lagebericht



Finanzrechnung



Anlagen



Glossar, Abkürzungsverzeichnis



DIE AUSGANGSLAGE

Mit der nun regelmäßigen Erstellung von doppelten Jahresabschlüssen führt Bremen den Reformprozess des Haushalts- und Rechnungswesens weiter fort. Im Land und in der Stadtgemeinde Bremen stehen unterschiedliche Komponenten des Rechnungswesens, die in der Vergangenheit implementiert wurden, zur Verfügung. Im Zuge der Verwaltungsmodernisierung wuchsen in deren Gleichschritt die Anforderungen an das Bremische Haushalts- und Rechnungswesen stetig. Dies führte dazu, dass dieses zu einem Instrument moderner Verwaltungssteuerung kontinuierlich weiterentwickelt wurde. Das Bremische Rechnungswesen umfasst kamerale und betriebswirtschaftliche Komponenten und liefert je nach Fragestellung unterschiedlichste Informationen an Bürger, Politik und Verwaltung.

Seit der Einführung der Standardsoftware SAP wird im Rechnungswesen der Freien Hansestadt Bremen die doppelte Buchführung systembedingt bei jeder kameralen Buchung mitgeführt, da der Buchungssatz aus dem kameralen Rechnungswesen auf die Konten der Finanzbuchhaltung sowie auf die Elemente der Kosten- und Leistungsrechnung übergeleitet wird. Im Gegensatz zum kameralen Rechnungswesen, in dem die periodische Zuordnung der Geschäftsvorfälle auf den tatsächlichen Zahlungszeitpunkt abgestellt wird, ergibt sich diese in der Finanzbuchhaltung aus dem Zeitpunkt der tatsächlichen Leistungserbringung bzw. -inanspruchnahme.

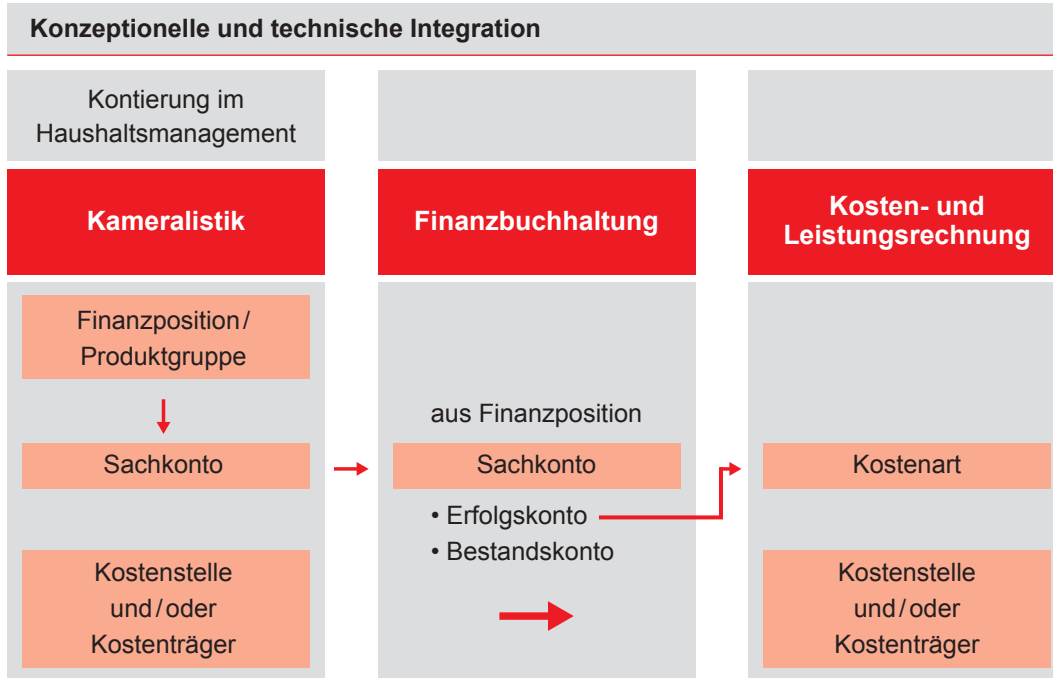
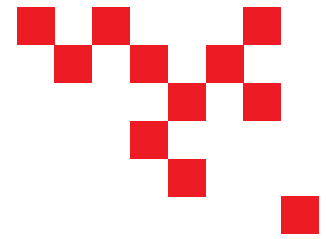


Der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen hat den Jahresabschluss des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2010 geprüft und in seinem Jahresbericht 2012 darüber berichtet. Die vom Rechnungshof geäußerte Kritik wurde anschließend gemeinsam mit der Senatorin für Finanzen erörtert. Einige Kritikpunkte, beispielsweise die Behandlung der Zuweisungen für Investitionen und die Bildung der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, sind darin begründet, dass das bisherige Vorgehen Bremens noch nicht den Standards staatlicher Doppik entspricht. Die Freie Hansestadt Bremen wird beim Erstellen der folgenden Jahresabschlüsse darauf hinwirken, schnellstmöglich die angesprochenen Punkte schrittweise bis 2014 auf die Vorgaben der Standards staatlicher Doppik umzustellen.

INFO:

Bisherige
Geschäftsberichte der
Freien Hansestadt Bremen

Link: <http://www.finanzen.bremen.de/info/Bilanzberichte>

**INFO:**

Eine Buchung im System wird in allen Komponenten des Rechnungswesens fortgeschrieben

DOPPISCHER JAHRESABSCHLUSS WIRD FORTGEFÜHRT

Der vorliegende doppelte Jahresabschluss zum 31. 12. 2011 setzt auf dem des Vorjahres auf und zeigt die Veränderung der Werte im Berichtsjahr.

Der doppelte Jahresabschluss 2011 umfasst wie im Vorjahr das Land und die Stadtgemeinde Bremen. Die Einbindung der ausgegliederten Einheiten wie beispielsweise Sonderhaushalte und Sondervermögen sowie Bremerhavens sind mittelfristig weitere Schritte auf dem Weg zu einer Konzernrechnungslegung. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die ausgegliederten Einheiten im doppelten Jahresabschluss des Landes und der Stadtgemeinde Bremen weiterhin als Beteiligungen in dem Bilanzposten Finanzanlagen, getrennt nach den Anteilen Bremens am Eigenkapital, ausgewiesen.

Wie in den Vorjahren erfolgte die Erstellung des doppelten Jahresabschlusses auf Grundlage der Standards staatlicher Doppik. Sofern von diesem Grundsatz abgewichen wurde, wird dieses im Anhang erläutert.

Der doppelte Jahresabschluss dokumentiert die Rechnungsergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres 2011 und ist wie die kamerale Haushaltsrechnung eine vergangenheitsbezogene Rechenschaftslegung. Somit ist der doppelte Jahresabschluss kein Planungsinstrument, sondern dient der Analyse der vergangenen Rechnungsperiode und zeigt auf, wie sich die politischen Entscheidungen einer Rechnungsperiode auf die Vermögens- und Schuldenlage des Landes und der Stadtgemeinde Bremen ausgewirkt haben. Mit dem vorliegenden zweiten doppelten Jahresabschluss lässt sich nun ein erster Zeitreihenvergleich durchführen.

Der doppelte Jahresabschluss und die kamerale Haushaltsrechnung stellen jeweils die Schlussrechnung für das abgelaufene Haushaltsjahr im doppelten bzw. kameralen Rechnungswesensystem dar. Im Gegensatz zur kameralen Haushaltsrechnung umfasst der doppelte Jahresabschluss das Land und die Stadtgemeinde Bremen nicht getrennt, sondern in einer Gesamtbetrachtung. Die kamerale Haushaltsrechnung dient als unkommentierter Bericht der gesetzlich vorgeschriebenen Entlastung des Senats durch die Bürgerschaft. Der doppelte Jahresabschluss liefert neben der Darstellung der Vermögens- und Erfolgsrechnung zusätzliche das Ergebnis begründende Informationen, welche der Beurteilung der Gesamtlage des Landes und der Stadtgemeinde Bremen dienen.

DIE VERMÖGENSRECHNUNG

Die Vermögensrechnung zum 31.12.2011 gibt als Bestandteil des doppelten Jahresabschlusses im Zeitreihenvergleich Aufschluss über die Entwicklung des Vermögens und der Schulden des Landes und der Stadtgemeinde Bremen im Berichtsjahr. Durch die Gegenüberstellung der Werte zu den Abschlussstichtagen 31.12.2010 und

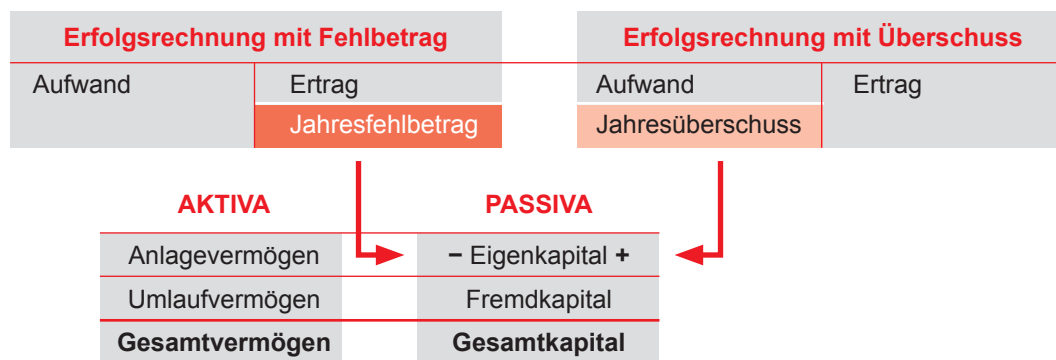
31.12.2011 werden die Veränderungen innerhalb des Vermögens und der Schulden und im Eigenkapital der Werteverzehr bzw. Wertezuwachs innerhalb des Berichtsjahres aufgezeigt.

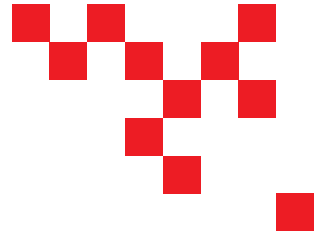
DIE ERFOLGSRECHNUNG

Die Erfolgsrechnung 2011 gibt als Bestandteil des doppelten Jahresabschlusses im Zeitreihenvergleich Aufschluss über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen im Berichtsjahr. Durch die Gegenüberstellung der Werte der Berichtsjahre 2010 und 2011 werden die Veränderungen innerhalb der Posten der Erfolgsrechnung ersichtlich und gleichzeitig die den Werteverzehr bzw. Wertezuwachs beeinflussenden Positionen innerhalb des Berichtsjahres aufgezeigt.

Das in der Erfolgsrechnung ausgewiesene Ergebnis wird in der Vermögensrechnung als Veränderung des Eigenkapitals erfasst. Dabei führt ein in der Erfolgsrechnung ausgewiesener Jahresüberschuss zur Erhöhung bzw. Verbesserung des Eigenkapitals, während ein ausgewiesener Jahresfehlbetrag die Verminderung bzw. Verschlechterung des Eigenkapitals bewirkt.

Zusammenhang von Erfolgs- und Vermögensrechnung





Jahresabschluss

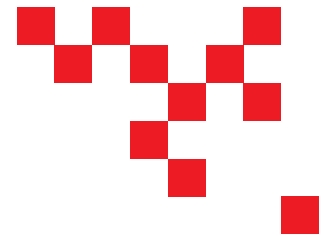


Freie Hansestadt Bremen

Vermögensrechnung zum 31.12.2011

AKTIVA

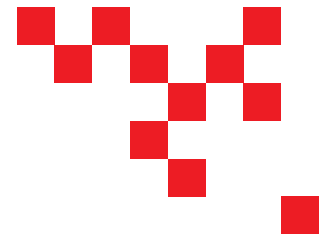
	31.12.2011 Euro	Neuer Wertansatz 31.12.2010 Euro
A. ANLAGEVERMÖGEN	7.518.722.519,81	7.477.342.852,13
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.999.280.020,43	1.920.519.390,59
1. Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	1.994.278.633,13	1.915.089.543,84
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	5.001.387,30	5.429.846,75
II. Sachanlagen	45.782.125,08	42.022.220,33
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	127.746,67	134.151,80
2. Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	41.406.613,21	38.885.599,86
3. Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen und Anlagen im Bau	4.247.765,20	3.002.468,67
III. Finanzanlagen	5.473.660.374,30	5.514.801.241,21
1. Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	1.238.664.878,91	1.235.045.070,61
2. Beteiligungen	108.951.575,10	110.258.365,36
3. Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	2.828.910.966,33	2.828.910.966,33
4. Ausleihungen an Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	1.152.028.250,72	1.195.484.868,36
5. Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	145.104.703,24	145.101.970,55
B. UMLAUFVERMÖGEN	2.092.615.011,08	1.822.855.510,48
I. Vorräte	240.259,02	240.045,36
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.030.268.004,19	1.770.064.288,25
1. Forderungen aus Steuern	172.207.000,00	219.288.000,00
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	143.768.173,45	139.695.234,93
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Einrichtungen	412.546.429,02	337.087.975,96
4. Forderungen gegen Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	151.870.307,14	175.004.068,10
5. Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	188.832.422,74	76.801.799,25
6. Sonstige Vermögensgegenstände	961.043.671,84	822.187.210,01
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks	62.106.747,87	52.551.176,87
C. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	37.407.082,80	39.189.385,45
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	15.514.908.995,90	14.540.006.343,80
BILANZSUMME	25.163.653.609,59	23.879.394.091,86

**PASSIVA**

	31.12.2011 Euro	Neuer Wertansatz 31.12.2010 Euro
A. EIGENKAPITAL	0,00	0,00
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONEN	492.892.701,01	488.995.965,21
C. RÜCKSTELLUNGEN	6.319.011.659,04	5.879.072.000,00
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	6.206.503.000,00	5.792.471.000,00
II. Sonstige Rückstellungen	112.508.659,04	86.601.000,00
D. VERBINDLICHKEITEN	18.351.561.980,63	17.511.326.126,65
I. Anleihen und Obligationen	10.781.373.227,00	10.091.998.226,67
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	4.803.103.655,45
III. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	126.525,50	65.400,82
IV. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	158.978.254,80	163.679.298,82
V. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17.942.696,37	11.873.577,08
VI. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	124.017.433,36	105.644.333,72
VII. Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	0,00	1.354.684,03
VIII. Sonstige Verbindlichkeiten	7.269.123.843,60	2.333.606.950,06
E. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	187.268,91	0,00
BILANZSUMME	25.163.653.609,59	23.879.394.091,86

Freie Hansestadt Bremen Erfolgsrechnung 2011

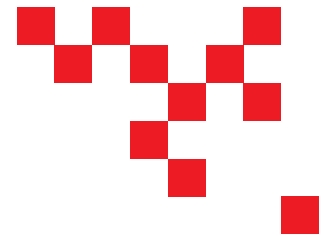
	2011 Euro	2010 Euro
1. Steuern und steuerähnliche Erträge	2.172.852.501,21	2.018.719.194,64
2. Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen	1.042.623.775,58	650.222.201,47
3. Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	397.218.714,70	447.779.020,85
4. Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	156.420.251,69	143.801.581,86
a) Erträge aus Gebühren	94.290.956,14	91.157.467,67
b) Erträge aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern	12.246.630,17	11.900.976,03
c) Umsatzerlöse	49.882.665,38	40.743.138,16
5. Sonstige Erträge	43.960.447,27	44.001.678,52
6. Summe Erträge	3.813.075.690,45	3.304.523.677,34
7. Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	-268.164.959,55	-285.247.333,83
a) Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren	-65.967.362,72	-76.393.056,25
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-202.197.596,83	-208.854.277,58
8. Personalaufwand	-1.471.137.256,85	-1.145.208.068,99
a) Entgelte	-250.856.112,99	-217.887.131,39
b) Bezüge	-472.752.698,76	-471.289.180,81
c) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-747.528.445,10	-456.031.756,79
9. Abschreibungen	-111.991.452,71	-102.671.654,67
10. Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	-1.997.227.128,73	-1.858.667.531,85
11. Sonstige Aufwendungen	-134.533.968,44	-130.668.179,81
a) Sonstige Personalaufwendungen	-14.790.424,56	-12.859.014,23
b) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	-99.544.996,22	-96.657.466,19
c) Aufwendungen für Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Reisen sowie Wertkorrekturen und Sonstiges	-20.198.547,66	-21.151.699,39
12. Summe Aufwendungen	-3.983.054.766,28	-3.522.462.769,15
13. Verwaltungsergebnis	-169.979.075,83	-217.939.091,81



	2011 Euro	2010 Euro
14. Erträge aus Beteiligungen	10.992.408,06	5.705.732,94
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	342.282.896,39	50.920.684,90
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-860.453.924,71	-645.366.473,70
17. Finanzergebnis	-507.178.620,26	-588.740.055,86
18. Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit	-677.157.696,09	-806.679.147,67
19. Außerordentliche Aufwendungen	-122.928.000,00	0,00
20. Außerordentliches Ergebnis	-122.928.000,00	0,00
21. Steuern	-10.137,14	-10.777,85
a) vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00
b) sonstige Steuern	-10.137,14	-10.777,85
22. Jahresfehlbetrag	-800.095.833,23	-806.689.925,52

Anlagengitter

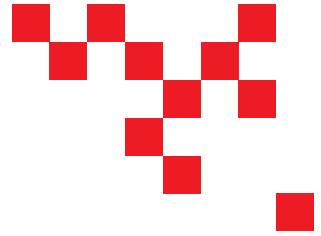
Alle Angaben in Euro	Anschaffungs- oder Herstellungskosten 01.01.2011	Kumulierte Absetzung für Abnutzung (AfA) 01.01.2011
Anlagevermögen (gesamt)	7.540.220.256,27	102.671.654,67
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.014.729.425,39	94.210.034,80
Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	2.007.446.287,40	92.356.743,56
Konzessionen, Rechte und Lizenzen	7.283.137,99	1.853.291,24
Sachanlagevermögen	50.483.840,20	8.461.619,87
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremdem Grund und Boden	140.556,94	6.405,14
Bauten	140.556,94	6.405,14
Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	47.340.814,59	8.455.214,73
Technische Anlagen und Maschinen	8.146.558,68	1.170.720,62
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	39.194.255,91	7.284.494,11
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.002.468,67	0,00
Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen	3.002.468,67	0,00
Finanzanlagen	5.475.006.990,68	0,00
Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	1.235.019.940,43	0,00
Beteiligungen	70.489.245,01	0,00
Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	2.828.910.966,33	0,00
Ausleihungen an Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsführung	1.195.484.868,36	0,00
sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	145.101.970,55	0,00



Buchwert 01.01.2011 A+ / A- Anpassung der Werte aus der Eröffnungsbilanz U+ / U- Umbuchungen	Wertveränderungen des laufenden Haushaltsjahres		Buchwert 31.12.2011
	+ Zugänge - Abgänge U+ / U- Umbuchungen	- Absetzungen für Abnutzung + Zuschreibungen	
7.437.548.601,60 A+39.794.250,53	344.236.634,22 -190.871.489,53	-111.985.477,01 0,00	7.518.722.519,81
1.920.519.390,59	180.721.371,19 -655,99	-101.960.085,36 0,00	1.999.280.020,43
1.915.089.543,84	178.927.060,12 0,00	-99.737.970,83 0,00	1.994.278.633,13
5.429.846,75	1.794.311,07 -655,99	-2.222.114,53 0,00	5.001.387,30
42.022.220,33	13.938.853,08 -153.556,68	-10.025.391,65 0,00	45.782.125,083
134.151,80	0,00 0,00	-6.405,13 0,00	127.746,67
134.151,80	0,00 0,00	-6.405,13 0,00	127.746,67
38.885.599,86	12.693.556,55 -153.556,68	-10.018.986,52 0,00	41.406.613,21
6.975.838,06	2.004.851,51 -64.059,48	-1.410.109,71 0,00	7.506.520,38
31.909.761,80	10.688.705,04 -89.497,20	-8.608.876,81 0,00	33.900.092,83
3.002.468,67	1.245.296,53 0,00	0,00 0,00	4.247.765,20
3.002.468,67	1.245.296,53 0,00	0,00 0,00	4.247.765,20
5.475.006.990,68 A+39.794.250,53	149.576.409,95 -190.717.276,86	0,00 0,00	5.473.660.374,30
1.235.019.940,43 A+25.130,18	149.573.677,26 -145.953.868,96	0,00 0,00	1.238.664.878,91
70.489.245,01 A+39.769.120,35	0,00 -1.306.790,26	0,00 0,00	108.951.575,10
2.828.910.966,33	0,00 0,00	0,00 0,00	2.828.910.966,33
1.195.484.868,36	0,00 -43.456.617,64	0,00 0,00	1.152.028.250,72
145.101.970,55	2.732,69 0,00	0,00 0,00	145.104.703,24



Anhang



ALLGEMEINE ANGABEN

Mit Inkrafttreten des Haushaltsgrundsätzemodernisierungsgesetzes wurden auch Vorgaben für eine staatliche Doppik verabschiedet. Diese Standards geben seit dem 01.01.2010 u. a. verbindliche Regeln für die Bilanzierung und Bewertung eines doppelischen Rechnungswesens auf der Bundes- und der Länderebene vor, um eine Vergleichbarkeit der öffentlichen Haushalte weiterhin zu gewährleisten. Zur Anpassung der Rechnungswesensysteme der Länder an die neuen Standards gibt es eine Übergangsfrist bis zum 31. 12. 2014.

Für den Jahresabschluss der Freien Hansestadt Bremen wurden wie bereits bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz grundsätzlich die Standards staatlicher Doppik angewandt. Bei einzelnen Posten der Vermögens- und Erfolgsrechnung wurde jedoch noch von den Standards abgewichen. Sofern dies erfolgte, wird dies direkt in dem jeweiligen Posten im Anhang erläutert.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurden alle Daten bzw. Sachverhalte zum 31. 12. 2011 berücksichtigt, die bis zum 31.05.2012 vorlagen bzw. bekannt wurden.

Eine Besonderheit der nach dem Bilanzstichtag bekannt gewordenen Sachverhalte stellt die im April 2012 bekannt gewordene geplante Verschmelzung der Bremer und Bremerhavener Arbeit GmbH (bba) auf die Freie Hansestadt Bremen dar. Durch Senatsbeschluss vom 03.07.2012 und Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses vom 06.07.2012 wird die Gesellschaft bba mit Rückwirkung zum 01.01.2012 auf die Freie Hansestadt Bremen (Land) verschmolzen. Die Anmeldung der rückwirkenden Verschmelzung beim zuständigen Handelsregister in Bremen erfolgte im August 2012. Nach den Vorschriften des Umwandlungsgesetzes (UmwG) und des Umwandlungssteuergesetzes (UmwStG) geht das Vermögen der Bremer und Bremerhavener Arbeit GmbH mit Wirkung zum 31. 12. 2011 in das Vermögen der Freien Hansestadt Bremen über und ist daher in deren Vermögensrechnung zum 31. 12. 2011 auszuweisen. Die ergebnisneutrale Übertragung der Vermögenswerte und Schulden erfolgt mit den im Jahresabschluss der Bremer und Bremerhavener Arbeit zum 31. 12. 2011 ausgewiesenen Buchwerten und wird in den jeweiligen Posten innerhalb der Erläuterungen zur Vermögensrechnung als Übernahmewert bba gesondert ausgewiesen.

Leerposten werden entsprechend den Standards staatlicher Doppik nicht ausgewiesen.

INFO:

Freie Hansestadt Bremen steht fortan für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

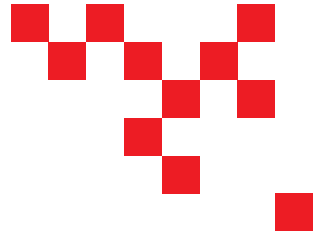
ANPASSUNG DER WERTE DER ERÖFFNUNGSBILANZ ZUM 01.01.2010

Die Nettoposition ergibt sich aus der Differenz der zum Zeitpunkt der Erstellung der Eröffnungsbilanz ermittelten Vermögensgegenstände und Schulden. In den Folgebilanzen ändert sich die Nettoposition in der Regel nicht. Eine Ausnahme für die Änderung der Nettoposition stellt die Notwendigkeit dar, Wertansätze, die für die Erstellung der Eröffnungsbilanz zugrunde gelegt wurden, zu ändern.

Nach den Standards staatlicher Doppik ist eine erfolgsneutrale Berichtigung der für die Eröffnungsbilanz ermittelten Werte innerhalb eines Zeitraums von vier Jahren nach Eröffnungsbilanzstichtag zulässig, wenn sich aufgrund neuer Erkenntnisse bei Überprüfung der für die Erstellung der Eröffnungsbilanz zugrunde gelegten Daten geänderte und damit anzupassende Werte ergeben. Innerhalb dieses Zeitraums sind die Korrekturen erfolgsneutral innerhalb des Postens Nettoposition in dem Haushaltsjahr, in dem sie bekannt werden, vorzunehmen und im Anhang zu erläutern.

Die Freie Hansestadt Bremen hat im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 erneut die Wertansätze der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 überprüft und notwendige Anpassungen vorgenommen, die in der als Anlage 1 beigefügten Entwicklung der Wertansätze der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 dargestellt werden. Als Folge dieser Anpassung ergeben sich Änderungen der in der Vermögensrechnung zum 31.12.2010 ausgewiesenen Werte, die in der Anlage 2 aufgeführt werden. Sowohl in der Vermögensrechnung zum 31.12.2011 als auch in den Erläuterungen zur Vermögensrechnung werden die fortgeschriebenen Werte als Vorjahresbestand ausgewiesen.

Aus der Anpassung der Werte der Eröffnungsbilanz resultieren Anpassungsnotwendigkeiten für im Haushaltsjahr 2010 ergebniswirksam erfasste Beträge in den korrigierten Posten. Nach den Standards staatlicher Doppik erfolgt keine rückwirkende Korrektur durch Veränderung endgültiger Jahresabschlüsse. Daher sind die Anpassungen in dem Haushaltsjahr vorzunehmen, in dem sie bekannt werden. Die aus der Anpassung der Eröffnungsbilanzwerte resultierenden Folgewirkungen werden ergebniswirksam im Jahr des Bekanntwerdens nachgeholt.



Bremer Roland

Erläuterungen zur Vermögensrechnung – Aktiva

A. Anlagevermögen

I. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Als immaterielle Vermögensgegenstände werden geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse, entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten bezeichnet.

1. Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	Euro 1.994.278.633,13
	(31. 12. 2010 · Euro 1.915.089.543,84)

In diesem Posten werden Geldleistungen ausgewiesen, für die folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein müssen:

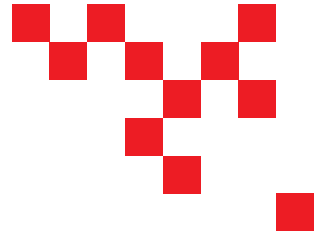
Es handelt sich um Geldleistungen

- der Kernverwaltung an Dritte außerhalb der staatlichen Verwaltung und an Einrichtungen, die nicht Bestandteil der Kernverwaltung sind,
- zu investiven Zwecken, d. h., aus den Zuweisungen bzw. Zuschüssen wird durch den Empfänger aktivierungsfähiges Anlagevermögen geschaffen,
- zur Erfüllung von Aufgaben, an denen der Staat ein erhebliches Interesse hat, z. B. zur Förderung eines bestimmten wirtschafts-, sozial- oder gesellschaftspolitisch erwünschten Zwecks,
- aus deren Gewährung eine mehrjährige Gegenleistungsverpflichtung des Dritten erwächst, verbunden mit einem Rückerstattungsanspruch im Falle der Nichterfüllung.

Bei den bilanzierungsfähigen Investitionszuweisungen und -zuschüssen handelt es sich demnach um Rechte der öffentlichen Gebietskörperschaft auf eine mehrjährige Gegenleistung. Es wird die durch den Empfänger eingegangene Gegenleistungsverpflichtung aktiviert. Zuweisungen und Zuschüsse können nur dann aktiviert werden, wenn die Gegenleistungsverpflichtung hinreichend präzise und durchsetzbar in einem Förderbescheid verankert ist.

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Stand 31. 12. des Vorjahres	1.915.089.543,84	1.817.467.227,53
+ Zugänge	+178.927.060,12	+189.979.059,87
– Abschreibungen	–99.737.970,83	–92.356.743,56
Stand 31. 12. des Jahres	1.994.278.633,13	1.915.089.543,84

Die Freie Hansestadt Bremen hat die in den Standards staatlicher Doppik vorgesehene Vereinfachungsregel auch für die Vermögensrechnung zum 31. 12. 2011 in Anspruch genommen und den Wert für die Vermögensrechnung aus dem kameralen Buchungsstoff 2011 abgeleitet. Zuweisungen und Zuschüsse, die die o. g. Kriterien zur Bilanzierung erfüllen, sind kameral unter den Investitionsausgaben nach § 13 Abs. 3 Nr. 2g LHO veranschlagt. Aus den investiven Aus-



gaben der Obergruppen 88 (Zuweisungen für Investitionen an den öffentlichen Bereich) und 89 (Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche) wurden die Beträge ermittelt, auf die die o. g. Kriterien zutreffen und die daher in diesem Posten zu aktivieren sind. Für diese Zuweisungen und Zuschüsse wird eine pauschale Nutzungsdauer von 25 Jahren unterstellt.

Ausgewiesen werden Zuweisungen und Zuschüsse der Freien Hansestadt Bremen u. a. für den Generalplan Küstenschutz, Erweiterungsprojekte im öffentlichen Personennahverkehr, Erweiterungsbauten bei der Universität und den Kliniken sowie für Investitionen im Offshore-Bereich.

2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Euro 5.001.387,30

(31. 12. 2010 · Euro 5.429.846,75)

Voraussetzung für die Aktivierung in diesem Posten ist, dass die immateriellen Anlagegüter

- Konzessionen (z. B. öffentlich-rechtliche Genehmigungen),
- gewerbliche Schutzrechte (z. B. Patente),
- ähnliche Rechte und Werte (z. B. Nutzungsrechte) oder
- Lizenzen an solchen Rechten und Werten (z. B. an EDV-Programmen)

entgeltlich von Dritten erworben wurden.

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Stand 31. 12. des Vorjahres	5. 429.846,75	3.819.814,47
+ Zugänge	+1.781.148,06	+3.463.904,98
– Abgänge	–655,99	–581,46
– Abschreibungen	–2.222.114,53	–1.853.291,24
	4.988.224,29	5.429.846,75
Übernahmewert bba	+13.163,01	0,00
Stand 31. 12. des Jahres	5.001.387,30	5.429.846,75

Bei den ausgewiesenen Werten handelt es sich überwiegend um von der Freien Hansestadt Bremen erworbene Software bzw. Nutzungsrechte.

Zur Erläuterung des gesondert ausgewiesenen Übernahmewerts bba vgl. S. 19.

II. SACHANLAGEN

Sachanlagen sind materielle Vermögensgegenstände, die dem öffentlichen Bereich längerfristig zur Verfügung stehen sollen.

Von Dritten erhaltene Zuschüsse zu Gegenständen des Sachanlagevermögens werden auf der Passivseite in den Sonderposten für Investitionen (vgl. S. 46) eingestellt.

**1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten
einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken**
Euro 127.746,67

(31. 12. 2010 · Euro 134.151,80)

In diesem Posten wird das unbewegliche Sachanlagevermögen, insbesondere das Grund- und Immobilienvermögen, ausgewiesen. Dabei werden die Grundstücke und die Bauten gesondert ausgewiesen.

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Stand 31. 12. des Vorjahres	134.151,80	140.556,94
+ Zugänge	0,00	0,00
– Abgänge	0,00	0,00
– Abschreibungen	–6.405,13	–6.405,14
Stand 31. 12. des Jahres	127.746,67	134.151,80

Im Rahmen der Übertragung von bisher durch die Freie Hansestadt Bremen wahrgenommenen Aufgaben wurden diese zusammen mit den zur Aufgabenwahrnehmung notwendigen Sachanlagen, im Wesentlichen Grundstücke und Bauten, an Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO (Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) übertragen.

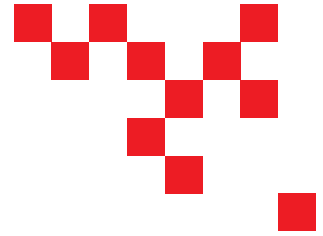
In der Vermögensrechnung der Freien Hansestadt Bremen sind diese übertragenen Wirtschaftsgüter nicht als Bestand in diesem Posten auszuweisen, da die übertragenen Grundstücke und Bauten als Sachanlagevermögen in den Bilanzen der Sondervermögen auszuweisen sind. Die Übertragung der Sachanlagen auf die Sondervermögen ist in deren Bilanzen als Zuführung zum Kapital des Sondervermögens durch den Gesellschafter Freie Hansestadt Bremen dargestellt. Der Anteil der Freien Hansestadt Bremen am Eigenkapital der Sondervermögen wird daher nach wie vor in dem Posten Finanzanlagen ausgewiesen.

In diesem Posten werden die bei der Freien Hansestadt Bremen verbliebenen Gebäude mit den Restwerten ausgewiesen, die im Rahmen einer körperlichen Bestandsaufnahme anhand von Anlagenbestandslisten überprüft wurden. Zu den wenigen Gebäuden, die als Ausnahmen nicht an Sondervermögen übertragen wurden, zählt u. a. eine Zwingeranlage bei der Polizei Bremen.

**2. Technische Anlagen und Maschinen, andere
Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung**
Euro 41.406.613,21

(31. 12. 2010 · Euro 38.885.599,86)

Zu den technischen Anlagen und Maschinen zählen ebenso wie Anlagen und Maschinen, die der Produktion dienen, auch Energieversorgungsanlagen und Anlagen zur Wärme- bzw. Kältesteuerung. Betriebsvorrichtungen, die nicht mit einem Gebäude in einem einheitlichen Nutzungs- und Funktionszusammenhang stehen (z. B. Aufzüge, Beleuchtungsanlagen, Klimaanlage), sind ebenfalls in diesem Posten auszuweisen.



Zu den anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung zählen alle Einrichtungsgegenstände von Büros und Werkstätten einschließlich der erforderlichen Werkzeuge sowie Arbeitsgeräte, Kraftwagen und Fahrzeuge aller Art (neben den marktgängigen Fahrzeugen gehören hierzu auch Spezialfahrzeuge), Nutztiere (z. B. Polizeihunde) und Nutzpflanzen. Auch Gebäudebestandteile werden hier ausgewiesen, die nicht zu den Bauten oder technischen Anlagen und Maschinen zählen. Dabei handelt es sich insbesondere um Scheinbestandteile, d. h. Gegenstände, die nur zu einem vorübergehenden Zweck in ein Gebäude eingefügt werden.

	Stand 31.12.2010 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen Euro	Stand 31.12.2011 Euro
Technische Anlagen und Maschinen, Betriebsvorrichtungen	6.975.838,06	+2.004.851,51 –64.059,48	–1.410.109,71	7.506.520,38
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung:				
• Hardware	6.009.905,39	+2.024.802,98 –12.999,51	–3.052.246,41	4.969.462,45
• Büroeinrichtungen	4.956.636,01	+1.527.192,43 –16.804,84	–498.794,49	5.968.229,11
• Labor- und Werkstatt-einrichtungen	3.331.207,41	+185.731,74 –1.889,76	–604.002,38	2.911.047,01
• Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.974.069,06	+913.057,31 –8.281,40	–855.207,12	5.023.637,85
• Fuhrpark	5.901.836,73	+2.004.595,06 –14.237,16	–908.755,96	6.983.438,67
• Betriebs- und Geschäftsausstattung bba	0,00	+151.544,61	0,00	151.544,61
• übrige Anlagen	6.736.107,20	+3.881.780,91 –35.284,53	–2.689.870,45	7.892.733,13
	38.885.599,86	+12.693.556,55 –153.556,68	–10.018.986,52	41.406.613,21

Die Zugänge Fuhrpark umfassen u. a. neue Fahrzeuge für Polizei und Feuerwehr, Rettungsboote sowie einen Drehleiterkran.

Zur Erläuterung des gesondert ausgewiesenen Übernahmewerts bba vgl. S. 19.

Die Zugänge bei den übrigen Anlagen betreffen im Wesentlichen Geringwertige Wirtschaftsgüter (Anschaffungskosten zwischen 150 Euro und 1.000 Euro). Es wurden für rund 2,2 Mio. Euro Büroeinrichtungsgegenstände und für rund 1,6 Mio. Euro Hardware beschafft.

3. Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen und Anlagen im Bau

Euro 4.247.765,20
(31. 12. 2010 · Euro 3.002.468,67)

Als geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen sind Anzahlungen auf noch nicht gelieferte oder erstellte Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens mit den tatsächlich geleisteten Beträgen (Nennwert) auszuweisen.

Anlagen im Bau bilden den Wert noch nicht fertiggestellter Sachanlagen mit den gesamten Aufwendungen (Fremd- und Eigenleistungen) für die Herstellung ab. Nach der Fertigstellung sind die Anlagen im Bau in die entsprechenden Posten des Sachanlagevermögens umzugliedern und planmäßig abzuschreiben.

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Geleistete Anzahlungen:		
• Produktplan IT-Budget	59.195,79	1.521.970,38
• Polizei-/Feuerlöschboot	4.188.569,41	1.480.498,29
	4.247.765,20	3.002.468,67

III. FINANZANLAGEN

Finanzanlagen umfassen insbesondere Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen, Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere und Sondervermögen, die längerfristig, d. h. mehr als ein Jahr, im Vermögen verbleiben. Sie sind mit den Anschaffungskosten für den Anteil der Freien Hansestadt Bremen am Eigenkapital der Unternehmen und Einrichtungen zu bewerten. Abwertungen durch Abschreibung sind nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorzunehmen.

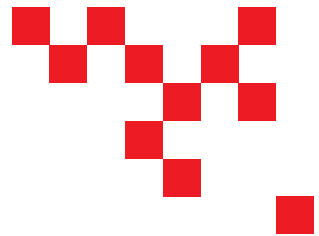
Bei den Finanzanlagen sehen die Standards staatlicher Doppik eine Berücksichtigung der Wertminderung vor, wenn diese voraussichtlich von Dauer ist. Unternehmen und Einrichtungen, die zum Zeitpunkt 31. 12. 2009 ein dauerhaft negatives Eigenkapital ausweisen, werden daher nicht als Finanzanlage ausgewiesen. Nach heutigem Kenntnisstand ist eine weitergehende Korrektur der ausgewiesenen Wertansätze durch Abwertung im Berichtsjahr nicht erforderlich.

INFO:

Für zusätzliche Informationen siehe Beteiligungsbericht (www.finanzen.bremen.de/info/beteiligungsmanagement)



Bremer Ratskeller


**1. Anteile an verbundenen Unternehmen
und Einrichtungen**

Euro 1.238.664.878,91
(31. 12. 2010 · Euro 1.235.045.070,61)

INFO:

> 50 % Anteil
am Eigenkapital

Als verbunden gelten die Unternehmen und Einrichtungen, über die die Freie Hansestadt Bremen einen beherrschenden Einfluss ausübt bzw. ausüben könnte. Dazu gehören alle Unternehmen und Einrichtungen, an denen diese einen Anteil von mehr als 50 % am Eigenkapital des Unternehmens bzw. der Einrichtung hält. Als staatliche Besonderheit werden Eigenbetriebe, Sondervermögen mit eigenverantwortlicher Betriebsleitung und Stiftungen öffentlichen Rechts, auf die ein beherrschender Einfluss besteht, ebenfalls in diesem Posten ausgewiesen.

Anpassung Wertansätze Eröffnungsbilanz:

	Bish. Ansatz in der Eröffnungsbilanz Euro	Anpassung der Werte Euro	Neuer Wertansatz Eröffnungsbilanz Euro
Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen, bisheriger Ansatz	1.235.009.850,42	0,00	1.235.009.850,42
Grundstücksentwicklungsgesell- schaft Klinikum Bremen-Mitte Beteiligungs GmbH	0,00	+25.130,18	25.130,18
	1.235.009.850,42	+25.130,18	1.235.034.980,60

Entwicklung Berichtsjahr 2010:

	Stand 01.01.2010 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	Stand 31.12.2010 Euro
Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	1.235.034.980,60	+34.145,94 –24.055,93	1.235.045.070,61

**Entwicklung Berichtsjahr 2011:**

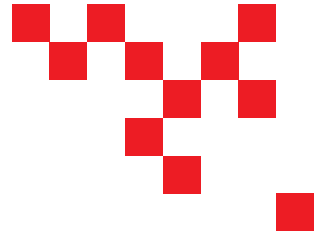
	Stand 31. 12. 2010 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH	94.878,96	0,00	94.878,96
Besitzgesellschaft Science Center Bremen GmbH	3.382.312,99	0,00	3.382.312,99
Bremer Entsorgungsbetriebe	119.209.402,86	–119.209.402,86	0,00
Botanika GmbH Bremen	8.597.661,76	0,00	8.597.661,76
Bremen Online Services Beteiligungs GmbH	21.989,49	0,00	21.989,49
Bremen online GmbH	153.654,17	0,00	153.654,17
Bremenports Beteiligungs-GmbH	24.989,00	0,00	24.989,00
Bremer Arbeit GmbH	263.702,88	–263.702,88	0,00
Bremer und Bremer- havener Arbeit GmbH	0,00	+201.076,55 –201.076,55	0,00
Bremer Bäder GmbH	2.313.432,78	0,00	2.313.432,78
Bremer Lagerhaus Gesellschaft AG von 1877	7.917.745,42	0,00	7.917.745,42
Bremer Lagerhaus Logistics Group AG & Co.	255.575.350,40	0,00	255.575.350,40
Bremer Ratskeller GmbH	811.610,66	0,00	811.610,66
Bremer Verkehrsgesellschaft mbH	40.840.234,25	0,00	40.840.234,25
Facility Management Bremen GmbH	135.529,47	0,00	135.529,47
Fähren Bremen–Stedingen GmbH	2.309.549,16	0,00	2.309.549,16
Fischereihafen-Betriebs- gesellschaft mbH	333.005,30	0,00	333.005,30
Flughafen Bremen GmbH	89.905.971,76	0,00	89.905.971,76
Focke-Museum	2.609.573,61	0,00	2.609.573,61
Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH	468.809,29	0,00	468.809,29
Gesundheit Nord gGmbH	66.533.176,02	0,00	66.533.176,02
Großmarkt Bremen GmbH	7.810.504,53	0,00	7.810.504,53
Grundstücksentwicklungsgesell- schaft Klinikum Bremen-Mitte			
Beteiligungen mbH	25.130,18	0,00	25.130,18
Hanseatische Natur- entwicklung GmbH	195.584,50	0,00	195.584,50
Hanseatische Wohnungs- Beteiligungs-Gesellschaft mbH	27.863.460,28	0,00	27.863.460,28
Hochschule Bremen	71.141.559,43	0,00	71.141.559,43

INFO:

Bremer Arbeit GmbH in
Bremer und Bremer-
havener Arbeit GmbH
überführt

INFO:

Bremer und Bremer-
havener Arbeit GmbH mit
der Freien Hansestadt
Bremen verschmolzen



	Stand 31. 12. 2010 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Hochschule Bremerhaven	27.517.044,34	0,00	27.517.044,34
Hochschule für Künste	34.150.250,53	0,00	34.150.250,53
Immobilien Bremen, Anstalt öffentlichen Rechts	1.193.641,98	0,00	1.193.641,98
KiTa Bremen	1.497.080,09	0,00	1.497.080,09
Kulturmanagement Bremen	21.946,62	0,00	21.946,62
Musikschule Bremen	420.387,15	0,00	420.387,15
Performa Nord (Eigenbetrieb)	5.260.331,35	+371.016,88	5.631.348,23
Performa Nord GmbH	81.254,19	0,00	81.254,19
Staats- und Universitätsbibliothek	5.690.956,05	0,00	5.690.956,05
Stadtbibliothek Bremen	1.227.793,86	0,00	1.227.793,86
Stadtgrün Bremen	26.279.686,67	–26.279.686,67	0,00
Übersee-Museum	5.238.532,68	0,00	5.238.532,68
Umweltbetrieb Bremen	0,00	+149.001.583,83	149.001.583,83
Universität Bremen	247.251.512,68	0,00	247.251.512,68
Werkstatt Bremen	51.676.575,09	0,00	51.676.575,09
Werkstatt Nord gGmbH	333.884,94	0,00	333.884,94
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH	118.665.373,24	0,00	118.665.373,24
	1.235.045.070,61	+149.573.677,26 –145.953.868,96	1.238.664.878,91

INFO:

Stadtgrün Bremen und die Bremer Entsorgungsbetriebe wurden zum Umweltbetrieb Bremen fusioniert

Die Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen werden, da sie nicht durch eine eigenverantwortliche Betriebsleitung vertreten werden, in dem Posten Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung ausgewiesen.

Die Bremer Arbeit GmbH wurde im ersten Schritt 2011 mit der bisher als Beteiligung ausgewiesenen Bremerhavener Arbeit GmbH zur Bremer und Bremerhavener Arbeit GmbH verschmolzen. Die Freie Hansestadt Bremen (Land) hat im zweiten Schritt von der Stadtgemeinde Bremerhaven die von dieser gezeichneten Anteile am Stammkapital der Bremer und Bremerhavener Arbeit GmbH erworben. Mit Wirkung zum 01.01.2012 erfolgte dann im dritten Schritt die Verschmelzung der Bremer und Bremerhavener Arbeit GmbH auf die Freie Hansestadt Bremen. Die Gesellschaft ist durch die Verschmelzung erloschen und daher nicht mehr als Anteil an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen auszuweisen (vgl. S. 19).

Die Eigenbetriebe Bremer Entsorgungsbetriebe und Stadtgrün Bremen wurden rückwirkend zum 01.01.2010 in den Eigenbetrieb Umweltbetrieb Bremen umgewandelt.

Der Eigenbetrieb Performa Nord erhielt 2011 eine Gesellschaftereinlage in Form einer Vermögensübertragung von Anlagevermögen in Zusammenhang mit der Einrichtung des Bürgertelefons Bremen (BTB) sowie der Fachdienste für Arbeitsschutz.

INFO:

≤ 50 % und ≥ 20 % Anteil
am Eigenkapital.

2. Beteiligungen**Euro 108.951.575,10**

(31. 12. 2010 · Euro 110.258.365,36)

Als Beteiligung gelten in der Regel Anteile der Freien Hansestadt Bremen an Unternehmen und Einrichtungen, die insgesamt 20 %, aber nicht 50 % des Eigenkapitals des Unternehmens oder der Einrichtung überschreiten. Anteile an Personengesellschaften (z. B. KG, OHG) werden unabhängig vom prozentualen Anteil am Eigenkapital grundsätzlich in diesem Posten ausgewiesen.

Anpassung Wertansätze Eröffnungsbilanz:

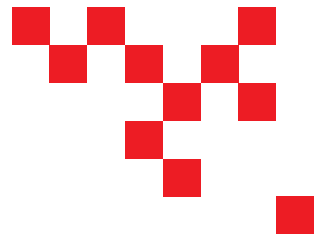
	Bish. Ansatz in der Eröffnungsbilanz Euro	Anpassung der Werte Euro	Neuer Wertansatz Eröffnungsbilanz Euro
Beteiligungen, bisheriger Ansatz	70.965.356,25	U – 220.029,80 – 256.081,44	70.489.245,01
JadeWeserPort Beteiligungs- gesellschaft mbH & Co. KG	0,00	+ 39.740.393,43	39.740.393,43
JadeWeserPort Realisierungs- Beteiligungsgesellschaft mbH	0,00	+ 28.726,92	28.726,92
	70.965.356,25	+ 39.769.120,35 – 256.081,44 U – 220.029,80	110.258.365,36

Entwicklung Berichtsjahr 2010:

	Stand 01. 01. 2010 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Beteiligungen	110.258.365,36	0,00	110.258.365,36

Entwicklung Berichtsjahr 2011:

	Stand 31. 12. 2010 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Bremen Online Services Entwicklungs- und Betriebs- gesellschaft mbH & Co. KG	2.920.534,84	– 1.227.060,24	1.693.474,60
bremenports GmbH & Co. KG	250.000,00	0,00	250.000,00
Bremer Philharmoniker GmbH	121.647,23	0,00	121.647,23
Bremer Theater Grundstücks- gesellschaft mbH & Co. KG	412.321,11	0,00	412.321,11



	Stand 31. 12. 2010 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Bremer Toto und Lotto GmbH	1.427.523,90	0,00	1.427.523,90
Bremerhavener Arbeit GmbH	79.730,02	–79.730,02	0,00
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadt- entwicklung GmbH (BIS)	968.667,34	0,00	968.667,34
Columbus Cruise Center Bremerhaven GmbH	191.005,53	0,00	191.005,53
Gesundheit Nord Grundstücks- gesellschaft mbH & Co. KG	45.175.861,87	0,00	45.175.861,87
Hansewasser Bremen GmbH	18.689.147,77	0,00	18.689.147,77
Institut für angewandte Systemtechnik Bremen GmbH	110.402,23	0,00	110.402,23
JadeWeserPort Beteiligungs- gesellschaft mbH & Co. KG	39.740.393,43	0,00	39.740.393,43
JadeWeserPort Realisierungs- Beteiligungsgesellschaft mbH	28.726,92	0,00	28.726,92
Nordmedia – Die Mediengesell- schaft Niedersachsen/ Bremen mbH	131.369,81	0,00	131.369,81
ZOB Zentral-Omnibus- Bahnhof GmbH	11.033,36	0,00	11.033,36
	110.258.365,36	–1.306.790,26	108.951.575,10

Im Berichtsjahr wurde das Stammkapital der Bremen Online Services Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG durch einen Gesellschaftsvertrag herabgesetzt.

2011 wurde die Bremerhavener Arbeit GmbH mit der in dem Posten Anteile an verbundenen Unternehmen ausgewiesenen Bremer Arbeit GmbH auf die Bremer und Bremerhavener Arbeit verschmolzen. Der Ausweis der durch die Verschmelzung entstandenen Bremer und Bremerhavener Arbeit GmbH erfolgt in dem Posten Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen.

3. Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung

Euro 2.828.910.966,33
(31. 12. 2010 · Euro 2.828.910.966,33)

In diesem Posten wird der Anteil der Freien Hansestadt Bremen am Eigenkapital der Sondervermögen Versorgungsrücklagen und Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung ausgewiesen.

**Entwicklung Berichtsjahr 2011:**

	Stand 31. 12. 2010	+ Zugänge – Abgänge	Stand 31. 12. 2011
	Euro	Euro	Euro
SV Fischereihafen	57.471.004,43	0,00	57.471.004,43
SV Gewerbeflächen	453.411.165,69	0,00	453.411.165,69
SV Hafen	364.002.999,23	0,00	364.002.999,23
SV Immobilien und Technik	581.923.973,31	0,00	581.923.973,31
SV Infrastruktur	1.319.563.465,18	0,00	1.319.563.465,18
SV Kommunale Abfallentsorgung	1.100.286,62	0,00	1.100.286,62
SV Überseestadt	51.438.071,87	0,00	51.438.071,87
	2.828.910.966,33	0,00	2.828.910.966,33

**4. Ausleihungen an Sondervermögen ohne
eigenverantwortliche Betriebsleitung**
Euro 1.152.028.250,72

(31. 12. 2010 · Euro 1.195.484.868,36)

Ausgewiesen werden alle langfristigen Kapitalforderungen (Kredite) der Freien Hansestadt Bremen an die in dem vorhergehenden Posten ausgewiesenen Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung. Längerfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden nicht in diesem Posten ausgewiesen.

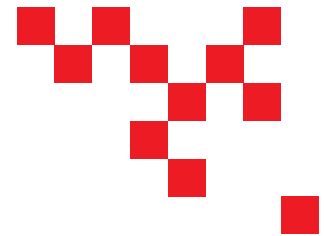
	Stand 31. 12. 2011	Stand 31. 12. 2010
	Euro	Euro
SV Bremer Kapitaldienstfonds	194.952.640,32	119.904.472,07
SV Gewerbeflächen	6.499.031,15	6.841.085,41
SV Hafen	679.769.579,25	841.708.281,33
SV Immobilien und Technik	253.807.000,00	210.031.029,55
SV Überseestadt	17.000.000,00	17.000.000,00
	1.152.028.250,72	1.195.484.868,36

5. Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)
Euro 145.104.703,24

(31. 12. 2010 · Euro 145.101.970,55)

Unter diesen Posten fallen alle restlichen Finanzanlagen des Anlagevermögens mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr. Dazu gehören z. B. in Darlehensform gewährte Zuwendungen und Kapitalanteile an Unternehmen und Einrichtungen, die nicht in den vorhergehenden Posten auszuweisen sind.

INFO:
< 20% Anteil
am Eigenkapital

**Entwicklung Berichtsjahr 2011:**

	Stand 31. 12. 2010 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Aareal Bank AG	412.560,00	0,00	412.560,00
AMI Arzneimitteluntersuchungs institut-Nord GmbH	243.147,26	0,00	243.147,26
Bremer Energie-Konsens GmbH	91.946,21	0,00	91.946,21
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale	95.767.800,03	0,00	95.767.800,03
BREPARK GmbH	459.609,36	0,00	459.609,36
Dataport, rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts	4.452.187,28	0,00	4.452.187,28
DEGES Berlin	17.199,12	0,00	17.199,12
Ekz.Bibliotheksservice GmbH	177.755,38	0,00	177.755,38
Fachinformationszentrum Karlsruhe, Gesellschaft für wissenschaftlich-technische Information mbH	1.038,13	0,00	1.038,13
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gGmbH	54.576,18	0,00	54.576,18
HIS Hochschul-Informations- System GmbH	33.863,23	0,00	33.863,23
IWF Wissen und Medien gGmbH	5.112,92	0,00	5.112,92
Kreditanstalt für Wiederaufbau Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH, Bonn	85.735,45	0,00	85.735,45
LEA Gesellschaft für Landes- eisenbahnaufsicht mbH	0,00	+2.732,69	2.732,69
Münchener Hypothekenbank eG	140,00	0,00	140,00
	145.101.970,55	+2.732,69	145.104.703,24

Der Zugang bei der LEA Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH stellt Anschaffungskosten für den Anteil der Freien Hansestadt Bremen dar.

B. Umlaufvermögen

I. VORRÄTE

Euro 240.259,02

(31. 12. 2010 · Euro 240.045,36)

Als Vorräte werden alle auf Lager, in Arbeit oder unterwegs befindlichen Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens ausgewiesen, die für die Leistungserstellung notwendig, aber noch nicht verbraucht sind oder die als Erzeugnis bzw. Leistung zum Verkauf bestimmt sind. Sogenanntes Verbrauchsmaterial wie z. B. Büromaterial wird nicht als Vorratsvermögen ausgewiesen, da bei diesen Materialien ein sofortiger Verbrauch unterstellt wird.

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Materialbestand Polizei	71.716,61	74.538,69
Betriebshof Amt für Straßen und Verkehr	165.506,67	165.506,67
Übernahmewert bba	3.035,74	0,00
	240.259,02	240.045,36

Zur Erläuterung des gesondert ausgewiesenen Übernahmewerts bba vgl. S. 19.

II. FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Forderungen werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten, d. h. mit dem Nennwert angesetzt.

1. Forderungen aus Steuern

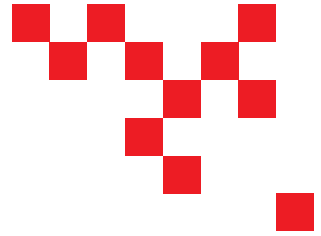
Euro 172.207.000,00

(31. 12. 2010 · Euro 219.288.000,00)

Die Gebietskörperschaft, die die Verwaltungshoheit über die Steuern besitzt, weist die Forderungen aus Steuern zum Bilanzstichtag in voller Höhe aus. Forderungen aus steuerlichen Nebenleistungen sind ebenfalls anzusetzen. Bei den Stadtstaaten werden zudem Forderungen aus den örtlichen Gemeindesteuern und -steueranteilen ausgewiesen.

Die Bilanzierung von Forderungen aus Steuern erfolgt, soweit die nach § 38 Abgabenordnung entstandenen Steueransprüche am Bilanzstichtag hinreichend konkretisiert sind.

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Lohnsteuer	3.296.000,00	3.307.000,00
Veranlagte Einkommensteuer	91.008.000,00	104.368.000,00
Körperschaftsteuer	4.984.000,00	7.432.000,00



	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Umsatzsteuer	54.644.000,00	82.654.000,00
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	305.000,00	1.258.000,00
Grunderwerbsteuer	1.472.000,00	1.652.000,00
Erbschaftsteuer	2.488.000,00	2.081.000,00
Kraftfahrzeugsteuer	969.000,00	1.199.000,00
Übrige Besitz- und Verkehrsteuern	317.000,00	420.000,00
Solidaritätszuschlag	5.419.000,00	6.127.000,00
Grundsteuer	1.877.000,00	2.510.000,00
Deichbeitrag	21.000,00	24.000,00
Gewerbesteuer	4.769.000,00	5.893.000,00
Landwirtschaftskammerbeitrag	5.000,00	5.000,00
Vergnügungsteuer	605.000,00	299.000,00
Zweitwohnungsteuer	9.000,00	9.000,00
Hundesteuer	19.000,00	50.000,00
	172.207.000,00	219.288.000,00

2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Euro 143.768.173,45

(31. 12. 2010 · Euro 139.695.234,93)

Ausgewiesen werden Forderungen, denen eine Lieferung oder eine Leistung zugrunde liegt und die nicht in den nachfolgenden Posten auszuweisen sind.

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	237.791.046,72	240.150.395,60
abzgl. Forderungen innerhalb der Kernverwaltung (Innenumsätze)	-76.575.358,31	-83.293.691,88
	161.215.688,41	156.856.703,72
abzgl. Pauschalwertberichtigung	-18.056.800,55	-17.161.468,79
	143.158.887,86	139.695.234,93
Übernahmewert bba	609.285,59	0,00
	143.768.173,45	139.695.234,93

In dem Gesamtbetrag der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind auch die Forderungen innerhalb der Kernverwaltung (sogenannte Innenumsätze) enthalten. In der vorstehenden Aufstellung ist dieser Betrag in dem Gesamtbetrag der Forderungen enthalten und wird vor Ermittlung der Pauschalwertberichtigung von den Forderungen abgesetzt.

Für die korrigierten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde eine Pauschalwertberichtigung ermittelt. Die Forderungen wurden nach dem Jahr der Entstehung gerastert und die jeweilige Werthaltigkeit durch entsprechend gestaffelte Abschläge auf den Nominalwert der Forderung ermittelt. Zur Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausfallrisiken der Freien Hansestadt Bremen wurde ein möglichst realitätsnaher Abschlag ermittelt.

Sofern in Einzelfällen eine vom Pauschalwert abweichende geringere Werthaltigkeit unterstellt wurde, ist diese in die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung eingeflossen.

Zur Erläuterung des gesondert ausgewiesenen Übernahmewerts bba vgl. S. 19.

3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Einrichtungen

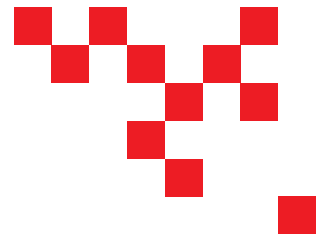
Euro 412.546.429,02

(31. 12. 2010 · Euro 337.087.975,96)

In diesem Posten werden unabhängig vom Forderungsgrund (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) grundsätzlich alle kurzfristigen Forderungen an verbundene Unternehmen und Einrichtungen ausgewiesen.

Anpassung Wertansätze Eröffnungsbilanz:

	Bish. Ansatz in der Eröffnungsbilanz Euro	Anpassung der Werte Euro	Neuer Wertansatz Eröffnungsbilanz Euro
Forderungen aus Darlehen an			
• Eigenbetriebe	455.209,64	0,00	455.209,64
• Gesellschaften	2.901.846,00	0,00	2.901.846,00
Sonstige Forderungen an			
• Stiftungen öffentlichen Rechts	431.816,70	0,00	431.816,70
• Anstalten öffentlichen Rechts	179.201.838,89	0,00	179.201.838,89
• Eigenbetriebe	2.518.040,90	U +877.641,79 U -877.641,79	2.518.040,90
• Gesellschaften	5.000.000,00	0,00	5.000.000,00
• Sonderhaushalte	50.125.122,62	0,00	50.125.122,62
	240.633.874,75	0,00	240.633.874,75

**Entwicklung Berichtsjahr 2010:**

	Bish. Stand 31. 12. 2010 Euro	Anpassung der Werte Euro	Neuer Stand 31. 12. 2010 Euro
Forderungen aus Darlehen an			
• Eigenbetriebe	430.122,68	0,00	430.122,68
Sonstige Forderungen an			
• Stiftungen öffentlichen Rechts	444.723,65	0,00	444.723,65
• Anstalten öffentlichen Rechts	223.548.069,23	0,00	223.548.069,23
• Eigenbetriebe	10.856.372,80	U -877.641,79	9.978.731,01
• Gesellschaften	49.957.605,73	0,00	49.957.605,73
• Sonderhaushalte	52.728.723,66	0,00	52.728.723,66
	337.965.617,75	U -877.641,79	337.087.975,96

Entwicklung Berichtsjahr 2011:

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Forderungen aus Darlehen an		
• Eigenbetriebe	0,00	430.122,68
Sonstige Forderungen an		
• Stiftungen öffentlichen Rechts	458.922,27	444.723,65
• Anstalten öffentlichen Rechts	274.320.521,28	223.548.069,23
• Eigenbetriebe	30.385.298,69	9.978.731,01
• Gesellschaften	60.168.231,52	49.957.605,73
• Sonderhaushalte	47.213.455,26	52.728.723,66
	412.546.429,02	337.087.975,96

Bei den sonstigen Forderungen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus den sogenannten Bankverrechnungskonten, auf denen der durch die Landeshauptkasse wahrgenommene Zahlungsverkehr für die verbundenen Unternehmen und Einrichtungen erfasst wird.

**4. Forderungen gegen Sondervermögen ohne
eigenverantwortliche Betriebsleitung**

Euro 151.870.307,14
(31. 12. 2010 · Euro 175.004.068,10)

In diesem Posten werden unabhängig vom Forderungsgrund (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) grundsätzlich alle kurzfristigen Forderungen an Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung ausgewiesen.



	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Sonstige Forderungen an		
• SV Immobilien und Technik	137.166.521,81	147.115.570,13
• SV Bremer Kapitaldienstfonds	14.703.785,33	15.983.846,22
• SV Überseestadt	0,00	11.904.651,75
	151.870.307,14	175.004.068,10

Bei den sonstigen Forderungen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus den sogenannten Bankverrechnungskonten, auf denen der durch die Landeshauptkasse wahrgenommene Zahlungsverkehr für die Sondervermögen erfasst wird.

5. Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen

Euro 188.832.422,74
(31. 12. 2010 · Euro 76.801.799,25)

In diesem Posten werden Forderungen aus der Steuerverteilung (Steuererlegung und Beträge, die der Freien Hansestadt Bremen aufgrund ihrer Ertragshoheit zustehen) und Forderungen aus Finanzausgleichsbeziehungen (Länderfinanzausgleich und kommunaler Finanzausgleich) ausgewiesen.

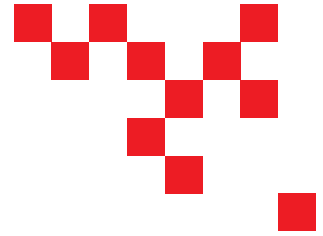
	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Steuerverteilung	5.499.773,15	0,00
Finanzausgleichsbeziehungen:		
• Länderfinanzausgleich IV. Quartal	81.772.481,24	74.187.446,50
• Fehlbetragsbundesergänzungszuweisung IV. Quartal	1.560.168,35	2.614.352,75
• Konsolidierungshilfe 2011	100.000.000,00	0,00
	188.832.422,74	76.801.799,25

Am 31. 12. 2010 bestanden Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung, die in dem entsprechenden Passivposten ausgewiesen wurden.

6. Sonstige Vermögensgegenstände

Euro 961.043.671,84
(31. 12. 2010 · Euro 822.187.210,01)

Ausgewiesen werden alle übrigen kurzfristigen sonstigen Forderungen gegenüber Dritten, die nicht in den vorhergehenden Posten auszuweisen sind. Dazu gehören u. a. Forderungen gegenüber Finanzbehörden aus eigenen Steuerschuldverhältnissen, Forderungen im Rahmen der sozialen Sicherheit und gegenüber Mitarbeitern, Darlehensforderungen sowie alle übrigen sonstigen Vermögensgegenstände.

**Entwicklung Berichtsjahr 2011:**

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Darlehensforderungen		
• gegen den öffentlichen Bereich	55.381.134,91	55.753.350,34
• gegen private Unternehmen	145.072,44	651.509,59
• gegen den übrigen Bereich	14.907.316,08	11.995.649,11
Übrige sonstige Vermögensgegenstände		
• Geldtransit- und Verrechnungskonten	864.244.639,92	712.835.167,93
• Debitorische Kreditoren	21.941.530,51	34.824.882,95
• Geleistete Anzahlungen	0,00	30.573,60
• Forderungen an Finanzbehörden	0,00	28.007,74
• Übrige sonstige Vermögensgegenstände	4.349.390,93	6.068.068,75
• Übernahmewert bba	74.587,05	0,00
	961.043.671,84	822.187.210,01

Die ausgewiesenen Darlehensforderungen ergeben sich aus der gesondert geführten Darlehensverwaltung, deren Einzelwerte kumuliert in die Finanzbuchhaltung übernommen werden. Alle übrigen ausgewiesenen Forderungen ergeben sich direkt aus der Finanzbuchhaltung.

Zur Erläuterung des gesondert ausgewiesenen Übernahmewerts bba vgl. S. 19.

**III. KASSENBESTAND, BUNDESBANKGUTHABEN,
GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN, SCHECKS**

Euro 62.106.747,87
(31. 12. 2010 · Euro 52.551.176,87)

In diesem Posten werden das in den Haupt- und Nebenkassen befindliche Bargeld, Guthaben bei der Bundesbank und bei in- und ausländischen Kreditinstituten sowie Schecks, die noch nicht bei den Kreditinstituten zur Gutschrift eingereicht wurden, ausgewiesen.

Zusammensetzung:

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Kassenbestand	140.675,03	81.447,06
Kassenbestand, Übernahmewert bba	993,11	0,00
Guthaben bei Kreditinstituten:		
• Landeszentralbank	18.894.589,49	14.576.491,31
• Bremer Landesbank	37.521.979,07	36.198.744,79
• Postbank	117.083,58	40.596,33



	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
• Sparkassen	5.094.993,51	1.653.897,38
Übernahmewert bba	336.434,08	0,00
	62.106.747,87	52.551.176,87

Als Kassenbestand werden die dezentral verwalteten Handkassen (Handvorschüsse) ausgewiesen. Die in der Buchführung ausgewiesenen Bestände werden mit den Aufzeichnungen vor Ort abgestimmt.

Die Salden der einzelnen Kreditinstitute wurden mit den jeweiligen Bankauszügen zum Bilanzstichtag abgestimmt und unter Berücksichtigung der unterwegs befindlichen Gelder (Schwebeposten) als Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen.

Zur Erläuterung des gesondert ausgewiesenen Übernahmewerts bba vgl. S. 19.

C. Aktive Rechnungsabgrenzung	Euro 37.407.082,80
	(31. 12. 2010 · Euro 39.189.385,45)

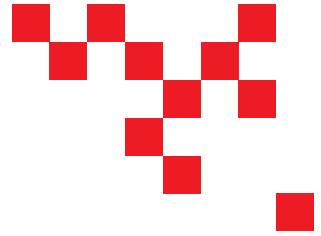
Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Aktivseite Auszahlungen vor dem Abschlussstichtag auszuweisen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Beamtenbesoldung Januar des Folgejahres	37.394.850,96	39.189.385,45
Übernahmewert bba	12.231,84	0,00
	37.407.082,80	39.189.385,45

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	Euro 15.514.908.995,90
	(31. 12. 2010 · Euro 14.540.006.343,80)

Zum Stichtag übersteigt die Summe der Schuldposten die Summe der als Vermögensgegenstände auszuweisenden Beträge. Dieser Betrag ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzter Posten auf der Aktivseite unter der Bezeichnung Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag auszuweisen.

Die Ermittlung und Entwicklung des in diesem Posten auszuweisenden Betrages ist in den Erläuterungen zum Eigenkapital der Freien Hansestadt Bremen dargestellt.



Erläuterungen zur Vermögensrechnung – Passiva

A. Eigenkapital

Euro 0,00

(31. 12. 2010 · Euro 0,00)

In der Vermögensrechnung der Gebietskörperschaft wird das Eigenkapital rechnerisch als Nettoposition aus der Differenz zwischen Aktivvermögen und Schulden ermittelt. Neben der Nettoposition können ggf. noch weitere Eigenkapitaluntergliederungen aufgeführt werden, die im Folgenden näher erläutert werden.

Wenn die Schulden das Aktivvermögen übersteigen, führt dies zu einem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag, der auf der Aktivseite der Bilanz aufgeführt wird. Der Fehlbetrag kann ggf. auch untergliedert werden.

Das Eigenkapital der Freien Hansestadt Bremen hat sich wie folgt entwickelt:

Entwicklung Berichtsjahr 2010:

	Stand 31. 12. 2010 Euro	Stand 01. 01. 2010 Euro
I. Nettoposition	-13.817.600.166,45	-13.817.600.166,45
II. Gewinnrücklagen	170.373.156,79	253.181.008,93
III. Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0,00	0,00
IV. Jahresergebnis	-806.689.925,52	0,00
V. Ergebnisverwendung	+82.807.852,14	0,00
	-14.371.109.083,04	-13.564.419.157,52
Veränderungen durch Bestandsanpassungen:		
• Ausleihungen	+233.923.410,50	0,00
• Darlehensverbindlichkeiten	-402.820.671,26	0,00
	-14.540.006.343,80	-13.564.419.157,52
Ausweis in dem Posten:		
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	+14.540.006.343,80	+13.564.419.157,52
	0,00	0,00

Entwicklung Berichtsjahr 2011:

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
I. Nettoposition	-13.817.600.166,45	-13.817.600.166,45
II. Gewinnrücklagen	167.260.307,71	170.373.156,79
III. Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-723.882.073,38	0,00
IV. Jahresergebnis	-800.095.833,23	-806.689.925,52



	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
V. Ergebnisverwendung	+34.616.086,13	+82.807.852,14
	-15.139.701.679,22	-14.371.109.083,04
Veränderungen durch Bestandsanpassungen in den Posten		
• Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen		
• Eigenbetrieb Umweltbetrieb Bremen	+3.512.494,30	0,00
• Bremer und Bremerhavener Arbeit GmbH	+4.642.956,37	0,00
• Ausleihungen	+187.446.684,13	+233.923.410,50
• Darlehensverbindlichkeiten	-570.809.451,48	-402.820.671,26
	-15.514.908.995,90	-14.540.006.343,80
Ausweis in dem Posten:		
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	+15.514.908.995,90	+14.540.006.343,80
	0,00	0,00

I. NETTOPOSITION

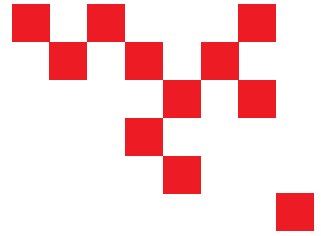
Euro -13.817.600.166,45
(31. 12. 2010 · Euro -13.817.600.166,45)

Ausgewiesen wird das konstante Eigenkapital der Freien Hansestadt Bremen. Dieser Wert stellt den Saldo aus Anlage- und Umlaufvermögen, aktiver Rechnungsabgrenzung, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passiver Rechnungsabgrenzung zum Eröffnungsbilanzstichtag dar. Dieser Wert bleibt in der Regel in den Folgejahren unverändert.

Eine Ausnahme für die Änderung der Nettoposition ergibt sich aus der Notwendigkeit, Wertansätze, die für die Erstellung der Eröffnungsbilanz zugrunde gelegt wurden, zu ändern.

Die Freie Hansestadt Bremen hat im Rahmen der Erstellung der Jahresabschlüsse zum 31. 12. 2010 und 31. 12. 2011 die Wertansätze der Eröffnungsbilanz zum 31. 12. 2010 überprüft und notwendige Anpassungen vorgenommen.

	Euro	Euro
Ansatz in der Eröffnungsbilanz 01.01.2010		-12.758.361.932,34
Anpassung Berichtsjahr 2010:		
• Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	+346.530.906,28	
• Beteiligungen	-256.081,44	
• Sondervermögen ohne eigen- verantwortliche Betriebsleitung	-35.352.211,37	



	Euro	Euro
• Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	+10.541.429,20	
• Sonstige Vermögensgegenstände	-38.888.995,90	
• Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	-738.278.000,00	-455.702.953,23
Umgliederungen in die Posten:		
• Forderungen an verbundene Unternehmen und Einrichtungen	U +877.641,79	
• Gewinnrücklagen (Verwaltungsrücklagen)	U -173.505.531,41	U -172.627.889,62
Neuer Wertansatz Eröffnungsbilanz 01.01.2010		-13.386.692.775,19
Anpassung Berichtsjahr 2011:		
• Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	+25.130,18	
• Beteiligungen	+39.769.120,35	
• Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	-450.278.000,00	
• sonstige Rückstellungen	-19.546.000,00	-430.029.749,47
Umgliederungen aus dem Posten:		
• Forderungen an verbundene Unternehmen und Einrichtungen		U -877.641,79
Neuer Wertansatz Eröffnungsbilanz 01.01.2010		-13.817.600.166,45

II. GEWINNRÜCKLAGEN (VERWALTUNGSRÜCKLAGEN)

Euro 167.260.307,71

(31.12.2010 · Euro 170.373.156,79)

Gewinnrücklagen ergeben sich aus zurückbehaltenen Überschüssen in der Erfolgsrechnung. Diese doppischen Rücklagen sind nicht mit dem kamerale Rücklagenbegriff gleichzusetzen, der in der Regel die Sicherung der Zahlungsfähigkeit beinhaltet.

Im Bereich der öffentlichen Verwaltung werden Gewinnrücklagen als Verwaltungsrücklagen bezeichnet und finden ihre Ausprägung in gebundenen oder freien Rücklagen. In der öffentlichen Verwaltung dürfen gebundene Rücklagen für bestimmte, der Art und der (absoluten oder relativen) Höhe nach durch Gesetz oder Verwaltungsanweisungen festgelegte künftige Ereignisse und Maßnahmen (z. B. Rücklagen für Großprojekte) oder zum Ausgleich künftiger Verluste gebildet werden. Daneben können freie/allgemeine Rücklagen gebildet werden, die der Verwaltung unter Berücksichtigung des Budgetrechts des Parlaments Möglichkeiten der Verwendung in Folgejahren eröffnen.

Aus haushaltsrechtlicher Sicht ist zu beachten, dass nicht die Bildung einer Rücklage, sondern die Inanspruchnahme zu Liquiditätsabflüssen führt. Um diese planen zu können und um das Budgetrecht des Parlaments zu wahren, ist in den jährlichen Haushaltsanmeldungen die Bildung und die beabsichtigte Inanspruchnahme einer Rücklage zu veranschlagen.

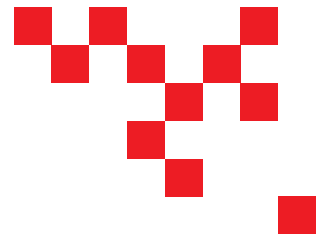
Entwicklung Berichtsjahr 2011:

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Abwasserabgabe-Rücklage	10.199.671,12	11.836.231,33
Arbeitnehmerbeiträge nach dem brem. Ruhelohngesetz	9.753.783,16	8.635.057,65
Ausgleichsabgaben für Eingriffe in Natur und Landschaft	1.343,42	1.343,42
Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	9.704.211,42	9.228.291,88
Budgetrücklage Hansestadt Bremisches Hafenamt	234.000,01	234.000,01
Erneuerungsrücklage Fischereihafen		
Betriebs- und Entwicklungsgesellschaft Bremerhaven	293.445,67	293.445,67
Rücklage Kriegsofferfürsorge	499.022,16	305.366,73
Rücklage Saubere Stadt	25.342,40	263.889,60
Rücklage Schaffung von Garagen und Einstellplätzen	155.566,67	155.566,67
Sonderrücklage Deichschutz Bremerhaven	2.890.992,47	2.115.701,93
Sonderrücklage ReSoSta	662.259,77	662.259,77
Sonderrücklage für Zuschüsse an die Bürgerstiftung	96.345,00	99.445,00
Sonderrücklage Kafen Fischereihafen	1.676.000,00	1.676.000,00
Rücklage Wasserentnahmegebühr	7.992.057,43	7.103.346,17
EFRE 2007–2013	808.733,52	109.918,56
EFRE 2007–2013 Bescheinigungsstelle	24.403.882,51	15.215.634,47
Zweckgebundene Rücklage aus Sozialleistungen	813,80	813,80
Kassenverstärkungs- und allgemeine Ausgleichsrücklage	16.340.452,11	16.340.452,11
Rücklage für Diskontkredite	436.250,00	436.250,00
Rücklage allgemeine Finanzen	14.861.475,10	14.883.807,50
Budgetrücklage allgemeine Finanzen	978.183,87	1.643.561,63
Budgetrücklagen Ressorts	65.246.476,10	79.132.772,89
	167.260.307,71	170.373.156,79

III. GEWINNVORTRAG/VERLUSTVORTRAG

Euro –723.882.073,38
(31. 12. 2010 · Euro 0,00)

In Abgrenzung zum Jahresergebnis des laufenden Jahres (Überschuss oder Fehlbetrag) beinhaltet diese Position in der Regel das kumulierte Jahresergebnis aus Vorjahren.

**Entwicklung Berichtsjahr 2011:**

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Stand 31. 12. des Vorjahres	0,00	0,00
Jahresergebnis 2010:		
• Jahresfehlbetrag	-806.689.925,52	0,00
• Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-106.404.952,81	0,00
• Entnahmen aus den Gewinnrücklagen	+189.212.804,95	0,00
Stand 31. 12. des Jahres	-723.882.073,38	0,00

IV. JAHRESÜBERSCHUSS/JAHRESFEHLBETRAG**Euro -800.095.833,23**

(31. 12. 2010 · Euro -806.689.925,52)

Der Jahresüberschuss oder -fehlbetrag ist eine in der abgelaufenen Rechnungsperiode erwirtschaftete Größe, die sich aus der Saldierung aller Aufwendungen und Erträge der Erfolgsrechnung ergibt.

Entwicklung Berichtsjahr 2011:

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Jahresergebnis:		
• Jahresfehlbetrag	-800.095.833,23	-806.689.925,52

V. ERGEBNISVERWENDUNG**Euro 34.616.086,13**

(31. 12. 2010 · Euro 82.807.852,14)

Nach Ermittlung des Jahresergebnisses der abgelaufenen Rechnungsperiode werden die im Haushaltsjahr vorgenommenen Entnahmen aus den und Einstellungen in die Gewinnrücklagen gesondert ausgewiesen.

Entwicklung Berichtsjahr 2011:

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
• Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-58.846.323,62	-106.404.952,81
• Entnahmen aus den Gewinnrücklagen	+93.462.409,75	+189.212.804,95
	+34.616.086,13	+82.807.852,14

B. Sonderposten für Investitionen**Euro 492.892.701,01**

(31. 12. 2010: Euro 488.995.965,21)

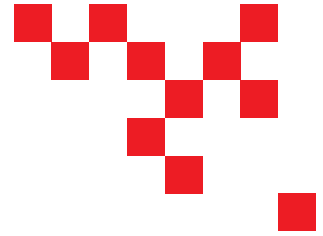
In diesem Posten werden die der Freien Hansestadt Bremen von anderen Gebietskörperschaften oder von Dritten zugeflossenen Zuweisungen und Zuschüsse, die zur Finanzierung aktivierungsfähiger Vermögensgegenstände bestimmt sind, ausgewiesen.

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Stand 31. 12. des Vorjahres	488.951.190,71	512.261.345,52
+ Zugänge	+28.983.252,43	+1.222.028,85
– Auflösung	–25.041.742,13	–24.487.409,16
Stand 31. 12. des Jahres	492.892.701,01	488.995.965,21

Die Freie Hansestadt Bremen hat die in den Standards staatlicher Doppik vorgesehene Vereinfachungsregel auch für die Vermögensrechnung zum 31. 12. 2011 in Anspruch genommen, den Wert aus dem kameralen Buchungssstoff 2011 abgeleitet und die Beträge aus den investiven Ausgaben der Obergruppen 33 (Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich) und 34 (Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen) ermittelt. Für diese Zuweisungen und Zuschüsse wird eine pauschale Nutzungsdauer von 25 Jahren unterstellt.



Generalplan Küstenschutz, Deichsicherung im Lande Bremen



C. Rückstellungen

Für Verpflichtungen, die dem Grunde nach hinsichtlich des Auszahlungszeitpunktes oder der Höhe nach noch nicht bestimmt und die bis zum Bilanzstichtag wirtschaftlich verursacht sind, werden grundsätzlich Rückstellungen gebildet.

I. PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN UND ÄHNLICHE VERPFLICHTUNGEN

Euro 6.206.503.000,00

(31. 12. 2010 · Euro 5.792.471.000,00)

Gemäß den Standards staatlicher Doppik sind für Beamte und andere nach Bundes- oder Landesrecht versorgungsberechtigte Personen Rückstellungen für Pensionen, Beihilfen für die Zeit ihres Ruhestandes und ähnliche Verpflichtungen anzusetzen. Die Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen erfolgt nach versicherungsmathematischen Regeln unter Verwendung geeigneter Generationensterbetafeln. Sie ist für Personen vorzunehmen, denen nach beamtenrechtlichen Vorschriften nach Ablauf der vorgeschriebenen Mindestdienstzeit ein Anspruch auf Versorgung gewährt werden kann. Für bereits laufende Leistungen und unverfallbare Anwartschaften pensionierter oder ausgeschiedener Beamter ist der Barwert der Verpflichtung anzusetzen. Bei aktiven Beamten ist eine Verteilung über die gesamte Dienstzeit auf der Grundlage des Teilwertverfahrens vorzunehmen. Dabei sind erwartete Pensions- und Rentenanpassungen, Besoldungs- und Entgeltsteigerungen auf Basis des Durchschnittsprozentsatzes, der jeweils aus der Steigerung der vergangenen sieben Jahre ermittelt wird, zu berücksichtigen.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind pauschal mit einem Zinssatz von 4,5 % p. a. abzudiskontieren. Der Zinssatz wird jährlich durch das Gremium zur Standardisierung des staatlichen Rechnungswesens (§ 49a HGrG) überprüft und bei Abweichung von mehr als 0,5 Prozentpunkten vom Referenzzinssatz durch das Gremium entsprechend angepasst.

Abweichend von den Standards staatlicher Doppik wurde für zukünftige Pensions- und Rentenanpassungen sowie Besoldungs- und Entgeltsteigerungen bei den Tarifbeschäftigten eine Anpassung wie im Bremischen Ruhelohngesetz von 1 % jährlich vorgesehen sowie bei den aktiv und passiv beschäftigten Beamten entsprechend der Rechenmodelle der FöKo II bis 2014 eine jährliche Steigerungsrate in Höhe von 0,9 % und danach 1,5 % unterstellt. Sofern für zukünftige Jahre bereits abweichende Realanpassungen beschlossen wurden, werden diese in der Berechnung berücksichtigt.

In diesem Posten erfolgt eine erneute Anpassung der Eröffnungsbilanzwerte, die durch die Verwendung einer aktualisierten Software, bei der die Berechnungsmethode an die bremischen Verhältnisse angepasst und damit optimiert wurde, bedingt ist.

Aus der Anpassung der Werte der Eröffnungsbilanz ergeben sich für die im Haushaltsjahr 2010 ergebniswirksam erfassten Beträge der Zuführung bzw. Auflösung der Rückstellungen Anpassungsnotwendigkeiten (vgl. S. 20). Die aus der Anpassung der Eröffnungsbilanzwerte resultie-

rende Korrektur der Zuführung bzw. Auflösung des Jahres 2010 wird im Haushaltsjahr 2011 ergebniswirksam nachgeholt und in dem Posten Außerordentlicher Aufwand ausgewiesen.

Anpassung Wertansätze Eröffnungsbilanz:

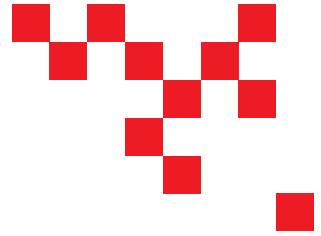
	Bish. Ansatz in der Eröffnungsbilanz Euro	Anpassung der Werte Euro	Neuer Wertansatz Eröffnungsbilanz Euro
Pensionsrückstellung:			
• Passive	4.011.977.000,00	138.886.000,00	4.150.863.000,00
• Aktive	1.062.224.000,00	290.092.000,00	1.352.316.000,00
Beihilfen und Unterstützungen	251.950.000,00	21.300.000,00	273.250.000,00
	5.326.151.000,00	450.278.000,00	5.776.429.000,00

Entwicklung Berichtsjahr 2010:

	Stand 01.01.2010 Euro	V Verbrauch A Auflösung Euro	Zuführung Euro	Stand 31.12.2010 Euro
Pensions- rückstellung:				
• Passive	4.150.863.000,00	0,00	-27.040.000,00	4.123.823.000,00
• Aktive	1.352.316.000,00	0,00	44.185.000,00	1.396.501.000,00
Beihilfen und Unterstützungen	273.250.000,00	0,00	-1.103.000,00	272.147.000,00
	5.776.429.000,00	0,00	16.042.000,00	5.792.471.000,00

Entwicklung Berichtsjahr 2011:

	Stand 31.12.2010 Euro	V Verbrauch A Auflösung Euro	Z Zuführung f. 2011 X Zuführung f. 2010 Euro	Stand 31.12.2011 Euro
Pensions- rückstellung:				
• Passive	4.123.823.000,00	0,00	Z 104.207.000,00 X 123.335.000,00	4.351.365.000,00
• Aktive	1.396.501.000,00	0,00	Z 170.019.000,00 X -8.542.000,00	1.557.978.000,00
Beihilfen und Unterstützungen	272.147.000,00	0,00	Z 19.522.000,00 X 5.491.000,00	297.160.000,00
	5.792.471.000,00	0,00	Z 293.748.000,00 X 120.284.000,00	6.206.503.000,00



Die Bildung von Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen zeigt im betriebswirtschaftlichen Rechnungswesensystem die Belastung zukünftiger Rechnungsperioden auf, die der Freien Hansestadt Bremen durch die rechtlichen Verpflichtungen gegenüber leistungsberechtigten Versorgungsempfängern aus heutiger Sicht entstehen werden und somit den finanziellen Rahmen zukünftiger Haushaltsjahre beeinflussen.

II. SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

Euro 112.508.659,04

(31. 12. 2010 · Euro 86.601.000,00)

In diesem Posten werden alle übrigen Rückstellungen ausgewiesen. Dazu gehören u. a. Rückstellungen für ausstehende Rechnungen, Prozesskosten, Schadenersatz, Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen, Drohverluste und Personalaufwand.

Die Freie Hansestadt Bremen hat im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 die Wertansätze der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 überprüft. Für die in der Rückstellung für Personalaufwand ausgewiesenen Erfüllungs- und Aufstockungsbeträge der Altersteilzeit wurde die erforderliche Anpassung vorgenommen.

Aus der Anpassung der Werte der Eröffnungsbilanz ergeben sich für die im Haushaltsjahr 2010 ergebniswirksam erfassten Beträge der Zuführung bzw. Auflösung der Rückstellungen Anpassungsnotwendigkeiten (vgl. S. 20). Die aus der Anpassung der Eröffnungsbilanzwerte resultierende Korrektur der Zuführung bzw. Auflösung des Jahres 2010 wird im Haushaltsjahr 2011 ergebniswirksam nachgeholt und in dem Posten Außerordentlicher Aufwand ausgewiesen.

Anpassung Wertansätze Eröffnungsbilanz:

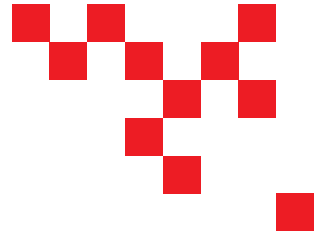
	Bish. Ansatz in der Eröffnungsbilanz Euro	Anpassung der Werte Euro	Neuer Wertansatz Eröffnungsbilanz Euro
Rückstellungen für			
• ausstehende Rechnungen	10.927.000,00	0,00	10.927.000,00
• Gewährleistungen aufgrund rechtlicher Verpflichtung	688.000,00	0,00	688.000,00
• Prozesskosten	50.000,00	0,00	50.000,00
• Schadenersatzverpflichtungen und Haftpflichtansprüche	930.000,00	0,00	930.000,00
• Personalaufwand: Altersteilzeit	56.935.000,00	19.546.000,00	76.481.000,00
	69.530.000,00	19.546.000,00	89.076.000,00

Entwicklung Berichtsjahr 2010:

	Stand 01.01.2010 Euro	V Verbrauch A Auflösung Euro	Zuführung Euro	Stand 31.12.2010 Euro
Rückstellungen für				
• ausstehende Rechnungen	10.927.000,00	V 10.927.000,00	10.656.000,00	10.656.000,00
• Gewährleistungen aufgrund rechtlicher Verpflichtung	688.000,00	0,00	154.000,00	842.000,00
• Prozesskosten	50.000,00	0,00	90.000,00	140.000,00
• Schadenersatzverpflichtungen und Haftpflichtansprüche	930.000,00	0,00	485.000,00	1.415.000,00
• Personalaufwand: Altersteilzeit	76.481.000,00	A 2.933.000,00	0,00	73.548.000,00
	89.076.000,00	V 10.927.000,00 A 2.933.000,00	11.385.000,00	86.601.000,00

Entwicklung Berichtsjahr 2011:

	Stand 31.12.2010 Euro	V Verbrauch A Auflösung Euro	Z Zuführung f. 2011 X Zuführung f. 2010 Ü Übernahme bba Euro	Stand 31.12.2011 Euro
Rückstellungen für				
• ausstehende Rechnungen	10.656.000,00	V 10.656.000,00	Z 9.947.000,00	9.947.000,00
• Gewährleistungen aufgrund rechtlicher Verpflichtung	842.000,00	A 42.000,00	0,00	800.000,00
• Prozesskosten	140.000,00	A 40.000,00	0,00	100.000,00
• Schadenersatzverpflichtungen und Haftpflichtansprüche	1.415.000,00	A 505.000,00	0,00	910.000,00
• Personalaufwand: Altersteilzeit	73.548.000,00	A 2.174.000,00	X 2.644.000,00	74.018.000,00
nicht genom- mener Urlaub	0,00	0,00	Z 26.410.000,00	26.410.000,00



	Stand 31. 12. 2010	V Verbrauch A Auflösung	Z Zuführung f. 2011 X Zuführung f. 2010 Ü Übernahme bba	Stand 31. 12. 2011
	Euro	Euro	Euro	Euro
• Übernahmewert bba	0,00	0,00	Ü 323.659,04	323.659,04
		V 10.656.000,00	Z 36.357.000,00	
		A 2.761.000,00	X 2.644.000,00	
	86.601.000,00		Ü 323.659,04	112.508.659,04

Rückstellungen für ausstehende Rechnungen:

Für Eingangsrechnungen für Lieferungen und sonstige Leistungen, die im abgelaufenen Jahr bis zur Aufstellung der Vermögensrechnung noch nicht eingegangen sind, werden in Höhe der voraussichtlichen Rechnungsbeträge Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet, soweit die Rechnungsbeträge bei rechtzeitigem Eingang als Aufwand zu erfassen gewesen wären.

Rückstellungen für Gewährleistungen aufgrund rechtlicher Verpflichtung:

Bei den Rückstellungen für Gewährleistungen aufgrund rechtlicher Verpflichtung wurde für die bestehenden Bürgschaftsverpflichtungen die durchschnittliche Ausfallquote der letzten fünf Jahre ermittelt und diese auf den Bestand des bremischen Anteils am Gesamtrisiko aus den Bürgschaftsverpflichtungen per 31. 12. 2011 angewandt.

Rückstellungen für Prozesskosten:

In den Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus Gerichtsprozessen, in denen die Freie Hansestadt Bremen als Klägerin oder Beklagte auftritt, wurden die voraussichtlichen Kosten für die laufende Instanz berücksichtigt. Diese beinhalten im Wesentlichen die Ansprüche der Gegenseite sowie die zu erwartenden Vorbereitungs- und Durchführungskosten. Abweichend von den Standards staatlicher Doppik wurden aus Vereinfachungsgründen jedoch nur anstehende Prozesse mit einem Streitwert von über 100.000 Euro geprüft.

Rückstellungen für Schadenersatzverpflichtungen und Haftpflichtansprüche:

Für gesetzliche bzw. vertragliche Schadenersatzverpflichtungen sind Rückstellungen in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme des zum Bilanzstichtag 31. 12. 2011 entstandenen Schadens zu bilden, wenn das Bestehen der Verbindlichkeit und die Inanspruchnahme wahrscheinlich sind. Auch hier wurden abweichend von den Standards staatlicher Doppik aus Vereinfachungsgründen nur Einzelbeträge ab 10.000 Euro bei der Bildung der Rückstellung berücksichtigt.

In der Freien Hansestadt Bremen ist bei der Bildung von Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus Haftpflichtansprüchen nach Stadt und Land zu trennen. Für das kommunale Haftpflichtrisiko sind keine Rückstellungen zu bilden, da dieses in unbegrenzter Höhe durch den Haftpflichtschadenausgleich abgedeckt ist. Das staatliche Haftpflichtrisiko ist bis zu einem Betrag von 100.000 Euro durch den Haftpflichtschadenausgleich abgedeckt. Für das staatliche Haft-



pflichtrisiko wurden Rückstellungen deshalb lediglich für die über diesen Betrag hinausgehenden Beträge gebildet, wenn die Haftpflichtschadenersatzansprüche gegenüber der Freien Hansestadt Bremen unstrittig sind.

Rückstellungen für Personalaufwand:

In den Rückstellungen für Personalaufwand sind die Verpflichtungen aus Altersteilzeit, Sabbatjahren, nicht genommenem Urlaub sowie aus Überstunden und Gleitzeitguthaben auszuweisen.

• Altersteilzeit:

In diesem Posten erfolgte eine Korrektur der Eröffnungsbilanzwerte, die durch die Anpassung der Berechnungsmethode an das 2009 in Kraft getretene Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) bedingt ist. Danach ist bei der Rückstellungsberechnung auf eine getrennte Ermittlung der Erfüllungs- und der Aufstockungsrückstellung abzustellen.

Die Erfüllungsrückstellung wird mit Beginn der Aktivphase des Beschäftigten sukzessive im Verlauf der Aktivphase aufgebaut. Für jeden Monat der Aktivphase in dem jeweiligen Berichtsjahr werden 50 % des monatlichen Bruttoentgelts, das vor Beginn der Aktivphase erzielt wurde, in die Rückstellung eingestellt. Die Erfüllungsrückstellung wird mit Beginn der Passivphase über deren Laufzeit aufgelöst.

Die Aufstockungsrückstellung ist mit Beginn des Abschlusses der Altersteilzeitvereinbarung sofort in voller Höhe zu bilden. Einzustellen sind 30 % des monatlichen Bruttoentgeltes, das vor Beginn der Altersteilzeitvereinbarung erzielt wurde, für jeden Monat – also für den gesamten Zeitraum – der Passivphase. Ebenso wie die Erfüllungsrückstellung wird auch die Aufstockungsrückstellung mit Beginn der Passivphase über deren Laufzeit aufgelöst.

Sowohl bei der Erfüllungs- als auch bei der Aufstockungsrückstellung werden voraussichtliche Tarifsteigerungen in die Wertermittlung einbezogen und die so ermittelten Beträge entsprechend der Laufzeit abgezinst.

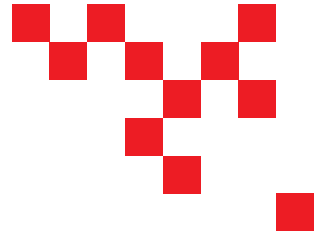
• Sabbatjahre:

Eine Rückstellung für Sabbatjahre wird in der Freien Hansestadt Bremen nicht gebildet, da die Beschäftigten dieses Arbeitszeitmodell kaum in Anspruch nehmen.

• Nicht genommener Urlaub:

Die Standards staatlicher Doppik sehen ab 2011 die Bildung von Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub vor. Diese sind zu bilden, wenn Beschäftigte bis zum Ende des Haushaltsjahres ihren Urlaub noch nicht genommen haben und dieser im Folgejahr gewährt werden muss. Mit dieser Rückstellung werden nach dem Bilanzstichtag entstehende Personalaufwendungen erfasst, denen keine Arbeitsleistung gegenübersteht, da die Beschäftigten durch die Nichtinanspruchnahme des Urlaubs im laufenden Jahr in Vorleistung getreten sind.

Da in der Freien Hansestadt Bremen keine flächendeckende elektronische Erfassung der Urlaubsansprüche innerhalb des Personaldatensystems PUMA erfolgt, wurde der in die Rückstel-



lung einzustellende Betrag durch eine Durchschnittswertmethode ermittelt. Die in PUMA erfassten Urlaubsansprüche wurden auf die gesamten in der bremischen Verwaltung Beschäftigten ohne Berücksichtigung der beschäftigten Lehrer/-innen hochgerechnet und mit den durchschnittlichen Bezügen/Entgelten der Beschäftigten in der bremischen Verwaltung bewertet.

• **Verpflichtungen aus Überstunden und Gleitzeitguthaben:**

Die Bildung einer Rückstellung unterbleibt, da in der Freien Hansestadt Bremen keine zentrale flächendeckende elektronische Erfassung der Überstunden und Gleitzeitguthaben erfolgt.

Zur Erläuterung des gesondert ausgewiesenen Übernahmewerts bba vgl. S. 19.

D. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag (in der Regel Nennbetrag) auszuweisen, unabhängig davon, wie hoch der Ausgabebetrag ist. Als Ausgabebetrag wird der dem Schuldner zugeflossene Betrag bezeichnet.

I. ANLEIHEN UND OBLIGATIONEN

Euro 10.781.373.227,00

(31. 12. 2010 · Euro 10.091.998.226,67)

In diesem Posten sind alle kurz-, mittel- und langfristigen Schuldverschreibungen auszuweisen. Dazu gehören Ausgleichsforderungen, Kapitalmarktpapiere wie z.B. Anleihen, Schatzbriefe und Obligationen sowie Geldmarktpapiere wie z.B. Schatzanweisungen.

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Ausgewiesen werden Landesobligationen und Anleihen:		
• Ursprungslaufzeit bis ein Jahr	0,00	0,00
• Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre	8.441.875.000,00	7.520.000.000,00
• Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	2.339.498.227,00	2.571.998.226,67
	10.781.373.227,00	10.091.998.226,67

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Anleihen und Obligationen ergeben sich aus der gesondert geführten Darlehensverwaltung, deren Einzelwerte kumuliert in die Finanzbuchhaltung übernommen werden.

II. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN**Euro 0,00**

(31. 12. 2010 · Euro 4.803.103.655,45)

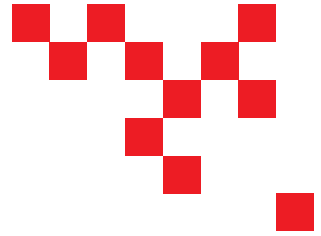
Ausgewiesen werden kurz-, mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Der Ausweis erfolgt mit den Salden gemäß Kontoauszug. Dabei sind Schwebeposten (=unterwegs befindliche Gelder) zu berücksichtigen.

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Darlehensverbindlichkeiten:		
• Ursprungslaufzeit bis ein Jahr	0,00	610.791.409,27
• Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre	0,00	882.955.229,22
• Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	0,00	3.309.357.016,96
	0,00	4.803.103.655,45

Im Berichtsjahr erfolgt aufgrund der in den Standards staatlicher Doppik vorgegebenen Struktur die Umgliederung der bisher als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesenen Darlehensverbindlichkeiten in den Posten Sonstige Verbindlichkeiten – Darlehensverbindlichkeiten. Die für das Vorjahr ausgewiesenen Darlehensverbindlichkeiten ergeben sich aus der gesondert geführten Darlehensverwaltung, deren Einzelwerte kumuliert in die Finanzbuchhaltung übernommen werden.



Rathausfassade (Detail)



III. VERBINDLICHKEITEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN **Euro 126.525,50** (31. 12. 2010 · Euro 65.400,82)

Es handelt sich um Verbindlichkeiten, denen eine Lieferung oder Leistung zugrunde liegt und die nicht in den nachfolgenden Posten auszuweisen sind.

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-21.927.530,22	-34.759.482,13
Ausweis debitorische Kreditoren in dem Posten		
Sonstige Vermögensgegenstände	+21.941.530,51	+34.824.882,95
	14.000,29	65.400,82
Übernahmewert bba	112.525,21	0,00
	126.525,50	65.400,82

Zur Erläuterung des gesondert ausgewiesenen Übernahmewerts bba vgl. S. 19.

IV. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND EINRICHTUNGEN **Euro 158.978.254,80** (31. 12. 2010 · Euro 163.679.298,82)

Ausgewiesen werden alle kurz-, mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und Sonstige) gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen.

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber		
• Gesellschaften	15.576.587,83	22.059.586,57
• Eigenbetrieben	106.782.227,28	83.062.892,96
• Anstalten öffentlichen Rechts	4.917.677,14	6.298.244,83
• Stiftungen öffentlichen Rechts	322.166,31	323.133,93
• Sonderhaushalten	31.379.596,24	51.935.440,53
	158.978.254,80	163.679.298,82

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich im Wesentlichen um Verbindlichkeiten auf den sogenannten Bankverrechnungskonten, auf denen der durch die Landeshauptkasse wahrgenommene Zahlungsverkehr für die verbundenen Unternehmen und Einrichtungen erfasst wird.

**V. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER UNTERNEHMEN
UND EINRICHTUNGEN, MIT DENEN
EIN BETEILIGUNGSVERHÄLTNIS BESTEHT**

Euro 17.942.696,37
(31. 12. 2010 · Euro 11.873.577,08)

Ausgewiesen werden alle kurz-, mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und Sonstige) gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Bremerhavener Gesellschaft für Investitions- förderung und Stadtentwicklung GmbH (BIS)		
• Förderprogramme WMTE ¹	17.663.777,11	11.665.547,18
• Starthilfefonds	278.919,26	208.029,90
	17.942.696,37	11.873.577,08

**VI. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER SONDERVERMÖGEN
OHNE EIGENVERANTWORTLICHE BETRIEBSLEITUNG**

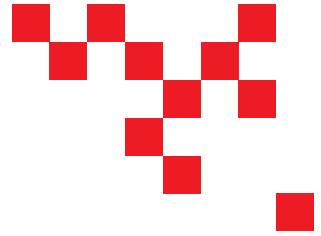
Euro 124.017.433,36
(31. 12. 2010 · Euro 105.644.333,72)

Ausgewiesen werden alle kurz-, mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und Sonstige) gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung.

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber		
• SV Infrastruktur	64.330.440,69	55.716.763,33
• SV Fiskalvermögen	1.112.431,51	1.425.079,47
• SV Fischereihafen	4.905.008,31	2.418.462,80
• SV Hafen	33.457.113,80	38.771.352,70
• SV Überseestadt	985.608,59	0,00
• SV Gewerbeflächen	19.226.830,46	7.312.675,42
	124.017.433,36	105.644.333,72

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich im Wesentlichen um Verbindlichkeiten auf den sogenannten Bankverrechnungskonten, auf denen der durch die Landeshauptkasse wahrgenommene Zahlungsverkehr für Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung erfasst wird.

¹ WMTE = Wirtschaft, Mittelstand, Technologie, Europaangelegenheiten



VII. VERBINDLICHKEITEN AUS DER STEUERVERTEILUNG UND FINANZAUSGLEICHSBEZIEHUNGEN

Euro 0,00

(31. 12. 2010 · Euro 1.354.684,03)

In diesem Posten werden Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung (Steuererlegung und Beträge, die anderen Gebietskörperschaften aufgrund deren Ertragshoheit zustehen) und Verbindlichkeiten aus Finanzausgleichsbeziehungen (Länderfinanzausgleich und kommunaler Finanzausgleich) ausgewiesen.

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung	0,00	1.354.684,03
	0,00	1.354.684,03

Die Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen zum 31. 12. 2011 werden in dem entsprechenden Aktivposten ausgewiesen.

INFO:

Siehe Aktiva, Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen, S. 38

VIII. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN

Euro 7.269.123.843,60

(31. 12. 2010 · Euro 2.333.606.950,06)

Ausgewiesen werden alle übrigen kurz-, mittel- und langfristigen sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten, die nicht in den vorhergehenden Posten auszuweisen sind. Dazu gehören u. a. Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden aus eigenen Steuerschuldverhältnissen, Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit und gegenüber Mitarbeitern, Darlehensverbindlichkeiten sowie alle übrigen sonstigen Verbindlichkeiten.

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Darlehensverbindlichkeiten gegenüber dem Bund		
• Ursprungslaufzeit bis ein Jahr	7.421,95	6.985,90
• Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	115.062.140,00	116.231.734,34
gegenüber öffentlichen Unternehmen		
• Ursprungslaufzeit bis ein Jahr	0,00	1.610.315,23
• Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	0,00	0,00
gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich		
• Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre	0,00	31.000.000,00
• Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	0,00	1.636.825.837,63
gegenüber dem sonstigen inländischen Bereich		
• Ursprungslaufzeit bis ein Jahr	837.467.298,94	269.800.000,00
• Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre	623.110.000,00	0,00

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
• Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	5.407.697.492,00	0,00
Übrige sonstige Verbindlichkeiten:		
• Cash Management	99.983,43	4.358.267,77
• Stiftungen	2.012.771,95	2.331.855,33
• Anstalten öffentlichen Rechts	876.330,09	171.709,75
• Finanzkassen	19.402.975,29	30.544.989,44
• Personalverrechnung	9.824.526,62	7.999.173,86
• Projekte und Maßnahmen	27.668.813,71	20.882.542,60
• Verwahrungen und erhaltene Anzahlungen	159.609.576,73	158.491.474,58
• Zahlstellen	407.292,80	623.372,42
• Fremdgelder	4.597.226,36	6.170.988,44
• Umsatzsteuer	2.208.566,90	0,00
• Übrige sonstige Verbindlichkeiten	58.945.645,55	46.557.702,77
Übernahmewerte bba	125.781,28	0,00
	7.269.123.843,60	2.333.606.950,06

Im Berichtsjahr erfolgt aufgrund der in den Standards staatlicher Doppik vorgegebenen Struktur die Umgliederung der bisher als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesenen Darlehensverbindlichkeiten in den Posten Sonstige Verbindlichkeiten – Darlehensverbindlichkeiten. Die ausgewiesenen Darlehensverbindlichkeiten ergeben sich aus der gesondert geführten Darlehensverwaltung, deren Einzelwerte kumuliert in die Finanzbuchhaltung übernommen werden. Alle übrigen ausgewiesenen Verbindlichkeiten ergeben sich direkt aus der Finanzbuchhaltung.

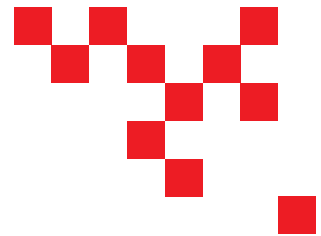
Zur Erläuterung des gesondert ausgewiesenen Übernahmewerts bba vgl. S. 19.

E. Passive Rechnungsabgrenzung

Euro 187.268,91
(31. 12. 2010 · Euro 0,00)

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Passivseite Einzahlungen vor dem Abschlussstichtag auszuweisen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

	Stand 31. 12. 2011 Euro	Stand 31. 12. 2010 Euro
Übernahmewert bba	187.268,91	0,00
	187.268,91	0,00



Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

1. Steuern und steuerähnliche Erträge

Euro 2.172.852.501,21
(2010 · Euro 2.018.719.194,64)

Steuern und steuerähnliche Erträge umfassen sämtliche der Gebietskörperschaft aufgrund ihrer Ertragshoheit zustehenden Steuern bzw. steuerähnlichen Abgaben und steuerlichen Nebenleistungen.

Die Ertragsrealisation tritt im Rahmen von Veranlagungen und Anmeldungen grundsätzlich mit Ablauf des Veranlagungs- bzw. Anmeldungszeitraums ein. Eine Erfassung dieser Erträge setzt jedoch eine hinreichende Konkretisierung des Steueranspruchs voraus, die in dem Zeitpunkt eintritt, in dem die Daten zur Berechnung der Steuer freigegeben werden. Aus Vereinfachungsgründen finden nur die bis 31. 12. veranlagten Fälle Berücksichtigung. Mit dem Eingang der Anmeldung sind bei Zahllastfällen die Steuererträge hinreichend konkretisiert und wirtschaftlich entstanden. Die im Januar eingehenden Anmeldungen für Anmeldungszeiträume der Vorjahre sind zu berücksichtigen. Die Ertragsrealisation von Steuervorauszahlungen ist mit der hinreichenden Konkretisierung sukzessive zu den einzelnen Fälligkeitsterminen gegeben. Steuererstattungen der Gebietskörperschaften sind ertragsmindernd bei den Erträgen aus Steuern auszuweisen.

Verbliebene Risiken hinsichtlich der Konkretisierung der Steuererträge sind durch vorsichtige Bemessung des Wertansatzes oder durch Bildung von Rückstellungen (z. B. Rückerstattungsverpflichtungen) zu berücksichtigen.

	2011 Euro	2010 Euro
Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage:		
• Lohnsteuer	938.770.808,64	877.345.411,90
• Veranlagte Einkommensteuer	148.685.182,27	191.472.359,56
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	48.794.464,67	42.054.348,41
• Körperschaftsteuer	89.178.764,20	26.238.428,25
• Umsatzsteuer	438.877.006,95	506.467.334,01
• Einfuhrumsatzsteuer	182.175.207,29	161.043.133,75
• Gewerbesteuerumlage	6.593.191,43	5.185.308,82
• Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	42.430.591,92	45.541.037,28
• Kraftfahrzeugsteuer	-230.000,00	-247.000,00
	1.895.275.217,37	1.855.100.361,98
Landessteuern:		
• Vermögensteuer	-27.235,46	101.920,38
• Erbschaftsteuer	41.019.228,48	30.800.086,59



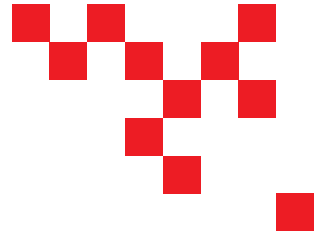
	2011 Euro	2010 Euro
• Grunderwerbsteuer	55.744.647,27	37.864.509,94
• Totalisatorsteuer	133.424,33	143.839,20
• Lotteriesteuer	10.973.201,56	11.036.565,72
• Feuerschutzsteuer	3.780.627,24	2.420.630,68
• Biersteuer	21.457.341,57	20.964.093,45
• Abgaben von Spielbanken	5.267.092,51	3.245.695,17
	138.348.327,50	106.577.341,13
Gemeindesteuern:		
• Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer	-400.265.264,66	-384.619.947,24
• Grundsteuer A	-452.624,40	-58.705,94
• Grundsteuer B	131.714.819,12	131.184.872,76
• Gewerbesteuer	352.294.444,07	264.572.828,85
• Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	39.791.962,39	34.243.597,66
• Gemeindeanteil an der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	-2.807.654,07	-2.636.364,71
• Sonstige Vergnügungsteuern	7.987.915,17	4.348.908,35
• Hundesteuer	1.345.429,28	1.270.103,65
• Sonstige Gemeindesteuern	402.440,84	405.035,81
	130.011.467,74	48.710.329,19
Steuerähnliche Erträge	2.699.065,64	2.051.184,14
Zwangsgelder, Verspätungs- und Säumniszuschläge im Zusammenhang mit Steuern	6.518.422,96	6.279.978,20
Summe Steuern und steuerähnliche Erträge	2.172.852.501,21	2.018.719.194,64

2. Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen

Euro 1.042.623.775,58

(2010 · Euro 650.222.201,47)

	2011 Euro	2010 Euro
Erträge aus Länderfinanzausgleich	515.582.741,97	444.138.562,03
Erträge aus Bundesergänzungszuweisungen	227.041.033,61	206.083.639,44
Erträge Konsolidierungshilfe	300.000.000,00	0,00
	1.042.623.775,58	650.222.201,47



Ausgewiesen werden die Erträge aus dem Länderfinanzausgleich sowie aus sonstigen Finanzausgleichsbeziehungen für das Haushaltsjahr 2011.

3. Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen

Euro 397.218.714,70
(2010 · Euro 447.779.020,85)

Erträge aus Zuweisungen sind einmalige oder laufende Geldleistungen zwischen dem öffentlichen Bereich (Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Sondervermögen ohne unternehmerische Aufgabenstellung, Sozialversicherungsträger, Bundesagentur für Arbeit sowie Zweckverbände).

Erträge aus Zuschüssen sind einmalige oder laufende Geldleistungen zwischen dem öffentlichen Bereich und den sonstigen Bereichen.

Erträge aus Schuldendiensthilfen umfassen Geldleistungen zur Erleichterung des Schuldendienstes für auf dem Kapitalmarkt aufgenommene Darlehen und Anleihen, vorwiegend zur Verbilligung von Zinsleistungen.

Erträge aus Vermögensübertragungen umfassen Geldleistungen, die weder für laufende Zwecke noch für investive Zwecke gewährt werden. Dies sind beispielsweise (einmalige) Zahlungen zum Ausgleich von Vermögensschäden, zur Förderung der Vermögensbildung oder die Eingliederung eines Unternehmens in die Kernverwaltung.

Als Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen werden Geldleistungen ausgewiesen, die für investive Zwecke gewährt werden, aber keine Sonderposten für Investitionen darstellen.

Erträge aus Rückforderungen von Zuweisungen und Zuschüssen stellen die erhaltenen Rückzahlungen von zu viel oder zu Unrecht gewährten Zuweisungen und Zuschüssen dar.

	2011 Euro	2010 Euro
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen, soweit nicht für Investitionen, von/vom		
• Bund für Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	118.891.767,90 ²	23.029.917,74
• Bund, übrige	98.106.670,22	145.157.152,68
• Ländern	7.674.414,55	6.749.440,78
• Gemeinden/Gemeindeverbänden	7.977.250,53	8.938.980,13
• Zweckverbänden und dgl.	736.058,55	501.776,71
• gesetzlicher Sozialversicherung	27.383.839,64	26.382.858,61
• verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	0,00	358.506,06

² Im Vorjahr wurden Teilbeträge der vom Bund gezahlten Zuweisungen für Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen als übrige Zuweisungen vom Bund ausgewiesen.



	2011 Euro	2010 Euro
• sonstigen inländischen Bereich	33.007.057,58	30.983.609,67
• ausländischen Bereich		
EU	6.028.235,60	23.414.903,17
sonstigen ausländischen Bereich	1.841,00	43.119,00
	299.807.135,57	265.560.264,55
Erträge aus Schuldendiensthilfen vom sonstigen inländischen Bereich	16.476.385,52	13.096.142,83
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	80.454.288,48	167.790.913,56
Erträge aus Rückforderungen von Zuweisungen und Zuschüssen	480.905,13	1.331.699,91
Summe Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	397.218.714,70	447.779.020,85

In den Erträgen aus den Zuweisungen und Zuschüssen sind die von der Gemeinde Bremerhaven erhaltenen Zuweisungen und Zuschüsse enthalten. Innerbremische Verrechnungen zwischen dem Land Bremen und der Stadtgemeinde Bremen werden nicht ausgewiesen.

Innerhalb der in diesem Posten ausgewiesenen Positionen können sich auch in den Folgejahren Verschiebungen ergeben. Diese resultieren aus der Auswahlmöglichkeit der zu den kammalinalen Titeln angebotenen Ertragskonten, die in der Finanzbuchhaltung zu einem nicht immer sachgerechten Ausweis führen können und zukünftig durch Optimierung des Buchungsverhaltens vermieden werden sollen.

4. Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse

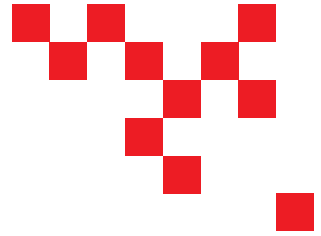
Euro 156.420.251,69

(2010 · Euro 143.801.581,86)

Als Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse sind sämtliche Erträge auszuweisen, die im Rahmen der gewöhnlichen Tätigkeit der Verwaltung sowohl im hoheitlichen als auch im übrigen Bereich entstehen.

Gebühren sind öffentlich-rechtliche Geldleistungen, die als Gegenleistung für eine individuell zurechenbare öffentliche Leistung geschuldet werden.

Den Erträgen aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern liegt kein Leistungsaustausch zugrunde. Sie entstehen vielmehr im Wege eines Verwaltungsaktes.



Unter die Umsatzerlöse fallen grundsätzlich alle Erlöse, die im Rahmen der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit anfallen, aber nicht aus Steuern, Finanzausgleichsbeziehungen, Zuweisungen bzw. Zuschüssen, Gebühren sowie Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern resultieren. Hierzu zählen u. a. Erträge aus dem Verkauf von Produkten oder Dienstleistungen, die zum gewöhnlichen Leistungsangebot der Verwaltung gehören.

	2011 Euro	2010 Euro
Erträge aus Gebühren	94.290.956,14	91.157.467,67
Erträge aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern	12.246.630,17	11.900.976,03
Umsatzerlöse	49.882.665,38	40.743.138,16
	156.420.251,69	143.801.581,86

5. Sonstige Erträge

Euro 43.960.447,27
(2010 · Euro 44.001.678,52)

Zu den sonstigen Erträgen gehören alle Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit, die nicht in den vorhergehenden Posten oder als Erträge aus Beteiligungen, Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, sonstige Zinsen und ähnliche Erträge oder außerordentliche Erträge zu klassifizieren sind.

Dazu gehören u. a. Erträge aus Anlagenabgängen, der Auflösung von Rückstellungen und Sonderposten.

	2011 Euro	2010 Euro
Mieten	6.968.976,17	5.245.612,82
Pachten	19.429,09	19.429,09
Erträge aus dem Abgang von Vermögens- gegenständen	37.324,12	16.953,78
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	25.086.516,63	24.487.409,16
Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen	2.761.000,00	2.933.000,00
Übrige sonstige Erträge	9.087.201,26	11.299.273,67
	43.960.447,27	44.001.678,52

6. Summe Erträge

Euro 3.813.075.690,45
(2010 · Euro 3.304.523.677,34)

Ausgewiesen wird die Summe der in den Ziffern 1 bis 5 ausgewiesenen Erträge.

7. Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit**Euro –268.164.959,55**

(2010 · Euro –285.247.333,83)

Zu den Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit zählen die Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren, die im Rahmen der Verwaltungstätigkeit unmittelbar für die Erstellung der Leistung entstehen, sowie die Aufwendungen für bezogene Leistungen, die in einem direkten Zusammenhang mit der Herstellung von Erzeugnissen und Leistungen der Verwaltung als externe Vorleistungen anfallen.

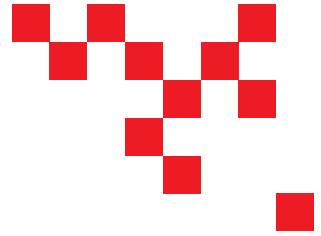
	2011 Euro	2010 Euro
Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren:		
• Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Fremdbauteile	–1.886.463,36	–1.721.367,47
• Verbrauchsmaterial	–42.496.417,23	–52.878.583,71
• Energie	–21.156.401,73	–20.810.492,65
• Material für Reparatur und Instandhaltung	–426.515,25	–982.243,33
• Aufwendungen für Waren	–1.565,15	–369,09
	–65.967.362,72	–76.393.056,25
Aufwendungen für bezogene Leistungen:		
• Abfall und Entsorgung	–1.910.550,59	–2.081.882,04
• Fremdinstandhaltung und Wartungsarbeiten	–23.267.772,39	–25.034.933,06
• Fremdleistungen für Gutachten, Werkverträge, Beratung, Rechtsberatung, Schulung	–1.967.451,44	–7.914.006,05
• Aufwendungen für Prozesskostenhilfe und ähnliche Leistungen	–28.277.390,83	–28.466.671,75
• Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	–146.774.431,58	–145.356.784,68
	–202.197.596,83	–208.854.277,58
Summe Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	–268.164.959,55	–285.247.333,83

8. Personalaufwand**Euro –1.471.137.256,85**

(2010 · Euro –1.145.208.068,99)

Als Personalaufwand werden die Aufwendungen für eigene Mitarbeiter im Rahmen des Beschäftigungs- bzw. Dienstverhältnisses mit den Bruttobeträgen ausgewiesen. Dabei handelt es sich um die unmittelbaren Aufwendungen für die eigentliche Arbeitsleistung der Mitarbeiter.

Die Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Sozialversicherung sowie die übrigen gesetzlichen Pflichtabgaben, die durch den Arbeitgeber für die Beschäftigung von Arbeitnehmern zu leisten sind, werden als soziale Abgaben ausgewiesen.



Die Aufwendungen für Altersversorgung beinhalten neben den gezahlten Versorgungsbezügen die Zuführung zur Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, die Aufwendungen für die Versorgungsrücklage sowie für die Zusatzversorgung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

	2011 Euro	2010 Euro
Entgelte:		
• Entgelte für geleistete Arbeitszeit (einschl. tariflicher, vertraglicher oder arbeitsbedingter Zulagen)	-221.111.251,20	-214.505.677,96
• Sonstige Aufwendungen mit Entgeltcharakter ³	-29.744.861,79	-3.381.453,43
	-250.856.112,99	-217.887.131,39
Bezüge:		
<i>Dienst-, Amtsbezüge einschließlich Zulagen:</i>		
• Beamte und Richter	-472.692.637,75	-471.157.040,88
• Zivildienstleistende	-60.061,01	-132.139,93
	-472.752.698,76	-471.289.180,81
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung:		
Soziale Abgaben:	-59.954.489,25	-54.792.317,13
<i>Aufwendungen für Altersversorgung:</i>		
• Versorgungsbezüge Beamte und Richter	-318.984.726,21	-310.270.100,76
• Versorgungsbezüge Senatoren	-2.289.791,66	-2.134.428,20
• Versorgungsbezüge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-16.560.173,85	-16.604.337,98
• Zuführung zur Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	-293.748.000,00	-16.042.000,00
Sonstige Aufwendungen für Altersversorgung:	-15.646.272,83	-17.853.153,72
<i>Beihilfen:</i>		
• Soweit nicht Versorgungsempfänger	-11.942.759,64	-11.604.450,33
• Für Versorgungsempfänger	-23.508.776,80	-21.944.168,26
• Fürsorgerleistungen und Unterstützungen	-4.893.454,86	-4.786.800,41
	-747.528.445,10	-456.031.756,79
Summe Personalaufwand	-1.471.137.256,85	-1.145.208.068,99

Die Aufwendungen für Entgelte, Bezüge, soziale Aufwendungen, Altersversorgung und Beihilfen werden in gesonderten Personalabrechnungssystemen (z.B. KIDICAP) ermittelt und die Werte kumuliert an die Finanzbuchhaltung übertragen.

Die Zusammensetzung der Zuführung zur Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ist in dem Posten Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (s. S. 47) erläutert.

³ Darin auch erstmals Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub enthalten. Siehe auch S. 49–52.

9. Abschreibungen

Euro –111.991.452,71
(2010 · Euro –102.671.654,67)

In diesem Posten werden die Abschreibungen, die den Werteverzehr des immateriellen Vermögens und des Sachanlagevermögens der Gebietskörperschaft abbilden, ausgewiesen.

	2011 Euro	2010 Euro
Abschreibungen auf		
• immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	–101.960.085,36	–94.210.085,73
• Sachanlagevermögen	–10.025.391,65	–8.461.568,94
• Umlaufvermögen	–5.975,70	0,00
	–111.991.452,71	–102.671.654,67

Ausgewiesen wird der Werteverzehr, der auf das in der Vermögensrechnung der Freien Hansestadt Bremen ausgewiesene Anlagevermögen entfällt.

Der Werteverzehr, der auf die an die Sondervermögen übertragenen Sachanlagen entfällt, wird in den Erfolgsrechnungen der Sondervermögen als Aufwand ausgewiesen.

10. Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse

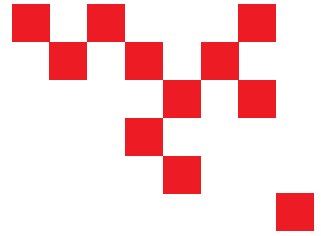
Euro –1.997.227.128,73
(2010 · Euro –1.858.667.531,85)

Aufwendungen für Zuweisungen sind einmalige oder laufende Geldleistungen zwischen dem öffentlichen Bereich (Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Sondervermögen ohne unternehmerische Aufgabenstellung, Sozialversicherungsträger, Bundesagentur für Arbeit sowie Zweckverbände).

Aufwendungen für Zuschüsse sind einmalige oder laufende Geldleistungen zwischen dem öffentlichen Bereich und den sonstigen Bereichen.

Aufwendungen für Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen umfassen z. B. Sozialhilfeleistungen, die als Barleistungen gewährt werden, Arbeitslosengeld, Unfallrenten und Wohngeld. Die Aufwendungen für übrige Zuweisungen und Zuschüsse umfassen alle Geldleistungen, die vom öffentlichen oder sonstigen Bereich für allgemeine oder für bestimmte Zwecke gewährt werden.

Aufwendungen für Schuldendiensthilfen umfassen Geldleistungen zur Erleichterung des Schuldendienstes für auf dem Kapitalmarkt aufgenommene Darlehen und Anleihen, vorwiegend zur Verbilligung von Zinsleistungen.



Aufwendungen für Vermögensübertragungen umfassen Geldleistungen, die weder für laufende Zwecke noch für investive Zwecke gewährt werden. Dies sind – in Anlehnung an die Zuordnung im Gruppierungsplan – z. B. (einmalige) Zahlungen zum Ausgleich von Vermögensschäden, zur Förderung der Vermögensbildung oder zur Strukturverbesserung der Wirtschaft (z. B. Abwrackprämien und -hilfen, Stilllegungsprämien, Zuschüsse zur Kapitalausstattung).

Als Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen werden Geldleistungen erfasst, die für investive Zwecke gewährt werden, aber nicht als geleistete Investitionszuweisungen oder -zuschüsse zu aktivieren sind.

Aufwendungen aus der Rückforderung von Zuweisungen und Zuschüssen stellen die zu leistenden Rückzahlungen von zu viel oder zu Unrecht erhaltenen Zuweisungen und Zuschüssen dar.

	2011 Euro	2010 Euro
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, soweit nicht für Investitionen:		
• Renten, Unterstützungen, sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	-544.887.627,87	-543.321.296,97
• Bund	-1.594.121,57	-1.273.276,94
• Länder	-9.153.630,51	-6.449.691,13
• Gemeinden/Gemeindeverbände	-355.252.579,90	-324.720.411,95
• Zweckverbände und dgl.	-283.488,28	-458.170,57
• Gesetzliche Sozialversicherung	-16.496.740,17	-17.638.186,81
• Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	-92.824.837,96	-63.113.783,50
• Sonstige öffentliche Sonderrechnungen	-100.830.789,66	-103.431.830,01
• Private inländische Unternehmen	-14.279.086,48	-12.023.388,88
• Sonstiger inländischer Bereich	-635.668.866,87	-593.795.998,53
• Sonstiger ausländischer Bereich	-30.938,83	-14.375,00
	-1.771.302.708,10	-1.666.240.410,29
Aufwendungen für Schuldendiensthilfen:		
• Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	-975.552,01	-1.046.647,81
• Sonstige öffentliche Sonderrechnungen	-93.997,52	-984.521,74
• Private inländische Unternehmen	-22.992,94	-27.184,78
• Sonstiger inländischer Bereich	-252.828,06	-209.041,14
	-1.345.370,53	-2.267.395,47
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	-224.579.050,10	-190.159.726,09
Summe Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	-1.997.227.128,73	-1.858.667.531,85



In den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüssen sind die an die Gemeinde Bremerhaven gezahlten Zuweisungen und Zuschüsse enthalten. Innerbremische Verrechnungen zwischen dem Land Bremen und der Stadtgemeinde Bremen werden nicht ausgewiesen.

Innerhalb der in diesem Posten ausgewiesenen Positionen können sich in den Folgejahren Verschiebungen ergeben. Diese resultieren aus der Auswahlmöglichkeit der zu den kameralen Titeln angebotenen Aufwandskonten, die in der Finanzbuchhaltung zu einem nicht immer sachgerechten Ausweis führen können und zukünftig durch Optimierung des Buchungsverhaltens vermieden werden sollen.

11. Sonstige Aufwendungen

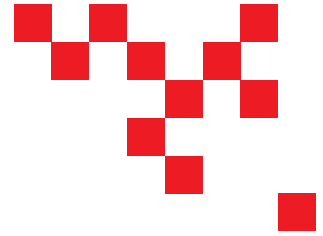
Euro –134.533.968,44
(2010 · Euro –130.668.179,81)

Zu den sonstigen Aufwendungen zählen alle Aufwendungen aus der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit, soweit sie nicht in den vorhergehenden Posten oder den Aufwendungen des Finanzergebnisses auszuweisen sind. Sie umfassen sonstige Personalaufwendungen, Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten, Aufwendungen für Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Reisen sowie Wertkorrekturen und Sonstiges.

Zu den sonstigen Personalaufwendungen zählen alle Aufwendungen, die keine Entgelte, Bezüge oder sozialen Abgaben bzw. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützungen betreffen, z. B. Aufwendungen für Personalmaßnahmen, Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Umzugskosten und Trennungsgeld, Aufwendungen für Aus-, Fort- und Weiterbildung und Aufwendungen für Bundestags- bzw. Landtagsabgeordnete.

Als Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten werden u. a. die Aufwendungen für Mieten (inkl. Nebenkosten), Pachten, Erbbauzinsen, Leasing, Lizenzen und Konzessionen, Gebühren und Provisionen, Prüfung, Beratung und Rechtsschutz sowie die Aufwendungen für abgeordnete Bedienstete und Leiharbeitskräfte ausgewiesen.

Die Aufwendungen für Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Reisen sowie Wertkorrekturen und Sonstiges beinhalten u. a. Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur, Porto und Versandkosten, Gästebewirtung, Repräsentation, Öffentlichkeitsarbeit, Werbung, Versicherungsbeiträge (sofern keine personenbezogenen Versicherungen), Telekommunikation, Reisekosten sowie Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens und Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens.



	2011 Euro	2010 Euro
Sonstige Personalaufwendungen:		
• Personalmaßnahmen	-498.700,21	-115.566,40
• Übernommene Fahrt-/Umzugskosten, Trennungsgeld	-59.119,65	-44.219,90
• Betriebs-/Amtsarzt und Arbeitssicherheit	-340.736,34	-239.947,73
• Aus-, Fort- und Weiterbildung	-2.395.938,75	-2.213.433,08
• Dienstjubiläen, Einführungen/Verabschiedung Personal	0,00	-36.505,35
• Landtagsabgeordnete	-9.216.543,07	-7.922.587,47
• Übrige sonstige Personalaufwendungen	-2.279.386,54	-2.286.754,30
	-14.790.424,56	-12.859.014,23
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten:		
• (Echt-)Mieten	-90.447.723,30	-88.407.875,87
• Pachten	-611.384,12	-252.545,14
• Leasing	-465.551,29	-447.484,61
• Lizenzen und Konzessionen	-790.287,48	-1.537.941,30
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	-4.366.342,46	-3.031.081,38
• Abgeordnete Bedienstete und Leiharbeitskräfte	-980.502,12	-1.229.714,30
• Sonstige Aufwendungen für die Inanspruch- nahme von Rechten und Diensten	-1.883.205,45	-1.750.823,59
	-99.544.996,22	-96.657.466,19
Aufwendungen für Kommunikation, Öffentlichkeits- arbeit, Reisen sowie Wertkorrekturen und Sonstiges:		
• Zeitungen und Fachliteratur	-1.273.700,30	-1.378.718,95
• Porto und Versandkosten	-4.579.428,30	-3.788.220,97
• Gästebewirtung, Repräsentation, Öffentlichkeitsarbeit, Werbung	-1.526.961,33	-2.849.574,01
• Versicherungsbeiträge	-1.037.135,34	-1.024.036,86
• Telekommunikation	-7.211.452,45	-7.520.937,26
• Reisekosten	-2.217.882,06	-2.127.394,20
• Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens	-895.331,76	0,00
• Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	-96.210,31	-527.526,03
• Übrige Aufwendungen	-1.360.445,81	-1.935.291,11
	-20.198.547,66	-21.151.699,39
Summe sonstige Aufwendungen	-134.533.968,44	-130.668.179,81

12. Summe Aufwendungen

Euro –3.983.054.766,28
(2010 · Euro –3.522.462.769,15)

Ausgewiesen wird die Summe der in den Ziffern 7 bis 11 ausgewiesenen Aufwendungen.

13. Verwaltungsergebnis

Euro –169.979.075,83
(2010 · Euro –217.939.091,81)

Das Verwaltungsergebnis stellt den Saldo aus Ziffer 6 (Summe Erträge) und Ziffer 12 (Summe Aufwendungen) dar.

14. Erträge aus Beteiligungen

Euro 10.992.408,06
(2010 · Euro 5.705.732,94)

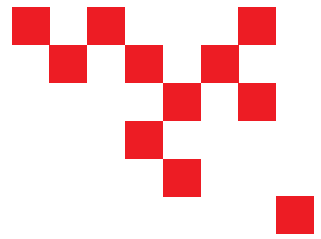
Ausgewiesen werden die Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen sowie Beteiligungen, z. B. Erträge aus Dividenden, Erträge aus Gewinnabführungen sowie aus Ausschüttungen.

	2011 Euro	2010 Euro
Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	0,00	162.038,04
Erträge aus Beteiligungen	10.992.408,06	5.543.694,90
	10.992.408,06	5.705.732,94

15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Euro 342.282.896,39
(2010 · Euro 50.920.684,90)

Ausgewiesen werden Zinserträge, die nicht als Erträge aus Beteiligungen oder aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens auszuweisen sind, z. B. Zinsen aus Einlagen bei Kreditinstituten oder Forderungen.



	2011 Euro	2010 Euro
Sonstige Zinsen:		
• Verbundene Unternehmen und Einrichtungen, Beteiligungen und Sondervermögen	2.496.000,00	2.145.000,00
• Öffentliche Sonderrechnungen ⁴	50.679.087,98	48.155.930,88
• Sonstiger öffentlicher Bereich	637.114,90	619.754,02
• Sonstiger inländischer Bereich ⁵	288.470.693,51	0,00
	342.282.896,39	50.920.684,90

Die Zinserträge aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen beinhalten u. a. Erträge aus noch nicht ausgezahlten Zinsen 2011 der Anstalt für Versorgungsvorsorge. Die Forderung aus diesen Zinsen ist in dem Posten Forderungen an verbundene Unternehmen und Einrichtungen enthalten.

16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Euro –860.453.924,71
(2010 · Euro –645.366.473,70)

Ausgewiesen werden Zinsen und ähnliche Aufwendungen, die für aufgenommenes Fremdkapital zu zahlen sind, z. B. Zinsswaps, Zinstermin- und Zinsoptionsgeschäfte, Zinsen für Kredite und Darlehen.

	2011 Euro	2010 Euro
Zinsen:		
• Bund	–6.682,58	–1.096.721,78
• Sonstige öffentliche Sonderrechnungen	–67.287.520,03	–94.566.429,64
• Sonstiger inländischer Bereich	–633.980.832,69	–340.054.617,40
• Sonstiger ausländischer Bereich	–11.264.434,78	–9.654.048,00
	–712.539.470,08	–445.371.816,82
Übrige ähnliche Aufwendungen	–147.914.454,63	–199.994.656,88
Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	–860.453.924,71	–645.366.473,70

17. Finanzergebnis

Euro –507.178.620,26
(2010 · Euro –588.740.055,86)

Das Finanzergebnis stellt den Saldo aus den Ziffern 14 (Erträge aus Beteiligungen), 15 (Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge) und 16 (Zinsen und ähnlich Aufwendungen) dar.

⁴ Bei den öffentlichen Sonderrechnungen handelt es sich um öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, bei denen (aus Sicht des Bundes oder des jeweiligen Landes) **andere** öffentliche Körperschaften Mitglied, Träger oder unmittelbarer bzw. mittelbarer Anteilseigner sind.

⁵ Im Vorjahr wurden Zinserträge vom sonstigen inländischen Bereich in Höhe von 302.635.873,60 Euro in dem Posten Zinsen und ähnliche Aufwendungen als Minderung des Zinsaufwandes ausgewiesen.

18. Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit

Euro –677.157.696,09
(2010 · Euro –806.679.147,67)

Das Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit wird aus den Salden der Ziffern 13 (Verwaltungsergebnis) und 17 (Finanzergebnis) ermittelt.

19. Außerordentliche Aufwendungen

Euro –122.928.000,00
(2010 · Euro 0,00)

Unter dem Posten Außerordentliche Aufwendungen sind Aufwendungen auszuweisen, die außerhalb der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit anfallen.

Dabei handelt es sich um Vorgänge, die in hohem Maße ungewöhnlich sind, d. h., deren Auftreten nicht erwartet werden kann, und die selten oder unregelmäßig vorkommen, d. h. nicht ständig anfallen bzw. nicht wiederkehrender Natur und somit nicht planbar sind. Diese Voraussetzungen müssen kumulativ erfüllt sein.

Diese Aufwendungen sind daher weder dem Verwaltungsergebnis noch dem Finanzergebnis zuzurechnen. Dabei ist mit Blick auf die gesamte Verwaltungstätigkeit im Einzelfall zu prüfen, ob ein besonderer Vorgang im Hinblick auf die bisherige und künftige Entwicklung vorliegt.

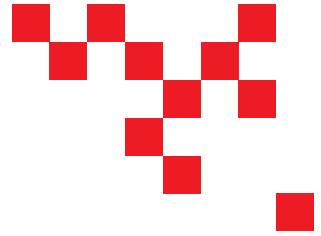
Im Rahmen der Prüfung der für die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 zugrunde gelegten Wertansätze ergaben sich Anpassungsnotwendigkeiten u. a. in den Posten Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (vgl. S. 47) und Sonstige Rückstellungen (vgl. S. 49). Als Folgewirkung dieser Anpassung sind die im Haushaltsjahr 2010 ausgewiesenen Zuführungen zu den Rückstellungen zu korrigieren und werden in diesem Posten ausgewiesen.

	2011 Euro	2010 Euro
Aufwendungen aus der Anpassung der Zuführung zu den Rückstellungen für		
• Pensionen	–114.793.000,00	0,00
• Beihilfen und Unterstützungen	–5.491.000,00	0,00
• Altersteilzeit	–2.644.000,00	0,00
	–122.928.000,00	0,00

20. Außerordentliches Ergebnis

Euro –122.928.000,00
(2010 · Euro 0,00)

Die in Ziffer 19 ausgewiesenen Aufwendungen werden als außerordentliches Ergebnis dargestellt.

**21. Steuern**

Euro –10.137,14
(2010 · Euro –10.777,85)

In diesem Posten sind die Steuern der Gebietskörperschaft aus eigenen Steuerschuldverhältnissen auszuweisen. Es werden sowohl die Aufwendungen als auch die Erträge aus Erstattungen erfasst.

Zu den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag zählen z. B. die Körperschaftsteuer, die Gewerbesteuer, der Solidaritätszuschlag, die Kapitalertragsteuer sowie die entsprechenden ausländischen Steuern.

Als sonstige Steuern werden die Verbrauch- und Verkehrsteuern (z. B. Kfz-Steuer), die von der Verwaltung zu entrichten sind, ausgewiesen.

	2011 Euro	2010 Euro
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00
Sonstige Steuern:		
• Kfz-Steuer	–10.137,14	–10.777,85
	–10.137,14	–10.777,85

22. Jahresfehlbetrag

Euro –800.095.833,23
(2010 · Euro –806.689.925,52)

Der Jahresfehlbetrag stellt den Saldo aller in der Ergebnisrechnung ausgewiesenen Aufwendungen und Erträge dar.

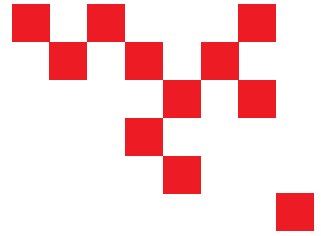
SONSTIGE ANGABEN**Derivative Finanzinstrumente**

Die Senatorin für Finanzen ist gemäß Haushaltsgesetz ermächtigt, derivative Finanzinstrumente mit dem Ziel einzusetzen, die bestehenden und künftigen Zinsänderungsrisiken zu minimieren, die Zinsausgaben auf niedrigem Niveau zu verstetigen und die Zinskonditionen zu optimieren.

Per 31. 12. 2011 hat die Freie Hansestadt Bremen folgende Bestände an Derivaten:

Lfd. Zinsderivate in Mio. Euro	Land zahlt fest	Land zahlt variabel	Nettoposition Land zahlt fest
Zinssatzswaps	5.950,0	2.154,5	3.795,5
Zinssatzswaps mit Optionen			
• Verkauf	4.944,0	1.225,0	3.719,0
• Kauf	0,0	0,0	0,0
Summe	10.894,0	3.379,5	7.514,5
Zinssatzswaps mit der Position fest/fest oder variabel/variabel	1.075,0	1.700,0	
Zinssicherungs-/ -optimierungsgeschäfte in der Zukunft			
Zinssatzswaps	1.300,0	305,0	995,0
Zinssatzswaps mit Optionen			
• Verkauf	1.850,0	0,0	1.850,0
• Kauf	500,0	0,0	500,0
Summe	3.650,0	305,0	3.955,0
Zinssatzswaps mit der Position fest/fest oder variabel/variabel	0,0	150,0	

Das erforderliche Konnexitätsgebot zwischen Zinsderivat und Kreditgeschäft wurde stets eingehalten. Ein hoher Teil der Derivate hebt sich aufgrund von erforderlichen Feinsteuerungsmaßnahmen gegenseitig auf.



Haftungsverhältnisse

Unter den Haftungsverhältnissen sind die Verbindlichkeiten, die nur unter bestimmten Umständen eintreten können, aufzuführen. Abweichend von den Standards staatlicher Doppik werden nachstehend lediglich die Haftungsverhältnisse aus den Bürgschaften aufgeführt:

	2011 Euro
Summe des Bürgschaftsbestandes (Eigenrisiko FHB)	1.363.584.291,95
abzgl. gebildeter Rückstellungen	-900.054,33
Verbleibendes Haftungsrisiko	1.362.784.237,62

Anzahl der Beschäftigten in Bremen

Im Jahr 2011 waren insgesamt 45.831 Personen in bremischen Einrichtungen beschäftigt. Diese Zahl umfasst die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten (Beamten und Angestellten) in der bremischen Kernverwaltung, in den Sonderhaushalten nach § 15 LHO, Eigenbetrieben, Betrieben nach § 26 LHO, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie in privatrechtlich organisierten Gesellschaften, bei denen das Land Bremen mind. 50 % der Anteile besitzt.

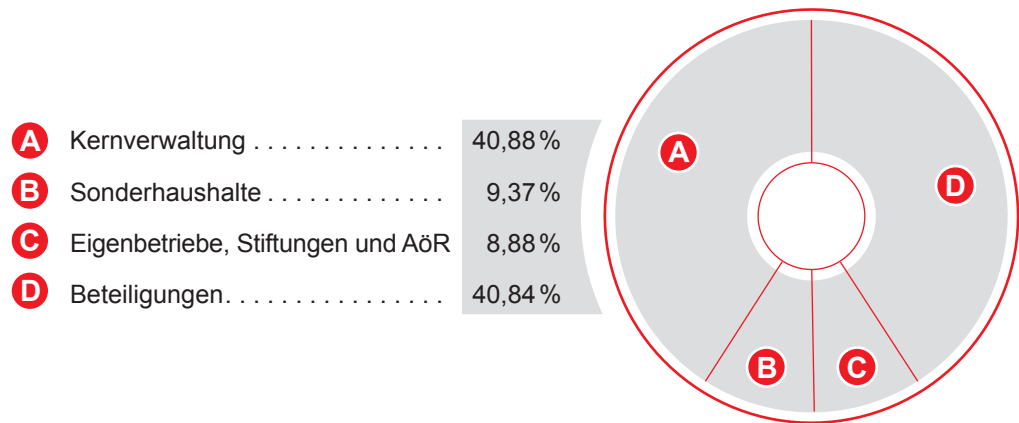
2011 arbeiteten zu fast gleichen Teilen Beschäftigte in der Kernverwaltung (40,9 %) und den Gesellschaften (40,8 %). Die 45.831 Beschäftigten entsprechen einem Beschäftigungsvolumen (Umrechnung in Vollzeitkräften) von 39.169. Die restlichen Beschäftigten (18,3 %) entfielen auf die Sonderhaushalte, Eigenbetriebe sowie Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts.

Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten in Bremen

	Anzahl Beschäftigte ⁶	Beschäftigungs- volumen
Kernverwaltung	18.738	16.333
Sonderhaushalte nach § 15 LHO	4.298	3.619
Eigenbetriebe, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts	4.074	3.304
Beteiligungen ⁷	18.721	15.913
Insgesamt	45.831	39.169

⁶ Mit Anwärtern, Praktikanten, Auszubildenden.

⁷ Lt. Beteiligungsbericht 2010/11. Die Zahl der Beschäftigten basiert auf einer Berechnung anhand der Teilzeitquote.

Beschäftigte in Bremen nach Beschäftigungsbereichen (2011)

In der Kernverwaltung und den Ausgliederungen arbeiten insgesamt 12.673 Beamte/Beamtinnen und Richter/Richterinnen und 12.857 Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen. Davon sind 9.097 teilzeitbeschäftigt.

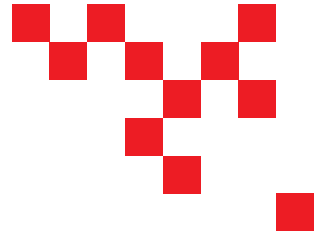
Durchschnittliche Beschäftigtenzahl nach Gruppen⁸

Beamte/Beamtinnen und Richter/Richterinnen	12.673
Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen	12.857
Sonstige ⁹	1.581
Insgesamt	27.110
davon Teilzeitkräfte	9.097

⁸ Die Beschäftigtenzahl bezieht sich auf die Kernverwaltung und die Ausgliederungen (ohne Beteiligungen).

⁹ Anwärter, Auszubildende, Praktikanten.

Die Dienstbezüge für die Verwaltungsspitze (Bürgermeister und Bürgermeisterin, Senatorinnen und Senatoren sowie Staatsräte und Staatsrätinnen) liegen im Jahr 2011 bei rund 2,4 Mio. Euro. Für Versorgungsleistungen von ehemaligen Senatorinnen und Senatoren wurden rund 2,3 Mio. Euro ausgezahlt.



Senatsmitglieder im Geschäftsjahr 2011

18. Senat (bis zum 29. Juni 2011)

Jens Böhrnsen (SPD)

Präsident des Senats, Bürgermeister, Senator für kirchliche Angelegenheiten und Senator für Kultur

Karoline Linnert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stellv. Präs. d. Senats, Bürgermeisterin, Senatorin für Finanzen und Senatskommissarin für den Datenschutz

Ulrich Mäurer (SPD)

Senator für Inneres und Sport

Renate Jürgens-Pieper (SPD)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft

Ingelore Rosenkötter (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und Senatskommissarin für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

Dr. Reinhard Loske (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

Martin Günthner (SPD)

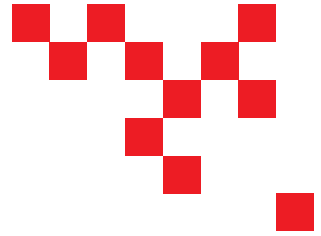
Senator für Wirtschaft und Häfen und Senator für Justiz und Verfassung



Die Mitglieder des 18. Senats: (v. l. n. r.) Renate Jürgens-Pieper, Martin Günthner, Karoline Linnert, Jens Böhrnsen, Dr. Reinhard Loske, Ingelore Rosenkötter, Ulrich Mäurer



Die Mitglieder des 19. Senats: (v. l. n. r.) Ulrich Mäurer, Renate Jürgens-Pieper, Karoline Linnert, Jens Böhrnsen, Anja Stahmann, Martin Günthner und Dr. Joachim Lohse



19. Senat (ab dem 30. Juni 2011)

Jens Böhrnsen (SPD)

Präsident des Senats, Bürgermeister, Senator für kirchliche Angelegenheiten und Senator für Kultur

Karoline Linnert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stellv. Präs. d. Senats, Bürgermeisterin, Senatorin für Finanzen und Senatskommissarin für den Datenschutz

Ulrich Mäurer (SPD)

Senator für Inneres und Sport

Renate Jürgens-Pieper (SPD)

Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Martin Günthner (SPD)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Senator für Justiz und Verfassung

Dr. Joachim Lohse (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Anja Stahmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, Senatskommissarin für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

Beteiligungen der Freien Hansestadt Bremen

Die Freie Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde) führt neben ihren Eigenbetrieben, Stiftungen, Sonderhaushalten und sonstigen Sondervermögen Beteiligungen mit unterschiedlichen Besitzanteilen an privatwirtschaftlichen Unternehmen. Diese Beteiligungen werden größtenteils in der Rechtsform der GmbH oder AG geführt. Bei den Mehrheitsbeteiligungen werden die Einheiten gemäß „Handbuch Beteiligungsmanagement der Freien Hansestadt Bremen“ geführt. In diesem Regelwerk sind alle wesentlichen Vorgaben für die Geschäftsführung, den Aufsichtsrat und den Gesellschafter festgelegt. Sie betreffen die Organisation, die Standards zum Planungs- und Berichtswesen, Hinweise für die Organe der Gesellschaften, Mustertexte Recht und Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Weitere zu beachtende Regelwerke sind u. a. der Public Corporate Governance Kodex der Freien Hansestadt Bremen sowie die aktienrechtlichen Bestimmungen.

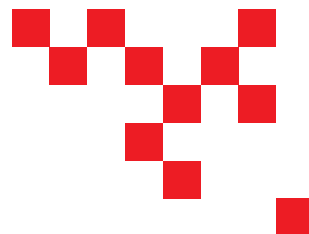
Unternehmen / Sondervermögen (SV) / Sonderhaushalte (SH)

INFO:
Die zugrunde
gelegten Abschlüsse
haben grundsätzlich den
Stichtag 31. 12. 2010

	Brem. Anteile %	Eigenkapital 2010 Euro	Ergebnis Gewinn/Verlust 2010 Euro
Beteiligungen der Freien Hansestadt Bremen (Land)			
Aareal Bank AG, Wiesbaden	0,02	1.985.000.000,00	400.000,00
AMI Arzneimitteluntersuchungsinstitut-Nord GmbH, Bremen	16,64	1.528.512,87	-1.461.752,64
Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH, Bremen	50,00	94.878,96	0,00
Bremer Arbeit GmbH, Bremen	100,00	71.365,43	-192.337,45
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg-Girozentrale, Bremen	7,50	1.298.677.000,00	48.000.000,00
Bremer Toto und Lotto GmbH, Bremen	33,33	4.283.000,00	3.000,00
Bremerhavener Arbeit GmbH, Bremerhaven	30,00	194.458,21	-101.308,51
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS), Bremerhaven	13,60	7.047.777,17	-2.043.588,07
Dataport, rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts, Altenholz	8,30	54.329.000,00	689.000,00
DEGES, Berlin	7,57	80.300,00	5.150,00
Fachinformationszentrum Karlsruhe, Gesellschaft für wissenschaftlich-technische Information mbH, Karlsruhe	2,14	47.840,00	0,00
Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH (FBG), Bremerhaven	100,00	333.005,30	0,00
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, gGmbH, Grünwald	6,25	1.071.266,21	198.047,37
GeoInformation Bremen, Bremen	100,00	-3.400.332,59	438.622,90
HIS Hochschul-Informations-System GmbH, Hannover	4,16	1.111.543,92	313.629,76
Hochschule Bremen (SH), Bremen	100,00	70.126.841,76	-1.808.477,92
Hochschule Bremerhaven (SH), Bremen	100,00	31.604.104,58	177.018,72
Hochschule für Künste Bremen (SH), Bremen	100,00	33.424.681,47	-862.870,23
Immobilien Bremen, AöR, Bremen ¹⁰	100,00	866.315,75	-327.326,23
Institut f. angewandte Systemtechnik Bremen GmbH, Bremen	25,00	458.607,82	16.998,92
IWF Wissen und Medien gGmbH, Göttingen	10,00	0,00	-5.142.945,80
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main	0,33	15.784.000.000,00	2.013.000.000,00
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH, Bonn	2,44	4.987.220,96	1.473.472,88
Landesuntersuchungsamt (SH), Bremen	100,00	0,00	0,00
Münchener Hypothekenbank eG, München ¹¹	0,00	0,00	10.998.933,96
Nordmedia – Die Mediengesellschaft			
Niedersachsen/Bremen mbH, Hannover	20,00	688.614,86	31.765,79
Performa Nord, Eigenbetrieb, Bremen	100,00	4.797.614,76	-462.716,59
Performa Nord GmbH, Bremen	100,00	86.832,49	5.578,30
Staats- und Universitätsbibliothek (SH), Bremen	100,00	6.551.235,77	860.279,72
SV Immobilien und Technik, Bremen	100,00	53.404.698,73	-632.810,80
SV Fischereihafen, Bremen	100,00	45.708.700,74	-17.745.923,95
SV Gewerbeflächen, Bremen	100,00	14.397.793,36	-1.126.189,94
SV Bremer Kapitaldienstfonds, Bremen	100,00	0,00	0,00
SV Versorgungsrücklage des Landes Bremen, Bremen	100,00	0,00	0,00
Universität Bremen (SH), Bremen	100,00	235.053.381,30	-22.138.139,95
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH, Bremen	92,27	120.174.146,97	0,00

¹⁰ Stadt ist in die Trägerschaft eingetreten, kein gesonderter Ausweis des Anteils der Stadtgemeinde.

¹¹ Festbetrag in Höhe von 70 Euro.



	Brem. Anteile %	Eigenkapital 2010 Euro	Ergebnis Gewinn/Verlust 2010 Euro
Beteiligungen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)			
Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH, Bremen	50,00	94.878,96	0,00
Besitzges. Science Center Bremen GmbH, Bremen (ehemals Visionarum)	100,00	3.729.146,05	-53.166,94
Botanika (Rhododendronpark) GmbH, Bremen	100,00	8.226.555,30	-1.346.106,46
Bremen online GmbH, Bremen	100,00	139.581,31	-14.072,86
Bremen Online Services Beteiligungs-GmbH, Bremen	100,00	19.947,35	-2.042,14
Bremen Online Services Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG, Bremen	55,10	5.944.962,17	644.535,97
bremenports Beteiligungs-GmbH, Bremerhaven	100,00	25.662,64	329,75
bremenports GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	250.000,00	596.996,77
Bremer Bäder GmbH, Bremen	97,65	2.237.985,99	-131.032,70
Bremer Energie-Konsens GmbH, Bremen	10,10	1.215.101,18	0,00
Bremer Lagerhaus Gesellschaft AG von 1877 (BLG), Bremen	50,42	16.043.351,80	1.299.771,66
Bremer Lagerhaus Logistics Group AG & Co., Bremen	100,00	259.574.309,16	15.827.409,18
Bremer Philharmoniker GmbH, Bremen	26,00	472.531,59	4.657,63
Bremer Ratskeller GmbH, Bremen	100,00	754.712,82	-56.877,84
Bremer Theater Grundstücks- gesellschaft mbH & Co. KG, Bremen	100,00	425.000,00	49.094,22
Bremer Verkehrsgesellschaft mbH, Bremen	100,00	291.074.585,45	-46.777.530,24
Bremer Volkshochschule, Bremen	100,00	-613.646,27	-167.209,30
BREPARK GmbH, Bremen	3,00	15.536.175,95	0,00
Columbus Cruise Center Bremerhaven GmbH	25,00	936.993,95	172.971,82
Ekz.Bibliotheksservice GmbH, Reutlingen	2,81	8.300.220,02	2.581.164,96
Facility Management Bremen GmbH, Bremen (i. L.)	100,00	131.493,73	-4.035,74
Fähren Bremen-Stedingen GmbH, Bremen	55,00	5.512.843,97	845.193,71
Flughafen Bremen GmbH, Bremen	100,00	85.909.060,02	-4.031.166,80
Focke-Museum, Bremen	100,00	2.610.469,46	895,85
Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen (Konzern), Bremen	100,00	68.105.890,70	1.572.714,68
Gesundheit Nord Grundstücks- gesellschaft mbH & Co. KG, Bremen	100,00	45.184.811,85	3.326,74
Großmarkt Bremen GmbH, Bremen	100,00	7.847.627,97	37.123,44
Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte Beteiligungen mbH, Bremen	100,00	25.130,18	130,18
Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	-7.497,07	-32.497,07
Hanseatische Naturentwicklung GmbH (HANEG), Bremen	100,00	213.692,94	18.108,44
Hanseatische Wohnungs-Beteiligungs-Gesellschaft mbH, Bremen	80,00	0,00	345.264,37
Hansegasse Bremen GmbH, Bremen	25,10	69.921.892,76	-9.683.063,28





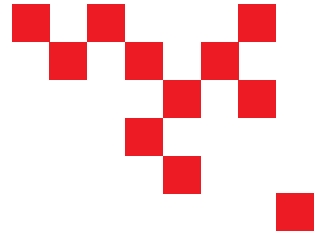

	Brem. Anteile %	Eigenkapital 2010 Euro	Ergebnis Gewinn/Verlust 2010 Euro
Beteiligungen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)			
JadeWeserPort Realisierungs-Beteiligungsgesellschaft mbH, Wilhelmshaven	49,90	57.568,98	463,84
JadeWeserPort Realisierungsgesellschaft mbH & Co. KG, Wilhelmshaven	49,90	79.640.066,99	-919.471,00
KiTa Bremen, Eigenbetrieb, Bremen	100,00	1.512.149,70	15.069,61
Münchener Hypothekenbank eG, München ¹²	0,00	0,00	10.998.933,96
Musikschule Bremen, Eigenbetrieb, Bremen	100,00	282.212,02	-63.175,13
Stadtbibliothek Bremen, Eigenbetrieb, Bremen	100,00	1.169.600,06	-58.193,80
SV Gewerbeflächen, Bremen	100,00	437.670.995,41	-8.397.071,88
SV Hafen, Bremen	100,00	303.409.061,28	-80.944.806,39
SV Immobilien und Technik, Bremen	100,00	506.198.382,90	652.696,48
SV Infrastruktur, Bremen	100,00	1.312.326.690,39	-119.760.522,81
SV Kommunale Abfallentsorgung, Bremen	100,00	1.111.207,81	10.921,19
SV Überseestadt, Bremen	100,00	53.353.752,47	-8.420.955,81
Theater Bremen GmbH, Bremen	100,00	-1.710.084,63	2.100.112,94
Übersee-Museum, Bremen	100,00	5.334.460,92	95.928,24
Umweltbetrieb Bremen, Bremen	100,00	149.001.583,83	3.512.493,85
Werkstatt Bremen, Bremen	100,00	52.101.693,71	401.417,65
Werkstatt Nord gGmbH, Bremen	100,00	402.236,98	68.352,04
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH, Bremen	6,95	120.174.146,97	0,00
ZOB Zentral-Omnibus-Bahnhof GmbH, Bremen	37,20	29.247,62	8.040,09

Im Jahr 2010 wurden folgende Beteiligungen aufgelöst oder veräußert:

Deutsche Messe Aktiengesellschaft (Land)
 Farge-Vegesacker Eisenbahngesellschaft mbH (Stadtgemeinde)
 GAUSS Gesellschaft für Angewandten Umweltschutz mbH (Land)
 Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH (Stadt)

Da es sich beim Landesuntersuchungsamt um einen kameral buchenden Sonderhaushalt und bei dem Bremer Kapitaldienstfonds sowie der Versorgungsrücklage um kameral buchende Sondervermögen handelt, werden diese wertmäßig nicht in dem doppelischen Jahresabschluss erfasst.

¹² Festbetrag in Höhe von 70 €.



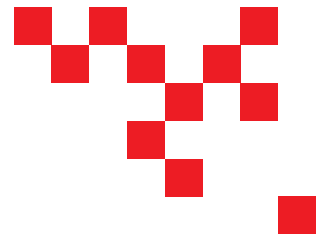
Hafengelände JadeWeserPort 2011



Illustration Hafengelände JadeWeserPort



Lagebericht



PRÄAMBEL

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erfolgte eine Konkretisierung der Rahmenbedingungen und Zielgrößen für den bis 2020 zu realisierenden vollständigen Abbau der Neuverschuldung der bremischen Haushalte. Am 15.04.2011 hat Bürgermeisterin Karoline Linnert für Bremen die „Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen“ mit dem Bund abgeschlossen und damit die formalen Voraussetzungen für die Auszahlung der Konsolidierungshilfen für die Jahre 2011 bis 2019 geschaffen. Durch diese Vereinbarung wird die Gewährung der Konsolidierungshilfen im Einzelnen geregelt, die Bremen in Höhe von 300 Millionen Euro jährlich bis einschließlich 2019 erhalten kann.

2011 bestand die vorrangige Aufgabe darin, den Einstieg der Freien Hansestadt Bremen in diesen Sanierungspfad zu gewährleisten, um die Zukunftsperspektiven des Landes Bremen sowie seiner Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zu sichern. Dieser Einstieg ist gelungen. Die Freie Hansestadt Bremen hat ihren ersten Schritt zur Haushaltskonsolidierung nach den Vorgaben der Verwaltungsvereinbarung erfolgreich bewältigt.

Ende 2011 hat die Freie Hansestadt Bremen dem Stabilitätsrat infolge einer vom Evaluationsausschuss festgestellten „drohenden“ Haushaltsnotlage ein Sanierungsprogramm 2012/2016 vorgelegt. Dieses wies aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Haushaltsberatungen 2012/2013 einen nur vorläufigen Charakter auf. Das Sanierungsprogramm spiegelt die Bemühungen wider, die Anforderungen des eingeleiteten Konsolidierungsprozesses zum Abbau der Neuverschuldung zu erfüllen. Die gemäß der Verwaltungsvereinbarung einzuhaltenden Schritte zum Abbau des strukturellen Defizits sind Maßstab für die von der Freien Hansestadt Bremen zu leistenden Eigenbeiträge zur Sanierung der Haushalte.

Die Gewährung von Konsolidierungshilfen bei gleichmäßigem Abbau des strukturellen Defizits unter fortlaufender Begleitung durch den Stabilitätsrat sowie das im Grundgesetz verankerte Neuverschuldungsverbot (Schuldenbremse) von Länderhaushalten ab 2020 stellen die wesentlichen Rahmenbedingungen für die bremische Finanzpolitik der nächsten Jahre dar.

INFO:

Sanierungsprogramm 2012/2016 dem Stabilitätsrat vorgelegt

INFO:

Grundlage für den Erhalt von Konsolidierungshilfen geschaffen



INFO:

Sanierungsvereinbarung zwischen dem Land Bremen und seinen Gemeinden

INFO:

Bremer Haushalt 2011 ist verfassungsgemäß

FINANZPOLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Im März 2011 kündigten CDU und FDP in Bremen an, gegen den Bremer Haushalt 2011 zu klagen, weil sie ihn für verfassungswidrig hielten. Die Landesregierung stelle einen kreditfinanzierten Haushalt auf, ohne hinreichend zu begründen, warum eine Verschuldung in dem beabsichtigten Maß erforderlich sei.

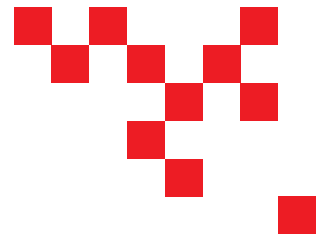
Die Abgeordneten der CDU- und der FDP-Fraktion stellten Ende April 2011 einen Normenkontrollantrag und machten dabei insbesondere geltend, dass die Landesregierung eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts als Voraussetzung für die Inanspruchnahme des Ausnahmetatbestands des Art. 131a Landesverfassung nicht ausreichend begründet habe. Der Senat hielt dem entgegen, dass der Rechtfertigungsgrund für die Kreditaufnahme nicht die gesamtwirtschaftliche Lage, sondern die Finanzierung der staatlichen Aufgabenerfüllung ist und entscheidend allein die extreme Haushaltsnotlage des Landes sei. Der Staatsgerichtshof entschied im August 2011, dass der Bremer Haushalt verfassungsgemäß ist, und folgte damit der Auffassung des Bremer Senats. Der Staatsgerichtshof stellte fest, dass sich die Verfassungsmäßigkeit des Haushaltsgesetzes für das Haushaltsjahr 2011 aus dem ungeschriebenen landesverfassungsrechtlichen Rechtfertigungsgrund der Bewältigung einer extremen Haushaltsnotlage ergebe, der zur Überschreitung der Kreditobergrenze des Art. 131a Satz 2 Halbsatz 1 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen befuge. Dies unter dem Verweis, dass es sich um eine zeitlich begrenzte, durch rechtliche Verfahren kontrollierte und im Hinblick auf

das Ziel der Haushaltskonsolidierung effektive Überschreitung der Kreditobergrenze handele.

Bei der Beurteilung der Einhaltung der Sanierungsvorgaben erfolgt die konsolidierte Betrachtung der strukturellen Defizite des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sowie der Stadt Bremerhaven. Deshalb ist im Dezember 2011 eine Sanierungsvereinbarung zwischen dem Land Bremen und seinen Stadtgemeinden zur Umsetzung und Einhaltung des Konsolidierungskurses 2010/2020 abgeschlossen worden. Diese bildet die Grundlage für eine verlässliche integrierte Planung der Gebietskörperschaften und für ein System innerbremischer Verrechnungen und Erstattungen sowie eine konsequente gemeinsame Einhaltung der zu beschließenden Rahmenseetzungen im Vollzug.

Ab dem Haushaltsjahr 2011 wird auf außerhaushaltsmäßige Finanzierungen bei den Sondervermögen generell verzichtet. Um die Zielerreichung der bremischen Konsolidierungsbemühungen besser und transparenter prüfen zu können, werden innerhalb der sonstigen Sondervermögen keine Kredite mehr aufgenommen. Vormalig geplante Neuverschuldungen wurden auf die bremischen Haushalte übertragen und durch entsprechende höhere Mittelzuweisungen an die sonstigen Sondervermögen kompensiert.

Im Hinblick auf die Einnahmenentwicklung im Konsolidierungszeitraum ist zu berücksichtigen, dass seit Anfang der 1990er-Jahre – insbesondere aufgrund von Steuerrechtsänderungen und deren Konsequenzen für Bemessungsgrundlagen, Anrechenbarkeiten, Erstattungen, Zahlungsstrukturen, Verhalten der Steuerpflichtigen etc. – vor allem für die bremischen Haushalte eine deutliche Entkopplung zwischen Wirtschaftswachs-

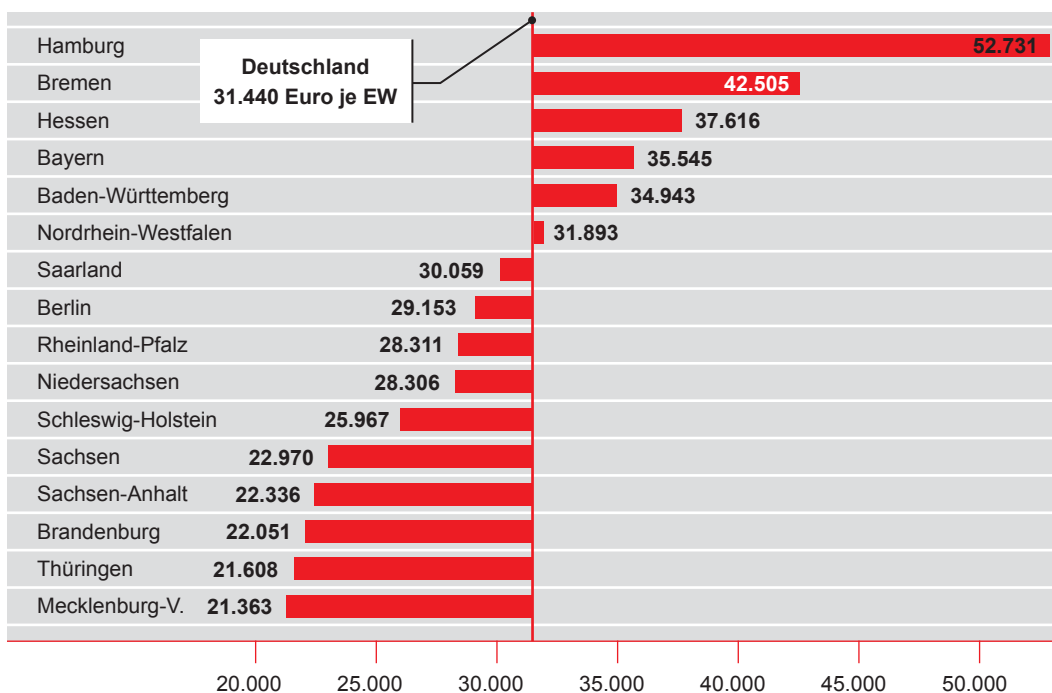


tum und Entwicklung der originären Steuereinnahmen festzustellen ist, die auch durch den überwiegend einwohnerbezogenen bundesstaatlichen Finanzausgleich nicht kompensiert wird. Bremen erzielte auch 2011 nach Hamburg die höchste Wirtschaftskraft je Einwohner.

Die hohe Verschuldung des Stadtstaates, die schon in den Verhandlungen der Föderalismuskommission II als ein vordringliches

Problem beschrieben wurde, wird im Finanzplanzeitraum bis 2016 – bei rückläufiger Neuverschuldung – noch weiter zunehmen. Die Altschulden bleiben daher – unabhängig von der Umsetzung der Schuldenbremse – über den Konsolidierungszeitraum bis 2020 hinaus ein Problem, das Bremen aus eigener Kraft nicht lösen kann. Gegenüber 2010 stieg der Schuldenstand im Stadtstaat nochmals um 0,6 Mrd. Euro und betrug 2011 18,5 Mrd. Euro.

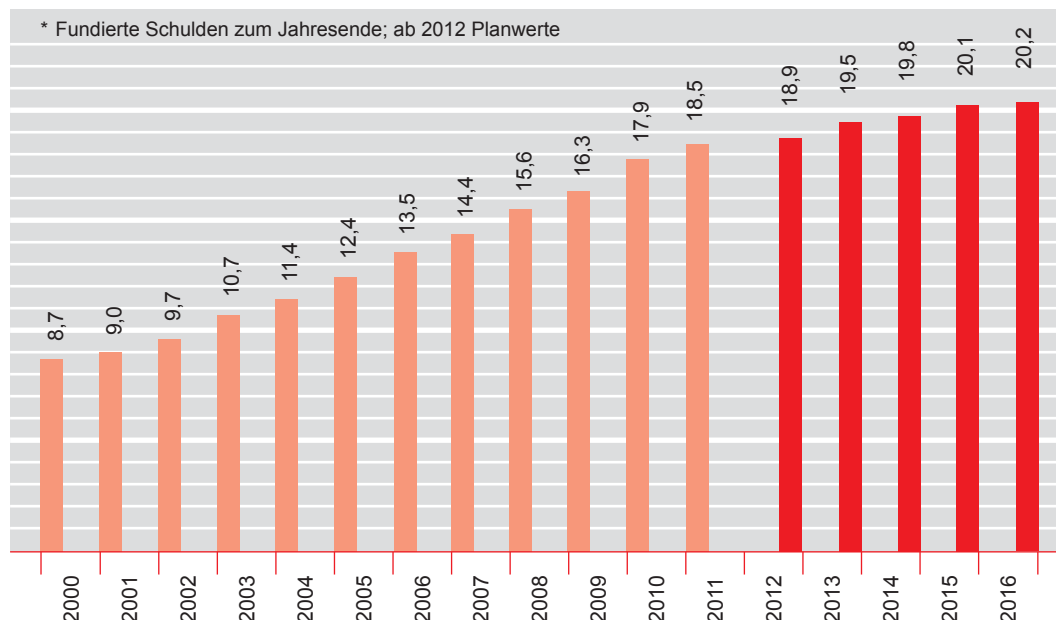
Wirtschaftskraft 2011 in Euro je Einwohner



INFO:
Hohe Wirtschaftskraft
in Bremen



Entwicklung des Schuldenstandes* im Stadtstaat Bremen in Mrd. Euro



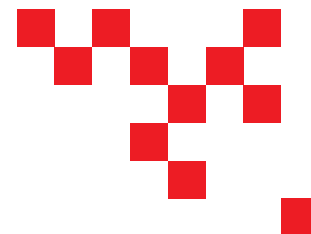
INFO:

Konjunkturprogramm II
wird erfolgreich beendet

Die Bundesregierung hat im Frühjahr 2009 zur Überwindung der Konjunkturkrise das Konjunkturprogramm II beschlossen. In diesem Zusammenhang wurden Projekte in den Bundesländern mit den Schwerpunkten Bildungsinfrastruktur und sonstige Infrastruktur zu 75 % der Projektsumme durch den Bund gefördert. Auf das Bundesland Bremen entfielen Bundesmittel in Höhe von 88,4 Mio. Euro, die durch 29,5 Mio. Euro Landesmittel (entsprechend 25 %) aufgestockt wurden. Somit standen für rund 250 Projekte in Bremen und Bremerhaven insgesamt 117,9 Mio. Euro zur Verfügung. Das Konjunkturprogramm II war auf die Jahre 2009 bis 2011 befristet. Für 2011 ergab sich nur noch ein Mittelabfluss in Höhe von 12,7 Mio. Euro. Das Konjunkturprogramm II wurde in Bremen im Zusammenspiel aller betei-

ligten Ressorts und Bremerhavens im vorgesehenen Zeitrahmen erfolgreich umgesetzt. Es hat die Auswirkungen des konjunkturellen Einbruchs auf die regionale Wirtschaft gedämpft und somit seinen Zweck erfüllt, Arbeitsplätze in der Freien Hansestadt Bremen und der Region zu schaffen und zu sichern. Die getätigten Investitionen wurden wie im Vorjahr zum größten Teil in den Bilanzen der Sondervermögen berücksichtigt.

Neben den finanzpolitischen Rahmenbedingungen waren 2011 auch wirtschaftliche Faktoren von Bedeutung. Im Jahresdurchschnitt 2011 hatten 408.700 Personen einen Arbeitsplatz in Bremen. Dieses waren rund 4.800 Personen mehr als im Jahr 2010 (+1,2 %). Im Bundesdurchschnitt ergab sich eine Zuwachsrate von 1,3 %.



Land Bremen	2011	2010	2009
Beschäftigte ¹³ insgesamt	291.062	284.553	283.071
Arbeitslose insgesamt	37.452	38.706	38.247
Arbeitslosenquote in %	11,6	12,0	11,8

Quelle: Bremen in Zahlen 2012, Statistisches Landesamt Bremen

Das Bruttoinlandsprodukt ist im Land Bremen 2011 nominal um 4,2% gegenüber 2010 gestiegen. Preisbereinigt entspricht das einem Anstieg von 3,2%. Das bundesdeutsche Wirtschaftswachstum betrug nominal 3,8% und preisbereinigt 3%.

Maßgeblichen Anteil an der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hatten das verarbeitende Gewerbe sowie der Handel. Impulse gingen vor allem von der weltwirtschaftlichen Nachfrage und der Inlandsnachfrage nach Dienstleistungen aus.

GESCHÄFTSVERLAUF UND LAGE DER ÖFFENTLICHEN GEBIETS- KÖRPERSCHAFT

Im Folgenden wird zunächst der Geschäftsverlauf der öffentlichen Gebietskörperschaft in Hinblick auf die Finanzierungsstrategie, das Personal und die politischen Schwerpunktthemen der Ressorts der Freien Hansestadt Bremen des Jahres 2011 dargestellt. Im Anschluss daran wird unter dem Punkt Darstellung der Lage die Entwicklung der Vermögens- und Erfolgsrechnung im Jahr 2011 differenziert erläutert.

Geschäftsverlauf der öffentlichen Gebietskörperschaft

Die Freie Hansestadt Bremen hat in der Vergangenheit durch den starken Abbau des Personalbestandes, die plangemäße Zurückführung der Investitionsausgaben und die konsequente Deckelung der konsumtiven

Ausgaben bereits erhebliche Eigenbeiträge zur Sanierung ihrer Haushalte geleistet. Deshalb bestanden auch für 2011 für weitere Ausgabenkürzungen im Stadtstaat Bremen nur noch begrenzte Spielräume.

Mit dem Abschlussbericht zum Produktgruppenhaushalt hat der Senat den Haushalts- und Finanzausschüssen bereits im März 2012 parallel zur Abrechnung der Produktplanhaushalte 2011 eine kamerale Darstellung über die Erreichung der Finanz-, Personal- und Leistungsziele auf den Ebenen der Produktbereiche und Produktpläne im Sinne einer Haushaltsrechnung vorgelegt. Zeitgleich hat der Senat den Haushalts- und Finanzausschüssen Berichte über ausgewählte Beteiligungen, Eigenbetriebe, sonstige Sondervermögen und Stiftungen jeweils zum 31. 12. 2011 vorgelegt. Über das in diesem Lagebericht dargestellte Gesamtbild der Freien Hansestadt Bremen hinausgehende differenzierte Betrachtungen können diesen Berichten entnommen werden.

Kapitalbedarf/Finanzierungsstrategie

Seit Beginn des Haushaltsjahres 2011 gelten für die Haushalte der Freien Hansestadt Bremen die Anforderungen des mit dem Bund vereinbarten Konsolidierungskurses, in dessen Rahmen das strukturelle Finanzierungsdefizit des Basisjahres 2010 (1.254 Mio. Euro) in zehn gleich großen Schritten bis 2020 vollständig abzubauen ist. Das Land und die Stadtgemeinde Bremen sowie Bremerhaven konnten ihre je-

INFO:

Erhebliche Eigenbeiträge zur Sanierung geleistet

INFO:

Finanzierungsdefizit wird bis 2020 abgebaut

¹³ Beschäftigte = Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte



weiligen strukturellen Defizite im Jahr 2011 um 275 Mio. Euro auf 944 Mio. Euro und damit deutlich stärker, als zur Einhaltung des Abbaupfades notwendig gewesen wäre, reduzieren. Der für den vereinbarten gleichmäßigen Abbau des strukturellen Defizits notwendige Konsolidierungsschritt wurde um 153 Mio. Euro übertroffen.

Nach zwei von der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise geprägten Jahren stand das Jahr 2011 im Zeichen der Konjunkturerholung. Insbesondere aufgrund eines unerwartet schnellen steuerlichen Aufholprozesses erzielten die bremischen Haushalte 2011 mit 412 Mio. Euro einen deutlichen Rückgang des Haushaltsdefizits. Insgesamt konnte das Finanzierungsdefizit in den Kernhaushalten des Stadtstaates 2011 auf 804 Mio. Euro begrenzt werden.

Die Einnahmeseite der bremischen Haushalte entwickelte sich 2011 ausgesprochen positiv. Der konsolidierte Haushalt des Stadtstaates Bremen wies Mehreinnahmen in Höhe von 432 Mio. Euro auf. Allerdings sind darin auch einige einmalige Sondereffekte, wie das Konjunkturprogramm II, das Bildungs- und Teilhabepaket sowie der Hochschulpakt 2020, enthalten.

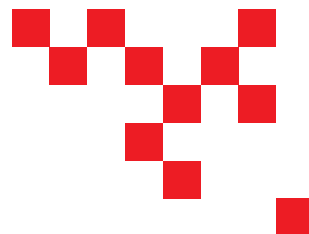
Die Gesamtausgaben wiesen im Berichtsjahr unbereinigt nur einen Zuwachs von

19 Mio. Euro (+0,4%) auf. Ausgesprochen günstige Kapitalmarktkonditionen führten trotz steigenden Schuldenstandes zu Zinsminderungen von 61 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahreswert.

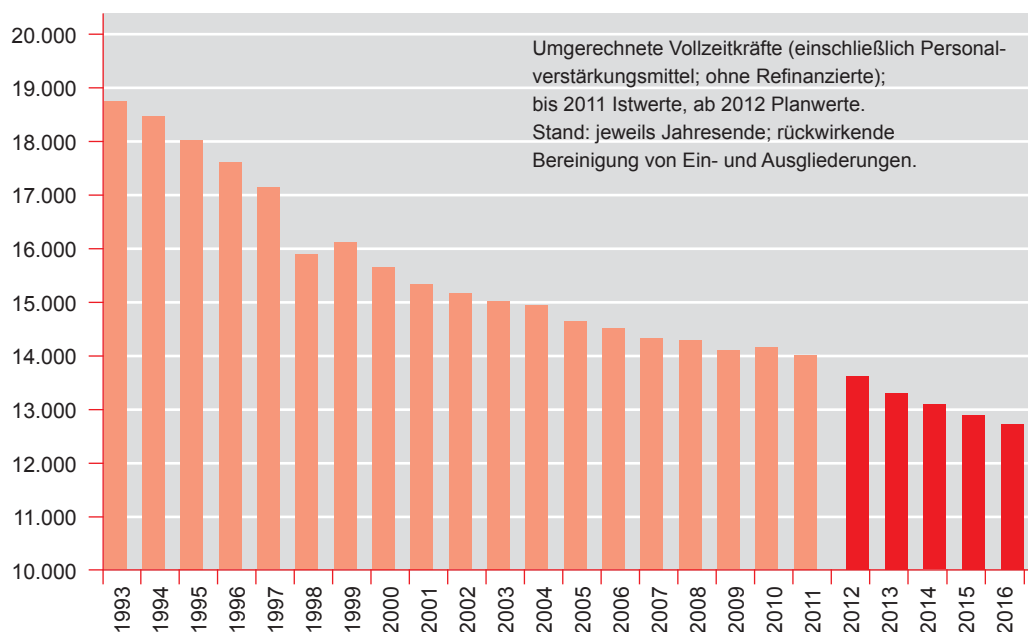
Der bereits im Jahr 2008 eingeschlagene Weg, die Zinsausgaben – vor allem durch lange Zinsbindungsfristen – zu verstetigen, um im Hinblick auf die Finanzplanungen möglichst hohe Planungssicherheit und geringere Zinsänderungsrisiken für die Zinsausgaben bis 2020 zu erreichen, wurde auch im Jahr 2011 fortgesetzt. So wurden 2011 mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses im Rahmen der Zinsanschlüsse Prämienzahlungen geleistet, um Zinszahlungspflichten kommender Jahre zu reduzieren.

Finanzen/Personal

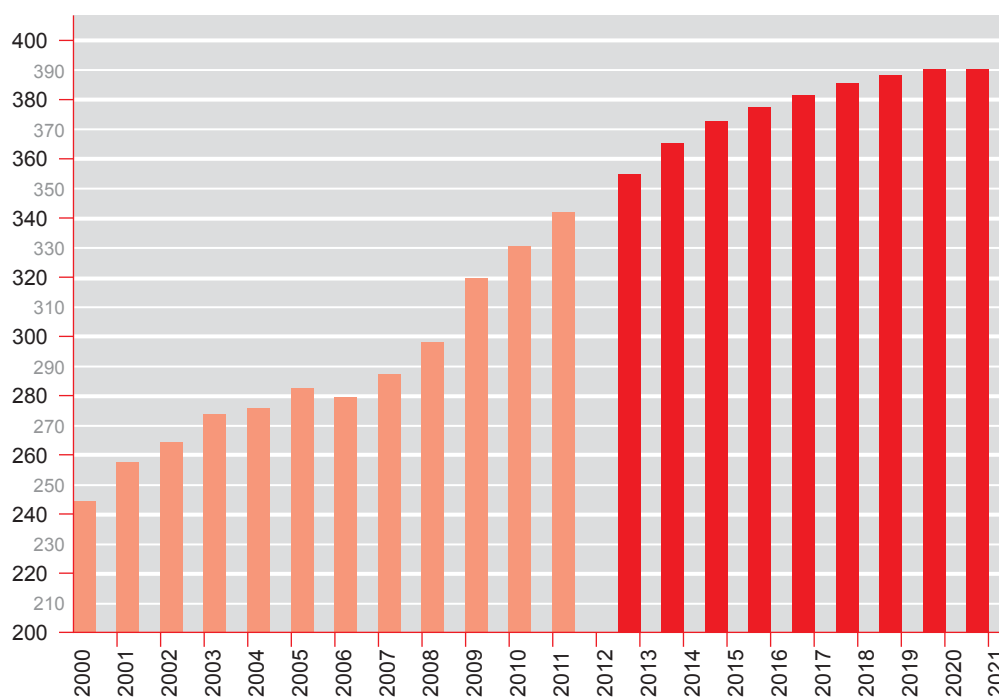
Das Land und die Stadtgemeinde Bremen sind nach wie vor die größten Arbeitgeber in der Region, wenn neben den Behörden und Dienststellen der Kernverwaltung auch die Eigenbetriebe und bremischen Gesellschaften berücksichtigt werden.



Beschäftigungsvolumen



Versorgungsbezüge (in Mio. Euro)





INFO:

Link: <http://www.finanzen.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen02.c.738.de>

INFO:

Erhalt des Standesamtes Bremen-Mitte gesichert

INFO:

Bremen führt Digitalfunk ein

INFO:

Justizvollzugsanstalt wird saniert

INFO:

Kombiniertes Feuerlösch- und Polizeiboot in Bremen in Dienst gestellt

Der Personalabbau wurde auch im Geschäftsjahr 2011 fortgeführt. Dies ist auch in der Abbildung zum Beschäftigungsvolumen des Jahres erkennbar. In den kommenden Jahren werden allerdings die Versorgungsbezüge zunächst noch weiter ansteigen.

Die Freie Hansestadt Bremen veröffentlicht detaillierte Jahresberichte zur Personalstruktur und den Personalausgaben. Darüber hinaus beschreibt das Personalkonzept „Personal 2020“ die strategischen Zielsetzungen und Handlungsfelder, mit denen sich das Personalmanagement im öffentlichen Dienst der Freien Hansestadt Bremen in den kommenden Jahren beschäftigen muss.

Inneres

Die Digitalfunkeinführung für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ist in Bremen und Bremerhaven weit vorangeschritten und nimmt im Bundesvergleich eine führende Stellung ein. Die Arbeitsschwerpunkte liegen derzeit im Bereich der Anpassung der Leitstellentechnik und im Einbau digitaler Funkgeräte in Fahrzeuge der Polizei Bremen (insbesondere der Sondereinheiten). Nach derzeitigem Stand wird das Einführungsprojekt 2013 abgeschlossen sein.

Aus Mitteln des Konjunkturprogramms II sowie Komplementärmitteln konnte bereits 2010 der Bau eines kombinierten Feuerlösch- und Polizeibootes mit einem Wert von rund 4,5 Mio. Euro beauftragt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt 2011 war das Sanierungsprojekt Standesamt Bremen-Mitte. Nach der erfolgreichen Überarbeitung der Sanierungsplanung konnte eine Baukostenreduzierung um ca. 2 Mio. Euro auf geplante 3,64 Mio. Euro erreicht werden und somit der traditionsreiche Heiratsstandort in Bremen gesichert werden.

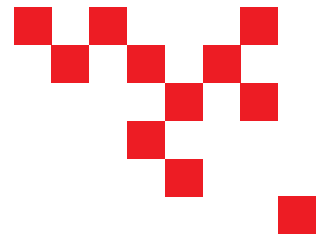
Justiz

Ein zentrales Investitionsprojekt des Justizressorts ist die mehrjährige Sanierung der Justizvollzugsanstalt Bremen in Höhe von insgesamt rund 51 Mio. Euro. Durch dieses Vorhaben erfolgt eine Modernisierung der Infrastruktur und die Verbesserung der Haftbedingungen sowie die Erhöhung der Sicherheit. Im Jahr 2011 sind rund 5 Mio. Euro abgeflossen. Die Fertigstellung ist für 2018 geplant.

Sport

Nach dem Umbau des Bremer Weser-Stadions zu einer reinen Fußballspielstätte kam





es zu dem Verlust der dortigen Sportmöglichkeiten für Bremens Leichtathleten. Zum Ausgleich hierfür erfolgte in einer rund zweijährigen Bauzeit mit einem Investitionsvolumen von etwa 1,5 Mio. Euro der Bau einer international wettkampffähigen Sportstätte inklusive einer Tribüne für 1.000 Besucher in Bremen-Obervieland.

Bildung und Wissenschaft

Das Programm „Ganztägig lernen“ zum Aufbau von Ganztagschulen im Land Bremen wurde auch 2011 weiter umgesetzt. Mit dem Ziel einer flächendeckenden Versorgung wurden Ganztagschulen etabliert und schwerpunktmäßig in der voll gebundenen und teilweise gebundenen Form aufgebaut. Standortentscheidungen für neue Ganztagschulen standen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Schulentwicklungsplanes unter Einbeziehung der Sozialindikatoren und Stadtteilentwicklungen. Inzwischen gibt es in nahezu allen Stadtteilen mindestens eine Ganztagsgrundschule und eine weiterführende Ganztagschule in der Sekundarstufe I. Die 59 Ganztagschulen (für rund 14.000 Schüler und Schülerinnen) im Land Bremen genießen bei den Eltern eine hohe Akzeptanz und nehmen im Bundesländermaßstab eine herausragende Stellung ein.

Die Hochschulen mit über 32.000 Studierenden und mehr als 4.100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie die zahlreichen Forschungsinstitute sind Motor für Innovationen und die Entwicklung des Landes. Durch die doppelten Abiturjahrgänge, aber auch durch den Wegfall der Wehrpflicht ist in Bremen wie im gesamten Bundesgebiet die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger deutlich gestiegen. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen konnte die Zahl der Absolventinnen und Absolventen an den staatlichen Hochschulen

verdoppelt werden. Dieser Kraftakt ist nur möglich geworden, weil die Hochschulen ergänzend zu den Landesmitteln zusätzliche Mittel des Bundes aus den Hochschulpaketen I und II erhalten haben.

Nachdem das Land Bremen seit 2008 mit Sondermitteln die Verbesserung von Lehre und Studium fördert, konnte 2011 auf diesem Gebiet ein ganz besonderer Erfolg gefeiert werden. Die Universität Bremen, die Hochschule Bremerhaven und die Hochschule für Künste errangen im bundesweit ausgeschriebenen Qualitätspakt Lehre eine mehrjährige Förderung des Bundes von insgesamt ca. 10,3 Mio. Euro und wurden damit auch für ihre besonderen Anstrengungen in der Lehre belohnt.

Bereits in der ersten Runde der Exzellenzinitiative des Bundes hat sich die Universität Bremen mit Erfolg beworben und zwei Graduiertenschulen und einen Exzellenzcluster gewonnen. In der neuen Runde ist die Universität Bremen wieder mit ihrem Zukunftskonzept in die Endrunde gekommen und befindet sich darüber hinaus mit zwei Fortsetzungsanträgen in der Endentscheidung.

In der Hochschule Bremerhaven wurde der 6. Bauabschnitt fertiggestellt und der Hochschule übergeben. Mit einer zusätzlichen Hauptnutzfläche von ca. 2.700 qm für die Studiengänge Integrated Safety and Security Management (ISSM), Bioanalytik und Informatik kann die Hochschule jetzt der steigenden Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger besser gerecht werden.

Kultur

Kunst und Kultur sind wesentliche Merkmale urbaner Lebensqualität. Daher verfolgt die Freie Hansestadt Bremen das Ziel, für die Bürgerinnen und Bürger ein großstadt-

INFO:

Sportstätte für Leichtathleten geschaffen

INFO:

Bremen ist Stadt der Wissenschaft

INFO:

Programm „Ganztägig lernen“ weiter umgesetzt

INFO:

Bremen ist Kulturstadt mit vielfältigen, attraktiven und impulsgebenden Aktivitäten



INFO:
Bremer Sozialleistungen innerhalb des Budgets ausgeglichen

angemessenes Kulturangebot sicherzustellen und dieses möglichst allen Menschen – unabhängig von ihrer sozialen Lage – zugänglich zu machen. In diesem Kontext fügt sich auch der im Frühjahr 2011 erfolgte Relaunch des Bremer Kulturtickets ein, das Menschen in schwieriger wirtschaftlicher Lage die kostengünstige Teilhabe an Kulturveranstaltungen ermöglicht. Mehr als 600 Menschen nutzten dieses 2011 allein im Theaterbereich.

Zentrale Strategie ist die Schaffung von verlässlichen Rahmenbedingungen für die Kulturakteure. So erfolgte 2011 der Abschluss eines neuen Kontrakts mit dem Theater Bremen, der dem Haus für weitere fünf Jahre Planungssicherheit verschafft. Verlässliche Vereinbarungen wurden für weitere Kulturträger geschlossen oder vorbereitet. Dazu gehören u. a. die Deutschen Kammerphilharmonie Bremen, die Bremer Philharmoniker oder der Verein Neugier e. V. (Schwankhalle).

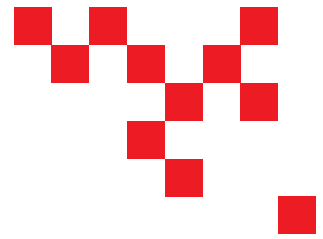
Herausragendes Ereignis im Kulturbereich war 2011 die Wiedereröffnung der modernisierten und erweiterten Kunsthalle, deren erste große Sonderausstellung mit Werken des norwegischen Künstlers Edvard Munch mit 153.000 Besucherinnen und Besuchern hohen Zuspruch fand. Große Beachtung in der Fachwelt wie beim Publikum fand darüber hinaus der nur alle drei bis vier Jahre veranstaltete „Kunstfrühling“ in der Gleishalle des früheren Güterbahnhofs.

Jugend und Soziales

Aufgrund der Stadtstaatensituation stellen die Sozialleistungsausgaben weiterhin eine wesentliche Ausgabeposition dar. Sie sind dem Grunde bzw. auch der Höhe nach weitestgehend bundesgesetzlich festgelegt. Für das Land und die Stadtgemeinde Bremen lagen sie 2011 mit knapp 695 Mio. Euro fast 4 % über den Ausgaben des Vorjahres. Obwohl die meisten Einflussfaktoren (z. B. demografischer Faktor, Altersarmut, Wirtschafts- und Finanzkrise) nicht oder nicht



Kunsthalle Bremen mit Neubau



maßgeblich beeinflussbar sind, setzt Bremen alle Kräfte ein, um den Ausgabenzuwachs weiterhin durch Steuerungsvorhaben zu begrenzen.

Die neuen Leistungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene (Bildungs- und Teilhabepaket) wurden gesetzlich rückwirkend ab 01.01.2011 eingeführt. Hierfür wurde der Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft (KdU) von 24,5 % auf 35,8 % erhöht. Das Startjahr des Bildungs- und Teilhabepaketes war geprägt von einer sich zunächst langsam entwickelnden und später zunehmenden Nachfrage.

Das sozialraumorientierte Modellprojekt „Erziehungshilfen, soziale Prävention und Quartiersentwicklung“ (ESPQ) startete nach intensiven Vorarbeiten im vorangegangenen Jahr im Januar 2011 im Sozialzentrum Gröpelingen/Walle. Im Verlaufe des Jahres hat das Stadtteilteam Walle durch die Entwicklung und Umsetzung sozialraumorientierter Handlungsstrategien – begleitet durch eine intensive Qualifizierung des Teams – sowohl in der fallunspezifischen Arbeit als auch in der Fallarbeit wichtige Grundsteine für den Projekterfolg gelegt.

Auf Basis des im Jahr 2009 beschlossenen Armuts- und Reichtumsberichts hat der Senat der Freien Hansestadt Bremen im Jahr 2010 weitere Strategien und Maßnahmen zur Prävention von Armut, zur Armutsminderung sowie für die Förderung des sozialen Zusammenhalts entwickelt und ein Modellvorhaben „Zusammen gegen Armut und Benachteiligung“ vorgeschlagen. Im Jahr 2011 wurden die konzeptionellen Arbeiten für das Modellvorhaben weiter konkretisiert.

Auch 2011 wurde die Kindertagesbetreuung als ein Schwerpunkt der Regierungskoalition

weiter ausgebaut. Insbesondere zur Erreichung einer Versorgungsquote von 35 % bis 2013 im Bereich der Versorgung der unter dreijährigen Kinder wurden weitere Ausbauschritte unternommen.

Im Jahr 2009 hat der Senat das integrative Leitbild „Bremen! Lebenswert – urban – vernetzt“ als gemeinsamen Orientierungsrahmen der Stadtentwicklung beschlossen. Im Zuge der Umsetzung des Leitbildes wurde eine Arbeitsgemeinschaft „Bremer Westen 2020+“ mit der Zielsetzung eingesetzt, ein integriertes Handlungskonzept für den Bremer Westen zu erarbeiten. Im Jahr 2011 hat diese AG die Situation im Bremer Westen analysiert, Ziele der zukünftigen Stadtentwicklung formuliert und vier zentrale Leitthemen (Talente – Quartiere – Wirtschaft und Beschäftigung – Mitmachen) sowie erste Maßnahmenvorschläge und Handlungsoptionen aus ihrer Sicht formuliert. Das so entwickelte „Memorandum“ soll als strategische und inhaltliche Grundlage für den weiteren Prozess der Entwicklung des Bremer Westens unter Einbeziehung der Öffentlichkeit und der Akteure des Sozialraumes dienen.

Gesundheit

Im Land Bremen gibt es insgesamt 14 kommunale, freigemeinnützige und private Krankenhäuser mit zurzeit ca. 5.800 Betten bzw. Behandlungsplätzen. 2011 wurden ca. 250.000 Fälle voll- und teilstationär sowie im Rahmen des ambulanten Operierens behandelt. Der Jahresumsatz der Krankenhäuser betrug in diesem Jahr ca. 850 Mio. Euro.

Die Krankenhäuser leisten somit mit ihren Beschäftigten und ihrem Umsatz einen wichtigen Beitrag für den Arbeitsmarkt und den Wirtschaftsstandort Bremen. Insgesamt waren in den Krankenhäusern 2011 etwa

INFO:

Bremer sozialraumorientiertes Modellprojekt in den Jugendhilfen begonnen

INFO:

Bremer Krankenhäuser sind Wirtschaftsfaktor

INFO:

Kindertagesbetreuung in Bremen weiter ausgebaut

INFO:

Nutzung erneuerbarer Energien wird weiter vorangetrieben

11.300 Menschen beschäftigt. Hier ist die Entwicklung seit einigen Jahren leicht rückläufig. Der Anteil der im gesamten Gesundheitswesen beschäftigten Menschen (ca. 35.000) in Bremen an der Gesamtbevölkerung beträgt 6,1%. Damit ist Bremen das Bundesland, das im Ländervergleich den größten Bevölkerungsanteil Vollbeschäftigter in der Gesundheitsbranche hat.

Ende 2011 überschattete der Keimausbruch im Klinikum Bremen-Mitte gGmbH die gesundheitspolitische und wirtschaftliche Situation des kommunalen Klinikverbundes der Gesundheit Nord.

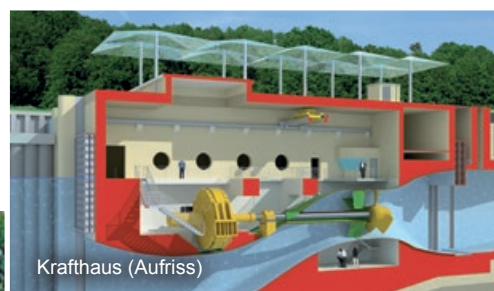
Umwelt, Bau und Verkehr

INFO:

Energetische Gebäudesanierung wird in Bremen umgesetzt

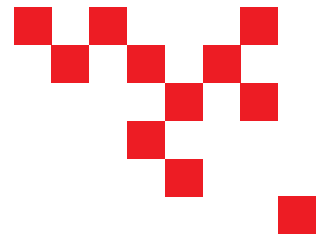
Bremen forciert die Einhaltung einer energetischen Errichtung und Änderung von Gebäuden zur Minimierung des Energieverbrauchs. Um unnötige CO₂-Emissionen zu vermeiden,

Die Entwicklung einer nachhaltigen Energieerzeugung ist durch den Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien weiter vorangetrieben worden. Seit dem Jahr 2009 haben sich im Rahmen der Umsetzung des vom Senat beschlossenen Klimaschutz- und Energieprogramms 2020 die Kapazitäten für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Land Bremen verdoppelt. Den größten Anteil daran hat die Windkraft. Ende 2011 waren im Land Bremen 72 Windkraftanlagen in Betrieb. Damit können rechnerisch 115.000 private Haushalte mit Strom versorgt werden. Darüber hinaus waren etwa 1.000 Fotovoltaikanlagen mit einer



wurden die seit Ende 2010 geltenden neuen Verfahrens- und Nachweispflichten zur Energieeinsparverordnung (EnEV) und zum Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EE-WärmeG) für das Land Bremen 2011 konsequent umgesetzt.

Gesamtleistung von gut 14 Megawatt in der Spitze Mitte 2011 in Betrieb. Einen großen Einzelbeitrag liefert ebenfalls das neue 10-Megawatt-Wasserkraftwerk an der Weser, das 2011 in Betrieb gegangen ist.



Für Küstenschutz und Deichsicherung im Lande Bremen konnten 2011 zwei weitere Maßnahmen im Generalplan Küstenschutz abgeschlossen werden. Neben diesen Maßnahmen sind vier weitere Vorhaben in Bau. Insgesamt wurden unter Heranziehung von Bundesmitteln und EU-Fördermitteln 10 Mio. Euro im Jahr 2011 verausgabt. Mit diesen Bauvorhaben ist eine gute Grundlage geschaffen worden, den Hochwasserschutz im Land Bremen entscheidend zu verbessern.

Um eine nachhaltige Mobilität in Bremen zu entwickeln, wird das Bremer Straßenbahnnetz ausgebaut. Durch die im Jahr 2011 begonnene Verlängerung der Linie 4 und die damit verbundene Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs wird zugleich die Voraussetzung für den Anschluss der Umgehungsstraße im niedersächsischen Lilienthal geschaffen. Die Verlängerung der Linie 1 in Richtung Mahndorf ist für März 2012 vorgesehen.

Die Bundesautobahn A 281 soll eine Eckverbindung zwischen den vorhandenen Bundesautobahnen A 1 und A 27 auf bremischem Stadtgebiet darstellen und der Entlastung der A 1, der A 27 sowie der städtischen Einfallstraßen dienen. Über den möglichen Verlauf der einzelnen Verbindungsstücke wird kontrovers diskutiert und zum Teil auch juristisch gestritten. Das Bundesverwaltungsgericht hat 2011 alle Klagen gegen den Bauabschnitt 4 (Weserquerung) abgewiesen. Somit konnte die Maßnahme weiter geplant werden.

Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Das Jahr 2011 war geprägt von einer erfreulich positiven Konjunkturentwicklung, die sich auch in den Bremischen Gesellschaften widerspiegelt. Um die strategischen Zielvorgaben zur Arbeitsmarktpolitik umzusetzen, wurden in 2011 rund 18 Mio. Euro aufgewendet. Im Rahmen des Beschäftigungspolitischen

Aktionsprogramms wurden durch vielfältige Angebote und Projekte im Land Bremen der Strukturwandel flankiert, die Kompetenzen der Menschen gefördert, die Langzeitarbeitslosigkeit bekämpft und die Integration schwerbehinderter Menschen unterstützt. So wurden z. B. 12.300 Personen in Beratungsprozessen beraten und rund 2.500 Arbeitslose weitergebildet. Für die Arbeits- und Berufsförderung schwerbehinderter Menschen und für Fürsorge- und Entschädigungsleistungen wurden rund 14 Mio. Euro aufgewendet. Im Bereich der bremischen Häfen konnten neue Umschlagrekorde vermeldet werden. Im Frühjahr 2011 wurde mit einer großen Sportbootparade die neue Kaiserschleuse in Bremerhaven eingeweiht. Damit ist nach dem Containerterminal ein weiterer wesentlicher Baustein für eine zukunftsfähige Hafenentwicklung zeitgerecht realisiert worden.

Als zentrales Zukunftsthema wurde 2011 die Ausschreibung des Offshore-Terminals Bremerhaven vorangetrieben. Hierdurch soll die Voraussetzung geschaffen werden, dass sich Bremerhaven als ein europäisches Zentrum der Offshore-Anlagen-Produktion etabliert.

INFO:

Weitere Maßnahmen im Bremer Küstenschutz durchgeführt

INFO:

Bremer Straßenbahnnetz wird weiter ausgebaut

INFO:

Bundesautobahnbau in Bremen geht weiter

INFO:

Ausschreibung des Offshore-Terminals Bremerhaven gestartet



Feierlichkeiten zur Einweihung der Kaiserschleuse Bremerhaven

INFO:

Nachfrage nach Bremer
Gewerbeflächen
gestiegen

INFO:

Bremen wird
„Hauptstadt
des Fairen
Handels“



INFO:

Weiterhin positive
Entwicklung in der
Bremer Überseestadt

INFO:

Informationstechno-
logie in Bremer Behör-
den standardisiert

Die gute Konjunkturentwicklung 2011 spiegelt sich auch in der deutlich gestiegenen Nachfrage nach Gewerbeflächen wider. So wurden 32 Hektar Fläche verkauft und damit die Planzahlen deutlich überschritten. Vor diesem Hintergrund wurden die politischen Voraussetzungen geschaffen, den zweiten Bauabschnitt des Gewerbeparks Hansalinie zu erschließen.

In der Bremer Airport-Stadt konnten 2011 mit dem Verkauf der erforderlichen Flächen die Grundlagen für das europäische Raumfahrtprojekt der Tankfertigung der ARIANE-Rakete am Standort Bremen geschaffen werden.

Positiv gestaltete sich 2011 auch die weitere Entwicklung in der Überseestadt. Neben der öffentlichen Infrastruktur wurden eine Fülle von Projekten im wohnungswirtschaftlichen und gewerblichen Bereich realisiert. Mit dem Bau eines neuen Hotels und eines Variété-Theaters profiliert sich die Überseestadt künftig auch stärker als touristisches Ziel. Damit wird die gute Entwicklung unterstützt, die Bremen und Bremerhaven im touristischen Bereich genommen haben.

Informationstechnologie

Auch 2011 wurden im Informationstechnologie-(IT-)Bereich des Landes und der Stadtgemeinde Bremen kostengünstige IT-Lösungen bereitgestellt. Das IT-Controlling wurde organisatorisch zentral bei der Senatorin für Finanzen angesiedelt. Durch eine beschlossene IT-Querschnittspauschale wurden die Preise für die Komponenten der PC-Ausstattung pro PC-Arbeitsplatz in den Bremer Behörden standardisiert. Es ist geplant, dass alle PC-Arbeitsplätze innerhalb von fünf Jahren neu ausgestattet werden. Durch den gemeinsamen Betrieb von Fachverfahren mit anderen Ländern wurden zusätzlich weitere Synergieeffekte erzielt.

Hauptstadt des fairen Handels

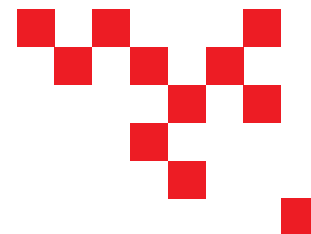
2011 hat Bremen zum ersten Mal an dem bundesweiten Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ teilgenommen und sicherte sich durch eine vielseitige und umfangreiche Bewerbung den ersten Platz. Die Jury prämierte einerseits das nachhaltige und langjährige Engagement der Stadt Bremen für den Fairen Handel. Zudem konnte Bremen in seiner Bewerbung viele kreative, pfiffige und nachhaltige Projekte vorweisen, die die Jury überzeugt haben.

DARSTELLUNG DER LAGE

Vorbemerkung

Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 wurde festgestellt, dass die Berechnung der Pensionsrückstellungen für die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 sowie für die Berechnung für die Vermögensrechnung zum 31.12.2010 zu korrigieren war. Da sich die Berechnung der Beihilferückstellung auf die Ergebnisse der Pensionsrückstellungsberechnung bezieht, war diese ebenfalls zu korrigieren. Der Eröffnungsbilanzwert der Pensionsrückstellungen und ähnlicher Verpflichtungen wurde erfolgsneutral berichtigt. Als Folge daraus ergab sich die Notwendigkeit, die im Berichtsjahr 2010 ergebniswirksam erfasste Zuführung zur Rückstellung im Berichtsjahr 2011 zu korrigieren. Im Gegensatz zur Korrektur des Eröffnungsbilanzwertes wurde diese Anpassung nicht erfolgsneutral, sondern ergebniswirksam im Geschäftsjahr 2011 vorgenommen und wird in der Erfolgsrechnung 2011 in dem Posten Außerordentliche Aufwendungen ausgewiesen.

Im Folgenden wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Freien Hansestadt Bremen und deren Entwicklung dargestellt.



Erfolgsrechnung

Die für das Geschäftsjahr 2010 erstmals erstellte Erfolgsrechnung wird für das Jahr 2011 fortgeführt. In der Erfolgsrechnung wird das

Gesamtergebnis in seine Teilergebnisse aufgeteilt. Da nun die zweite Erfolgsrechnung vorliegt, ist erstmals ein Zeitreihenvergleich und damit eine Abweichungsanalyse möglich.

	2010	2011	Veränderungen ggü. Vorjahr	Veränderungen ggü. Vorjahr
	Euro	Euro	Euro	%
Steuern und steuerähnliche Erträge	2.018.719.194,64	2.172.852.501,21	154.133.306,57	7,64
Erträge aus				
Finanzausgleichsbeziehungen	650.222.201,47	1.042.623.775,58	392.401.574,11	60,35
Erträge aus				
Zuweisungen und Zuschüssen	447.779.020,85	397.218.714,70	-50.560.306,15	-11,29
Erträge aus Verwaltungstätigkeit,				
Umsatzerlöse	143.801.581,86	156.420.251,69	12.618.669,83	8,78
Sonstige Erträge	44.001.678,52	43.960.447,27	-41.231,25	-0,09
Summe Erträge	3.304.523.677,34	3.813.075.690,45	508.552.013,11	15,39
Aufwendungen für				
Verwaltungstätigkeit	-285.247.333,83	-268.164.959,55	17.082.374,28	-5,99
Personalaufwand	-1.145.208.068,99	-1.471.137.256,85	-325.929.187,86	28,46
Abschreibungen	-102.671.654,67	-111.991.452,71	-9.319.798,04	9,08
Aufwendungen für Zuweisungen				
und Zuschüsse	-1.858.667.531,85	-1.997.227.128,73	-138.559.596,88	7,45
Sonstige Aufwendungen	-130.668.179,81	-134.533.968,44	-3.865.788,63	2,96
Summe Aufwendungen	-3.522.462.769,15	-3.983.054.766,28	-460.591.997,13	13,08
Verwaltungsergebnis	-217.939.091,81	-169.979.075,83	47.960.015,98	-22,01
Erträge aus Beteiligungen	5.705.732,94	10.992.408,06	5.286.675,12	92,66
Sonstige Zinsen und				
ähnliche Erträge	50.920.684,90	342.282.896,39	291.362.211,49	572,19
Sonstige Zinsen und				
ähnliche Aufwendungen	-645.366.473,70	-860.453.924,71	-215.087.451,01	33,33
Finanzergebnis	-588.740.055,86	-507.178.620,26	81.561.435,60	-13,85
Ergebnis der gewöhnlichen				
Verwaltungstätigkeit	-806.679.147,67	-677.157.696,09	129.521.451,58	-16,06
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	-122.928.000,00	-122.928.000,00	
Außerordentliches Ergebnis	0,00	-122.928.000,00	-122.928.000,00	
Steuern	-10.777,85	-10.137,14	640,71	-5,94
Jahresfehlbetrag	-806.689.925,52	-800.095.833,23	6.594.092,29	-0,82



Verwaltungsergebnis

Zunächst wird das Verwaltungsergebnis ermittelt, das unmittelbar auf die Kernaufgaben der Freien Hansestadt Bremen ausgerichtet ist. Das Verwaltungsergebnis beträgt rund –170 Mio. Euro, da den Erträgen in Höhe von rund 3.813 Mio. Euro Aufwendungen in Höhe von 3.983 Mio. Euro entgegenstehen. Das Verwaltungsergebnis hat sich gegenüber 2010 um rund 48 Mio. Euro verbessert.

Die Steuern und ähnliche Erträge sowie die Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen machen rund 84 % aller Erträge des Verwaltungsergebnisses aus. Im Bereich der Aufwendungen entfallen 87 % auf die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie die Personalaufwendungen.

Die genauere Analyse des Verwaltungsergebnisses zeigt zunächst, dass die Erträge der Freien Hansestadt Bremen 2011 gegenüber dem Vorjahr um rund 509 Mio. Euro deutlich zugenommen haben. Maßgeblich ist die positive Entwicklung der Erträge aus Steuern und steuerähnlichen Erträgen (+154 Mio. Euro) sowie der Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen (+392 Mio. Euro). Bei den Erträgen aus Finanzausgleichsbeziehungen wurde 2011 die erste Zahlung der Konsolidierungshilfe in Höhe von 300 Mio. Euro verbucht. Eine Verringerung der Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen vom Bund in Höhe von rund 51 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr war insbesondere durch den Wegfall der Zuweisungen für das Konjunkturpaket II (–41 Mio. Euro) bedingt.

Die Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse haben sich gegenüber 2010 um ca. 13 Mio. Euro auf rund 156 Mio. Euro erhöht.

Die Summe aller Aufwendungen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um rund 461 Mio. Euro auf 3.983 Mio. Euro.

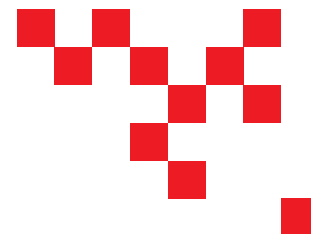
Während sich die Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit um 17 Mio. Euro auf 268 Mio. Euro reduzierten, stieg der Personalaufwand um rund 326 Mio. Euro auf 1.471 Mio. Euro im Jahr 2011. Die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen und ähnlicher Verpflichtungen in Höhe von 294 Mio. Euro hatte den größten Anteil an dieser Steigerung. Darüber hinaus wurde in der Freien Hansestadt Bremen – wie in den Standards staatlicher Doppik vorgesehen – erstmals für das Geschäftsjahr 2011 eine Rückstellung für nicht genommenen Urlaub in Höhe von rund 26 Mio. Euro gebildet.

Die Abschreibungen sind im Vorjahresvergleich um rund 9,3 Mio. Euro auf rund 112 Mio. Euro angestiegen. Ein deutliches Plus in Höhe von 7,8 Mio. Euro ergab sich hier bei den Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände.

Die Aufwendungen für Zuwendungen und Zuschüsse erhöhten sich 2011 gegenüber dem Vorjahr um rund 139 Mio. Euro. Allein die Zuschüsse für Investitionen an Sondervermögen erhöhten sich dabei um 133 Mio. Euro. Die Zahlungen an Bremerhaven haben sich in Summe um rund 28 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr erhöht: 2011 wurden rund 9 Mio. Euro mehr für den kommunalen Finanzausgleich und 21 Mio. Euro als Anteil an der Konsolidierungshilfe an Bremerhaven gezahlt.

Finanzergebnis

Mit –507 Mio. Euro konnte das Finanzergebnis um rund 82 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr verbessert werden. Aufgrund der einsetzenden wirtschaftlichen Erholung konnten



die Erträge aus der Gewinnabführung von Beteiligungen um rund 5,3 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Bei der Darstellung der Zinsen erfolgte gegenüber dem Vorjahr folgende Korrektur: Im Vorjahr wurden die Zinserträge vom sonstigen öffentlichen Bereich in dem Posten Zinsen und ähnliche Aufwendungen noch als Minderung des Zinsaufwandes ausgewiesen. In diesem Jahr werden sie unter sonstige Zinsen und ähnliche Erträge dargestellt. Insofern ist ein Vorjahresvergleich der einzelnen Posten nicht sinnvoll. Die Verbesserung des Finanzergebnisses ist aber maßgeblich durch die Entwicklungen der Zinssätze am Kreditmarkt, die für die bremischen Schulden zu zahlen sind, geprägt. Dabei profitierte die Freien Hansestadt Bremen von sinkenden Zinssätzen. So lag der durchschnittliche Zinssatz für die bremischen Schulden 2010 noch bei 4,18% und verringerte sich 2011 um 0,75 % Punkte auf 3,43 %.

Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit

Das Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit wird gebildet, indem zum

Verwaltungsergebnis das Finanzergebnis hinzugerechnet wird. Das Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit fällt zwar mit rund –677 Mio. Euro deutlich negativ aus, konnte aber gegenüber dem Vorjahreswert um rund 130 Mio. Euro verbessert werden.

Außerordentliches Ergebnis

Wie bereits ausgeführt, werden in der Erfolgsrechnung der Freien Hansestadt Bremen 2011 erstmals außerordentliche Aufwendungen in Höhe von ca. 123 Mio. Euro ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Korrekturen der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie für die Altersteilzeit, die das Geschäftsjahr 2010 betreffen.

Jahresergebnis 2011

Zur Ermittlung des Jahresfehlbetrages sind vom Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit das außerordentliche Ergebnis sowie die Steuern abzuziehen. Mit rund –800 Mio. Euro fällt der Jahresfehlbetrag 2011 rund 7 Mio. Euro geringer als im Vorjahr aus. Der Jahresfehlbetrag wird rechnerisch in die Vermögensrechnung überführt

INFO:

Geänderter Ausweis der Zinserträge

Vermögensrechnung

	Vermögensrechnung 31. 12. 2010 Euro	Vermögensrechnung 31. 12. 2011 Euro	Abweichung ggü. Vj. Euro	Abweichung ggü. Vj. %
Posten der Vermögensrechnung				
Anlagevermögen	7.477.342.852,13	7.518.722.519,81	41.379.667,68	0,55
Umlaufvermögen	1.822.855.510,48	2.092.615.011,08	269.759.500,60	14,80
Aktive Rechnungsabgrenzung	39.189.385,45	37.407.082,80	–1.782.302,65	–4,55
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	14.540.006.343,80	15.514.908.995,90	974.902.652,10	6,70
Summe Aktiva	23.879.394.091,86	25.163.653.609,59	1.284.259.517,73	5,38
Eigenkapital	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonderposten	488.995.965,21	492.892.701,01	3.896.735,80	0,80
Rückstellungen	5.879.072.000,00	6.319.011.659,04	439.939.659,04	7,48
Verbindlichkeiten	17.511.326.126,65	18.351.561.980,63	840.235.853,98	4,80
Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	187.268,91	187.268,91	
Summe Passiva	23.879.394.091,86	25.163.653.609,59	1.284.259.517,73	5,38



und mehrt dort den nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag.

Gegenüber der vorjährigen Vermögensrechnung hat sich das Anlagevermögen der Freien Hansestadt Bremen zum 31. 12. 2011 um rund 41 Mio. Euro auf 7.519 Mio. Euro erhöht. Wesentlich ist der Zuwachs bei Investitionszuweisungen und -zuschüssen um 79 Mio. Euro auf 1.994 Mio. Euro. Das Finanzanlagevermögen verminderte sich um rund 41 Mio. Euro auf 5.474 Mio. Euro.

Auch das Umlaufvermögen der Freien Hansestadt Bremen hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund 270 Mio. Euro auf 2.093 Mio. Euro gesteigert. Ursächlich hierfür waren die Steigerung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von rund 260 Mio. Euro sowie die Steigerung bei den liquiden Mitteln von rund 10 Mio. Euro. Im Posten Forderungen ist auch ein Teilbetrag der Konsolidierungshilfe in Höhe von 100 Mio. Euro enthalten, der erst 2012 gezahlt wurde und somit am Stichtag eine offene Forderung darstellte.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rund –1,8 Mio. Euro auf 37,4 Mio. Euro vermindert.

Im Geschäftsjahr 2011 wird ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ausgewiesen, der sich gegenüber dem Vorjahr um rund 975 Mio. Euro auf 15.515 Mio. Euro steigerte. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 6,70 % und ist maßgeblich durch den Jahresfehlbetrag in Höhe von 800 Mio. Euro bedingt. Zusätzliche Verschlechterungen des Eigenkapitals ergaben sich aus Bestandsanpassungen (vgl. S. 42–43).

Das Eigenkapital wird in der Vermögensrechnung der Freien Hansestadt Bremen

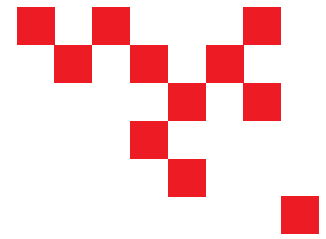
zum 31. 12. 2011 wie im Vorjahr mit dem Wert Null ausgewiesen.

Die Sonderposten für erhaltene Zuwendungen und Zuschüsse für Investitionen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr lediglich geringfügig um 3,9 Mio. Euro auf 493 Mio. Euro.

Der Bestand der Rückstellungen hat sich mit 7,48 % um 440 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr auf 6.319 Mio. Euro erhöht. Darin enthalten sind die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen für das Geschäftsjahr 2011, die 294 Mio. Euro betrugen. Von diesem Betrag entfielen 104 Mio. Euro auf Versorgungsempfänger und 170 Mio. Euro auf aktiv Beschäftigte sowie 20 Mio. Euro auf Beihilfe. Für das Geschäftsjahr 2010 wurde bei den Pensionsrückstellungen und ähnlicher Verpflichtungen eine erfolgswirksame Korrektur in Höhe von rund 120 Mio. Euro vorgenommen.

Ebenfalls in der Veränderung der Rückstellungen enthalten sind die sonstigen Rückstellungen, die sich gegenüber dem Vorjahreswert im Jahr 2011 um 25 Mio. Euro auf 112 Mio. Euro erhöhten. Zum einen wurden wie in den Standards staatlicher Doppik vorgesehen in der Freien Hansestadt Bremen erstmals für das Geschäftsjahr 2011 Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub in Höhe von rund 26 Mio. Euro gebildet. Zum anderen waren auch bei den Berechnungen der Rückstellungen für Altersteilzeit für die Eröffnungsbilanz per 01.01.2010 sowie die Vermögensrechnung zum 31. 12. 2010 Korrekturen notwendig.

Gegenüber der Vermögensrechnung des Vorjahres haben sich die Verbindlichkeiten der Freien Hansestadt Bremen um rund 840 Mio. Euro auf rund 18.352 Mio. Euro erhöht. Dies entsprach einer prozentualen Steigerung von 4,80 %.



Ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten wird erstmals in der Vermögensrechnung zum 31. 12. 2011 mit 0,187 Mio. Euro ausgewiesen.

Resümee

Das doppelte Jahresergebnis 2011 fällt mit einem Jahresfehlbetrag mit rund 800 Mio. Euro wie im Vorjahr deutlich negativ aus.

Trotz der 2011 erstmals als Ertrag verbuchten Konsolidierungshilfe in Höhe von 300 Mio. Euro und dem durch die erfreuliche Konjunkturlage bedingten Anstieg der Erträge stieg das Verwaltungsergebnis nur um rund 48 Mio. Euro. Das lag daran, dass den um rund 509 Mio. Euro gesteigerten Erträgen um rund 461 Mio. Euro gesteigerte Aufwendungen entgegenstanden. Diese Steigerung war überwiegend durch die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen in Höhe von rund 319 Mio. Euro sowie durch die Erhöhung der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse in Höhe von rund 139 Mio. Euro bedingt.

Ungeachtet der erhaltenen Konsolidierungshilfe setzt sich bei der Entwicklung des Verwaltungsergebnisses der Trend des Vorjahres fort. Die Erträge der Freien Hansestadt Bremen reichen bei Weitem nicht aus, um die originären Aufgaben der Gebietskörperschaft zu erfüllen. Die Aufwendungen der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen drücken stark auf das Ergebnis. Da die Sondervermögen seit 2011 keine Kreditermächtigungen mehr haben, werden die Kredite für die Sondervermögen im Kernhaushalt berücksichtigt und die Finanzbedarfe der Sondervermögen als zusätzliche Zuschüsse im Kernhaushalt abgebildet. Dieses führte 2011 dazu, dass sich

die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse um rund 139 Mio. Euro erhöhten.

Das Finanzergebnis fällt mit rund –507 Mio. Euro erneut deutlich negativ aus, da die Zinsaufwendungen die Erträge aus Beteiligungen und Zinsen übersteigen. Erfreulich ist jedoch, dass das Finanzergebnis aufgrund der Zinsentwicklung auf dem Kapitalmarkt gegenüber dem Vorjahr um rund 82 Mio. Euro verbessert werden konnte. Das Ergebnis zeigt aber auch, wie stark sich selbst geringe Änderungen der Zinssätze, die die Freie Hansestadt Bremen für ihre Schulden zahlen muss, auf das Finanzergebnis auswirken.

Im Gegensatz zum Vorjahr werden in der Erfolgsrechnung der Freien Hansestadt Bremen 2011 erstmals außerordentliche Aufwendungen in Höhe von ca. 123 Mio. Euro ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Korrekturen der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie für die Altersteilzeit, die das Geschäftsjahr 2010 betreffen. Die außerordentlichen Aufwendungen führen zusätzlich zu einer deutlichen Verschlechterung des Jahresergebnisses 2011.

Der Jahresfehlbetrag und die Bestandsanpassungen in der Vermögensrechnung führen zu einem Anstieg des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages auf rund 15,52 Mrd. Euro. Damit setzt sich die Entwicklung der bilanziellen Verschuldung fort. Aus Sicht der Vermögensrechnung ergeben sich auf der Aktivseite im Anlage- und Umlaufvermögen Vermögensposten in Höhe von rund 9,61 Mrd. Euro. Diesen Vermögensposten stehen auf der Passivseite der Vermögensrechnung Verbindlichkeiten in Höhe von rund 18,35 Mrd. Euro entgegen.

**INFO:**

Erhebliche Belastung
durch Altschulden-
problematik und
Zinslasten

Nachtragsbericht

Im Nachtragsbericht werden Sachverhalte, die zwischen dem Bilanzierungszeitpunkt und Bilanzerstellungszeitraum bekannt wurden, erläutert.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat am 03.07.2012 die Verschmelzung der Bremer und Bremerhavener Arbeit GmbH mit dem Kernhaushalt rückwirkend zum 01.01.2012 beschlossen.

Sämtliche bremischen Projekte des Konjunkturprogramms II wurden zwischenzeitlich gegenüber dem Bund abgerechnet. Die Verwendungsprüfung des Bundes hat in keinem einzigen Fall zu Beanstandungen geführt. Das Konjunkturprogramm II war für Bremen somit ein voller Erfolg.

Risiko- und Chancenbericht

Im Risiko- und Chancenbericht erfolgt die Darstellung der Risiken und der Chancen, die sich im Falle des Eintretens wesentlich auf die Lage und den Geschäftsverlauf der Freien Hansestadt Bremen auswirken. Dabei ergibt sich für die Freien Hansestadt Bremen aus der Tatsache, dass die Steuereinnahmen in Abhängigkeit der Konjunkturlage erfolgen, ein allgemeines Risiko. Im Falle eines Konjunktureinbruchs können die Ausgaben nicht im gleichen Maße gesenkt werden, wie die Einnahmen sinken. Die größten Aufwandspositionen (z.B. Personalkosten) haben keinen Bezug zur Einnahmesituation Bremens bzw. bestimmte Aufwandspositionen (z.B. Sozialleistungen) erhöhen sich sogar durch einen Konjunktureinbruch.

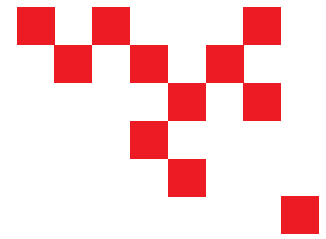
In den Prognoserechnungen ist eine Personalkostensteigerung von 0,9% pro Jahr vorgesehen. Aus den Tarifabschlüssen für 2012, die über die geplanten Personalkostensteigerungen hinausgehen, erwachsen

der Freien Hansestadt Bremen finanzielle Risiken.

Bei den bremischen Eigenanstrengungen zur Haushaltssanierung ist zu berücksichtigen, dass die Freie Hansestadt Bremen ihren Konsolidierungskurs mit äußerst schwieriger Ausgangslage antritt. Die Altschulden- und Zinslasten der bestehenden extremen Haushaltsnotlage stellen eine erhebliche Belastung dar, die trotz der Konsolidierungshilfen in den kommenden Jahren weiter steigen wird.

Die demografischen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen wirken sich stark auf die zentralen Einnahme- und Ausgabepositionen Bremens aus. Die Bevölkerungsentwicklung beeinflusst beispielsweise die Sozialhilfelaisten. Sinkende oder steigende Zinssätze haben ebenfalls eine direkte Auswirkung auf die Einnahmen und Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen. Die Entwicklung dieser Faktoren ist deshalb mitentscheidend für den Erfolg der Haushaltskonsolidierung. Die für die längerfristigen Entwicklungsperspektiven der bremischen Haushalte wesentlichen Fragestellungen, die der Föderalismuskommission als „Offenen Themensammlung“ vorgelegt wurden, sind zunächst nicht aufgegriffen worden und sind damit auf die Beratungen zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs für 2019 ff. vertagt worden. Die Freie Hansestadt Bremen hat anlässlich der Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung darauf hingewiesen, dass die Einhaltung des Konsolidierungskurses voraussetzt, dass die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern in dieser Phase nicht zulasten der Konsolidierungsländer verändert wird und dass die Schwächungen der Einnahmebasis der Länder durch den Bund nicht erfolgt. Zugleich wurde auf die auf eine angemessene

INFO:
Abhängigkeit der staatlichen Einnahmen von der Konjunktur



ne Finanzausstattung des Landes zielende Klage der Freien Hansestadt Bremen beim Bundesverfassungsgericht verzichtet.

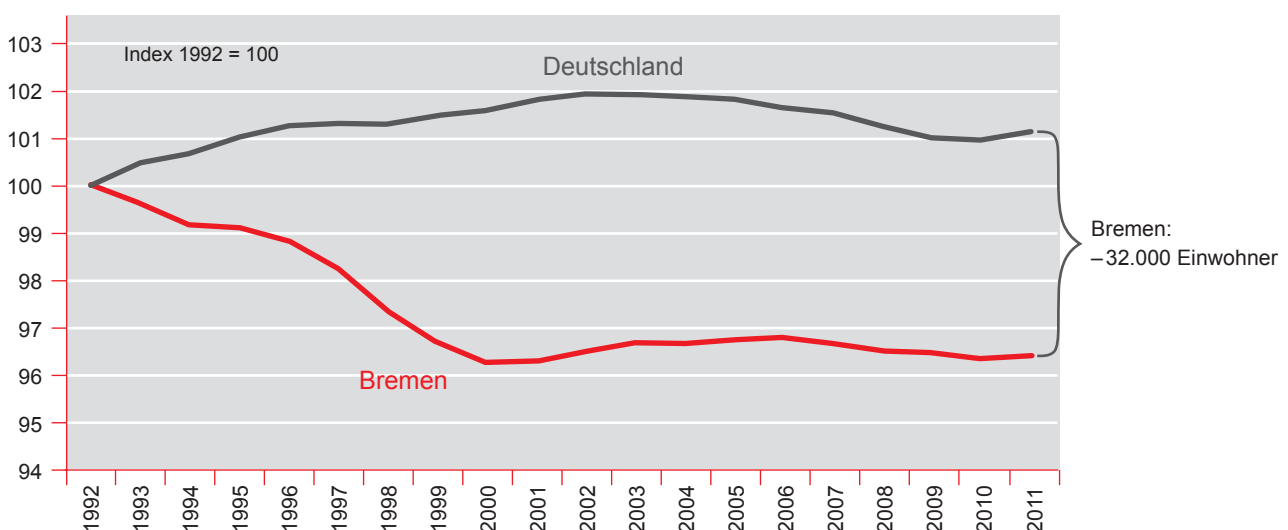
Mit den besonderen stadtstaatenspezifischen Ausgabelasten (Sozialhilfelasten, oberzentrale Funktionen etc.) und der hierfür unzureichenden Finanzausstattung bestehen wesentliche Ursachen bzw. Risikofaktoren der bremischen Haushaltsnotlage unverändert fort. Nachdem die mit Einsetzung der Föderalismuskommission formulierte Aufgabenstellung, auch Vorschläge für die Stärkung der „aufgabenadäquaten Finanzausstattung“ der Gebietskörperschaften zu erarbeiten, in den Empfehlungen der Kommission keinen Niederschlag gefunden hat, sind hier Lösungen erst im Zuge der Neuordnung der Finanzausgleichssystematik ab 2019 zu erwarten. Planungen und Modellrechnungen für den Konsolidierungszeitraum müssen daher zunächst von einem Fortbestand der Unterfinanzierung der stadtstaatenspezifischen Ausgabelasten ausgehen.

Eine weitere wichtige Rahmenbedingung des bis 2020 zu bewältigenden Konsolidierungskurses stellt die Bevölkerungsentwicklung des Stadtstaates dar. Dieser Zusammenhang ist einerseits durch das derzeitige System der Finanzverteilung begründet, das im Wesentlichen auf die Einwohnerzahl der Länder abstellt: Sowohl die Umsatzsteuerverteilung als auch die bremischen Ansprüche im bundesstaatlichen Finanzausgleich orientieren sich in starkem Maße am Einwohneranteil des Stadtstaates am gesamten Bundesgebiet. Andererseits stellen Abwanderungen in das niedersächsische Umland ein zentrales Problem dar, weil wohnortbezogene Steuereinnahmen verloren gehen, während Ausgaben für oberzentrale Versorgungsfunktionen nach wie vor zu leisten sind. Wenn sich die Bevölkerungsentwicklung in Bremen im gleichen Maße wie die in der Bundesrepublik entwickelt hätte, könnte Bremen rund 32.000 Einwohner mehr verzeichnen.

INFO:

Föderalismuskommission regelt die Finanzierung der stadtstaatenspezifischen Ausgabelasten nicht neu

Bevölkerungsentwicklung



**INFO:**

Altersgruppenspezifische Bevölkerungsentwicklungen beeinflussen die zukünftige Aufgabenwahrnehmung

INFO:

Link: <http://www.siemens.com/press/pool/de/events/2011/corporate/2011-06-germany/german-gci-report-d.pdf>

Die sich aufgrund des Keimausbruchs auf der Kinderintensivstation im kommunalen Klinikum Bremen-Mitte bereits 2011 abzeichnende negative Entwicklung der Gesamtergebnisse im kommunalen Klinikverbund Gesundheit Nord wird sich aufgrund des hohen Imageschadens auch noch in dem Folgejahren fortsetzen. Die Freie Hansestadt Bremen steht vor der großen Aufgabe, ein Gesamtsanierungskonzept zur langfristigen Sicherung des Klinikverbundes der Gesundheit Nord in kommunaler Trägerschaft zu erarbeiten.

Der German Green City Index, der aufgrund einer Analyse der Leistungen zwölf deutscher Großstädte im Bereich Umwelt- und Klimaschutz erstellt wird, bescheinigt, dass Bremen insgesamt im Ergebnisband „über Durchschnitt“ liegt und mit einem der bundesweit geringsten Abfallaufkommen pro Person, einem sehr niedrigen durchschnittlichen Wasserverbrauch sowie dem

drittgrößten Radwegenetz im deutschlandweiten Vergleich punktet.

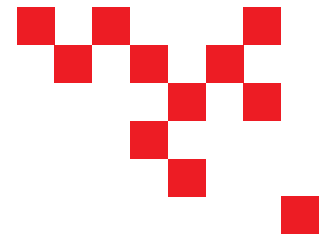
Prognosebericht

Im Prognosebericht wird auf voraussichtliche Entwicklungen in der Freien Hansestadt Bremen eingegangen.

Von wesentlicher Bedeutung sind die mittel- und langfristig zu erwartenden altersgruppenspezifischen Bevölkerungsentwicklungen. Es zeigt sich, dass in Bremen in den Jahren bis 2020 die Altersklassen, die die Nachfrage nach Plätzen im Schul- und Ausbildungsbereich bestimmen, deutlich rückläufig sind, während gleichzeitig die Jahrgänge mit verstärkter Pflegebedürftigkeit stark zunehmen werden. Außerdem wird in der zweiten Hälfte des Konsolidierungszeitraumes das Erwerbspersonenpotenzial des Landes deutlich abnehmen. Diese Entwicklung wird die Anforderungen an die öffentliche Aufgabenwahrnehmung erheblich beeinflussen.

Bevölkerungsprognosen für den Stadtstaat Bremen

	2010	Veränd. 2010 bis 2016		Veränd. 2016 bis 2020	
	Einwohner	Einwohner	%	Einwohner	%
Betreuung U3 und Kindergarten (unter 6-Jährige)	32.301	-379	-1,2	-119	-0,4
Schule (6- bis unter 19-Jährige)	74.647	-4.398	-5,9	-2.000	-2,8
Berufliche Bildung (19- bis unter 25-Jährige)	52.522	-4.604	-8,8	-1.147	-2,4
Erwerbstätige (25- bis unter 65-Jährige)	359.753	-428	-0,1	-4.621	-1,3
Rentner (geringe Pflegebed.) (65- bis unter 80-Jährige)	103.487	+1.316	+1,3	-3.673	-3,5
Hochbetagte (höhere Pflegebed.) (über 80-Jährige)	37.996	+3.939	+10,4	+7.432	+17,7



Die hohe Verschuldung des Stadtstaates wird bis 2020 – wenn auch mit rückläufigen Jahresraten – weiter zunehmen. Bei planmäßigem Verlauf des Defizitabbaus wird der Schuldenstand des Landes und seiner Städte bereits am Ende des Finanzplanzeitraumes (2016) um rund 2,5 Mrd. Euro und im Endjahr des Konsolidierungszeitraumes (2020) – auch nach Gegenrechnung der Konsolidierungshilfen – um knapp 2,6 Mrd. Euro über dem Ausgangswert des Jahres 2010 liegen.

Da die Neuverschuldung in allen Einzelhaushalten des Landes vollständig abzubauen ist, besteht damit auch der weit überwiegender Handlungsbedarf zum Abbau des strukturellen Defizits im kommunalen Bereich, der aufgrund überproportionaler Sozialhilfefasten und sonstiger, in Großstädten überdurchschnittlicher Ausgabeverpflichtungen sowie äußerst begrenzter Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung über nur geringe Gestaltungsspielräume verfügt.

Ohne Lösung der Altschuldenproblematik und ohne adäquate Abbildung der besonderen, vor allem im kommunalen Bereich bestehenden Problemlagen in der Finanzausstattung des Stadtstaates ist eine dauerhafte Überwindung der massiven Haushaltsprobleme des Landes nicht zu erreichen. Die hierfür notwendigen Weichenstellungen sind – nach entsprechenden Verhandlungen mit Bund und Ländern – spätestens zur vorgesehenen Novellierung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs im Jahr 2019 vorzunehmen, d.h. parallel zum laufenden Konsolidierungsprozess vorzubereiten.

Weitere Ausrichtung des betriebswirtschaftlichen Rechnungswesens

Der eingeschlagene Weg zur Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens wird fortgesetzt. Dabei setzt die Freie Hansestadt

Bremen auch vor dem Hintergrund der geltenden kameralen Maßstäbe für den Nachweis des Konsolidierungskurses bis 2020 weiterhin auf die ergänzende doppische Betrachtung. Vor dem Hintergrund der knappen zur Verfügung stehenden Mittel wird auf groß angelegte Einführungsprojekte mit hohem finanziellen Mitteleinsatz weiterhin verzichtet und stattdessen Reformvorhaben in kleinen überschaubaren Teilprojekten in Eigenverantwortung durchgeführt. Zunächst wurden mit einem kleinen Kernteam Geschäftsberichte für den Kernhaushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen erstellt. Um jedoch einen umfänglichen Überblick über den Gesamtbestand des bremischen Vermögens und der Schulden zu erhalten, soll in einem nächsten Schritt ebenfalls die aus dem Kernhaushalt ausgegliederten Einheiten, wie beispielsweise Sonderhaushalte und Sondervermögen, mit betrachtet werden. Hierzu ist 2012 die Erstellung eines Konzeptes zur betriebswirtschaftlichen Konsolidierung der doppischen Jahresabschlüsse geplant.

Die Strategie bei der Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens in Bremen bleibt, die bestehenden Instrumente zu erweitern, um differenzierter analysieren und besser steuern zu können. Ziel ist es, für jede Fragestellung die bestmögliche Antwort zu erhalten und in einem „konzeptionellen Werkzeugkoffer“ für jeden Zweck das richtige Werkzeug zu haben. Dabei gibt es Fragen, die besser aus der Kameralistik und andere, die besser aus dem betriebswirtschaftlichen Rechnungswesen beantwortet werden können. Im Weiteren wird es darum gehen, auch die Erkenntnisse aus den doppischen Jahresabschlüssen in die politischen Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

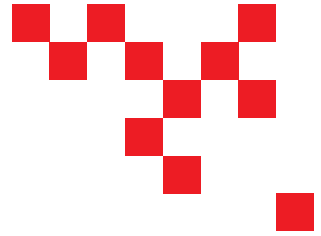
INFO:

Trotz Defizitabbaus wird die Verschuldung weiter zunehmen

INFO:

Bundesstaatlicher Finanzausgleich muss neu geregelt werden

Finanzrechnung zum 31.12.2011



Die Finanzrechnung stellt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes des Haushaltsjahres in Form einer Cashflow-Rechnung dar.

Dabei werden ausgehend vom Jahresergebnis die liquiditätswirksamen und nicht liquiditätswirksamen Veränderungen der Vermögens- und Erfolgsrechnung innerhalb eines Haushaltsjahres nach bestimmten Kriterien dargestellt. Es wird letztendlich wie bei der kameralen Haushaltsrechnung auf Betrachtung der liquiden Einnahmen und Ausgaben abgestellt.

Die Freie Hansestadt Bremen hat sich unter Anwendung der Standards staatlicher Doppik bei Ermittlung des Cashflows aus der laufenden Verwaltungstätigkeit (CF I) für die indirekte Ermittlungsmethode entschieden. Die Cashflows aus Investitionstätigkeit (CF II) und aus Finanzierungstätigkeit (CF III) werden, wie in den Standards vorgegeben, nach der direkten Methode, also auf der Basis von Zahlungsdaten, ermittelt.

Die Finanzrechnung baut sich wie folgt auf:

- **Cashflow I** (CF aus der laufenden Verwaltungstätigkeit = operativer CF)
Der Cashflow I gibt die zahlungswirksame Tätigkeit wieder, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen ist. Bei der indirekten Methode wird das Jahresergebnis ohne Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses um nicht zahlungswirksame Aufwendungen und Erträge bereinigt.

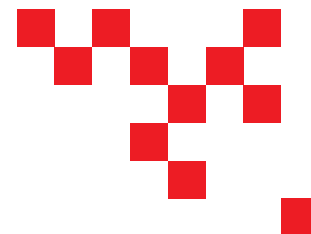
- **Cashflow II** (CF aus Investitionstätigkeit)
Der Cashflow aus Investitionstätigkeit umfasst den Erwerb und die Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens sowie von längerfristigen finanziellen Vermögenswerten, die nicht dem Finanzmittelfonds oder der Finanzierungstätigkeit zuzurechnen sind.
- **Cashflow III** (CF aus Finanzierungstätigkeit)
Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit umfasst alle zahlungswirksamen Aktivitäten, die sich auf den Umfang und die Zusammensetzung der Eigenkapitalposten und der Finanzschulden der Gebietskörperschaft auswirken, vor allem die Aufnahme und Tilgung von Krediten. Hier können auch Maßnahmen der Binnenfinanzierung, wie etwa die Finanzierung von Versorgungsleistungen abgebildet werden.

Die Bestände an Zahlungsmitteln (Barmittel und täglich fällige Sichteinlagen) und Zahlungsmitteläquivalenten (als Liquiditätsreserve gehaltene, kurzfristige, äußerst liquide Finanzmittel, die jederzeit in Zahlungsmittel umgewandelt werden können und nur unwesentlichen Wertschwankungen unterliegen) werden als Finanzmittelfonds bezeichnet.

Der Finanzmittelfonds zum Stichtag muss mit der Summe aus Cashflow I, II und III und dem Bestand des Finanzmittelfonds zu Beginn der Periode übereinstimmen.

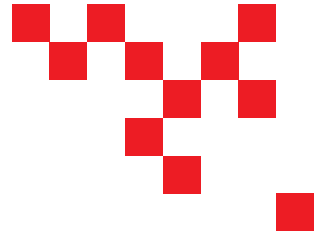
Im Gegensatz zur Darstellung im Anhang werden Leerposten in der Finanzrechnung ausgewiesen.

Nr.	Bezeichnung	31.12.2011 Euro	31.12.2010 Euro
CF I Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit			
1	Jahresergebnis ohne außerordentliche Posten	-677.167.833,23	-806.689.925,52
1.1	+/- Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-800.095.833,23	-806.689.925,52
1.2	+/- Außerordentliches Ergebnis	+122.928.000,00	0,00
2	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	+111.991.452,71	+102.671.654,67
2.1	+ Abschreibungen auf das Anlagevermögen	+111.991.452,71	+102.671.654,67
2.2	- Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	0,00	0,00
3	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	+316.688.000,00	+13.567.000,00
3.1	+ Zunahme der Rückstellungen	+319.449.000,00	+27.427.000,00
3.2	- Abnahme der Rückstellungen	-2.761.000,00	-13.860.000,00
4	+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	-135.535.196,35	-551.788,48
4.1	+ Sonstige zahlungsunwirksame betriebliche Aufwendungen	+15.918.085,22	+12.733.662,11
4.2	- Sonstige zahlungsunwirksame betriebliche Erträge	-151.453.281,57	-13.285.450,59
5	+/- Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Anlagevermögen	+58.886,19	+513.838,40
5.1	- Erträge aus dem Abgang von AV	-37.324,12	-13.687,63
5.2	+ Verluste aus dem Abgang von AV	+96.210,31	+61.396,42
5.3	- Erträge aus dem Abgang von Anteilen an Unternehmen	0,00	0,00
5.4	+ Verluste aus dem Abgang von Anteilen an Unternehmen	0,00	+466.129,61
6	+/- Abnahme/Zunahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-562.074.621,28	-371.076.190,12
6.1	Vorräte und geleistete Anzahlungen auf Vorräte	-213,66	-568,34
6.2	Forderungen aus Steuern	+47.081.000,00	-13.006.000,00
6.3	Forderungen aus Zuweisungen und Zuschüssen	0,00	0,00
6.4	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-4.358.984,69	+4.618.266,61
6.5	Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Einrichtungen, gegen Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, gegen Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	-355.703.872,10	-63.139.890,37
6.6	Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	-112.030.623,49	-76.801.799,25
6.7	Sonstige Vermögensgegenstände	-138.856.461,83	-222.445.809,22
6.8	Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
6.9	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	+1.794.534,49	-300.389,55
7	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	+25.856.722,82	+36.840.182,26



Nr.	Bezeichnung	31.12.2011 Euro	31.12.2010 Euro
CF I Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit			
7.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (soweit nicht CF III)	0,00	–8.681.326,14
7.2	Verbindlichkeiten aus Steuern	0,00	0,00
7.3	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen	0,00	0,00
7.4	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0,00
7.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	–51.400,53	+26.982,20
7.6	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen, gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	+19.741.174,91	+59.845.661,06
7.7	Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	–1.354.684,03	–52.437.433,72
7.8	Sonstige Verbindlichkeiten	+7.521.632,47	+38.086.298,86
7.9	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
8	+/- Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Positionen	0,00	0,00
8.1	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
8.2	Außerordentlicher Aufwand	0,00	0,00
9	Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit (CF I)	–920.182.589,14	–1.024.725.228,79
CF II Cashflow aus Investitionstätigkeit			
10	+ Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	+52.411,00	+3.870,00
11	– Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	–13.787.308,47	–17.637.313,15
12	+ Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00
13	– Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	–180.708.208,18	–193.442.964,85
14	+ Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	+1.227.060,24	+59.518,76
15	– Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	–371.016,88	–163.433.489,58
16	+ Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0,00	0,00
17	– Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0,00	0,00
18	+ Einzahlungen aus erhaltenen Investitionszuweisungen und Investitionszuschüssen	+28.983.252,43	+1.222.028,85
19	Cashflow aus Investitionstätigkeit (CF II)	–164.603.809,86	–373.228.349,97

Nr.	Bezeichnung	31.12.2011 Euro	31.12.2010 Euro
CF III Cashflow aus Finanzierungstätigkeit			
20	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,00	0,00
21	– Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	0,00	0,00
22	+ Einzahlungen aus der Ausgabe von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	+10.071.100.000,00	+9.723.339.534,46
22.1	Anleihen und Obligationen	+8.655.000.000,00	+6.540.000.000,00
22.2	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (soweit nicht CF I)	+870.000.000,00	+2.789.812.903,46
22.3	Sonstige Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	+546.100.000,00	+393.526.631,00
23	– Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	–8.976.758.030,00	–8.301.187.480,66
23.1	Anleihen und Obligationen	–7.700.000.000,00	–5.552.258.376,24
23.2	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (soweit nicht CF I)	–1.174.588.436,00	–2.281.671.259,26
23.3	Sonstige Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	–102.169.594,00	–467.257.845,16
24	Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (CF III)	+1.094.341.970,00	+1.422.152.053,80
25	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 9, 19 und 24)	+9.555.571,00	+24.198.475,04
26	+/- Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0,00	0,00
26.1	Kurzfristige Geldanlagen	0,00	0,00
26.2	Festgeld	0,00	0,00
26.3	Bankkonten	0,00	0,00
26.4	Kassen	0,00	0,00
26.5	Handvorschüsse	0,00	0,00
26.6	Zahlstellen	0,00	0,00
26.7	Geldannahmestellen	0,00	0,00
26.8	Kurzfristige Kassenkredite	0,00	0,00



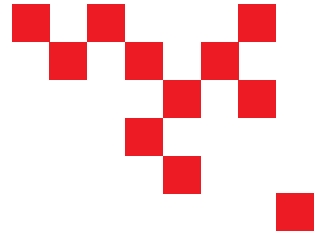
Nr.	Bezeichnung	31.12.2011 Euro	31.12.2010 Euro
CF III Cashflow aus Finanzierungstätigkeit			
27	+ Finanzmittelfonds 01.01. des Jahres	+52.551.176,87	+28.352.701,83
27.1	Kurzfristige Geldanlagen	0,00	0,00
27.2	Festgeld	0,00	0,00
27.3	Bankkonten	+52.469.729,81	+28.276.764,59
27.4	Kassen	+81.447,06	+75.937,24
27.5	Handvorschüsse	0,00	0,00
27.6	Zahlstellen	0,00	0,00
27.7	Geldannahmestellen	0,00	0,00
27.8	Kurzfristige Kassenkredite	0,00	0,00
28	Summe Cashflow und Finanzmittelfonds 01.01. des Jahres	+62.106.747,87	+52.551.176,87
29	Finanzmittelfonds 31.12. des Jahres	+62.106.747,87	+52.551.176,87
	Kurzfristige Geldanlagen	0,00	0,00
	Festgeld	0,00	0,00
	Bankkonten	+61.965.079,73	+52.469.729,81
	Kassen	+141.668,14	+81.447,06
	Handvorschüsse	0,00	0,00
	Zahlstellen	0,00	0,00
	Geldannahmestellen	0,00	0,00
	Kurzfristige Kassenkredite	0,00	0,00

Die Freie Hansestadt Bremen erstellt im Rahmen des doppelten Jahresabschlusses eine Finanzrechnung in Form einer Cashflow-Rechnung. In dieser werden Herkunft und Verwendung der flüssigen Geld-

mittel für die laufende Verwaltungs-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit innerhalb des Haushaltsjahres aufgezeigt und den Zahlen des Vorjahres gegenübergestellt.



Anlagen



ANPASSUNG ERÖFFNUNGSBILANZ

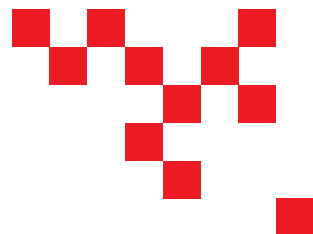
Nach den Standards staatlicher Doppik ist eine erfolgsneutrale Berichtigung der für die Eröffnungsbilanz ermittelten Werte innerhalb eines Zeitraums von vier Jahren nach Eröffnungsbilanzstichtag zulässig, wenn sich aufgrund neuer Erkenntnisse bei Überprüfung der für die Erstellung der Eröffnungsbilanz zugrunde gelegten Daten geänderte und damit anzupassende Werte ergeben. Innerhalb dieses Zeitraums sind die Korrekturen in den Bilanzposten und erfolgsneutral innerhalb des Postens Nettoposition in dem Haushaltsjahr, in dem sie bekannt werden, vorzunehmen und im Anhang zu erläutern.

Die Freie Hansestadt Bremen hat im Rahmen der Erstellung der Jahresabschlüsse zum 31.12.2010 und 31.12.2011 die Wertansätze der Eröffnungsbilanz auf den 01.01.2010 überprüft und notwendige Anpassungen in den Berichtsjahren 2010 und 2011 vorgenommen.

Anpassung Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010

AKTIVA

	Eröffnungsbilanz 01.01.2010 Euro	Anpassung im Berichtsjahr 2010 U = Umgliederung Euro	Anpassung im Berichtsjahr 2011 U = Umgliederung Euro	Neuer Wertansatz Eröffnungsbilanz 01.01.2010 Euro
A. ANLAGEVERMÖGEN	6.844.813.773,38	+321.464.042,67	+39.794.250,53	7.206.072.066,58
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.821.287.042,00	0,00	0,00	1.821.287.042,00
1. Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	1.817.467.227,53	0,00	0,00	1.817.467.227,53
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.819.814,47	0,00	0,00	3.819.814,47
II. Sachanlagen	32.911.092,34	0,00	0,00	32.911.092,34
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	140.556,94	0,00	0,00	140.556,94
2. Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	30.154.914,22	0,00	0,00	30.154.914,22
3. Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen und Anlagen im Bau	2.615.621,18	0,00	0,00	2.615.621,18
III. Finanzanlagen	4.990.615.639,04	+321.464.042,67	+39.794.250,53	5.351.873.932,24
1. Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	888.478.944,14	+346.530.906,28	+25.130,18	1.235.034.980,60
2. Beteiligungen	70.965.356,25	U -220.029,80 -256.081,44	+39.769.120,35	110.258.365,36
3. Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	2.864.263.177,70	-35.352.211,37	0,00	2.828.910.966,33
4. Ausleihungen an Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	1.032.097.034,98	0,00	0,00	1.032.097.034,98
5. Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	134.811.125,97	U +220.029,80 +10.541.429,20	0,00	145.572.584,97
B. UMLAUFVERMÖGEN	1.464.455.685,25	-38.888.995,90	0,00	1.425.566.689,35
		U +877.641,79	U -877.641,79	
I. Vorräte	239.477,02	0,00	0,00	239.477,02
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.435.863.506,40	-38.888.995,90	0,00	1.396.974.510,50
		U +877.641,79	U -877.641,79	
1. Forderungen aus Steuern	206.282.000,00	0,00	0,00	206.282.000,00
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	141.998.956,02	0,00	0,00	141.998.956,02
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Einrichtungen	240.633.874,75	U +877.641,79	U -877.641,79	240.633.874,75
4. Forderungen gegen Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	208.318.278,94	0,00	0,00	208.318.278,94
5. Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Sonstige Vermögensgegenstände	638.630.396,69	-38.888.995,90	0,00	599.741.400,79
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks	28.352.701,83	0,00	0,00	28.352.701,83
C. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	38.888.995,90	0,00	0,00	38.888.995,90
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	12.678.686.454,82	+455.702.953,23	+430.029.749,47	13.564.419.157,52
		U -877.641,79	U +877.641,79	
BILANZSUMME	21.026.844.909,35	+738.278.000,00	+469.824.000,00	22.234.946.909,35

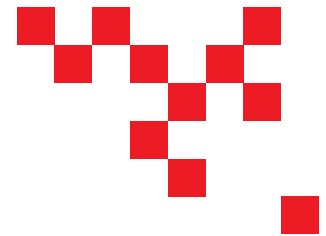
**PASSIVA**

	Eröffnungsbilanz 01.01.2010 Euro	Anpassung im Berichtsjahr 2010 Euro	Anpassung im Berichtsjahr 2011 Euro	Neuer Wertansatz Eröffnungsbilanz 01.01.2010 Euro
A. EIGENKAPITAL	0,00	0,00	0,00	0,00
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONEN	512.261.345,52	0,00	0,00	512.261.345,52
C. RÜCKSTELLUNGEN	4.657.403.000,00	+738.278.000,00	+469.824.000,00	5.865.505.000,00
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.587.873.000,00	+738.278.000,00	+450.278.000,00	5.776.429.000,00
II. Sonstige Rückstellungen	69.530.000,00	0,00	+19.546.000,00	89.076.000,00
D. VERBINDLICHKEITEN	15.857.180.563,83	0,00	0,00	15.857.180.563,83
I. Anleihen und Obligationen	9.104.256.602,91	0,00	0,00	9.104.256.602,91
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.929.631.930,17	0,00	0,00	2.929.631.930,17
III. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	38.418,62	0,00	0,00	38.418,62
IV. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	160.798.706,27	0,00	0,00	160.798.706,27
V. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht	183.820,68	0,00	0,00	183.820,68
VI. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	60.369.021,61	0,00	0,00	60.369.021,61
VII. Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	53.792.117,75	0,00	0,00	53.792.117,75
VIII. Sonstige Verbindlichkeiten	3.548.109.945,82	0,00	0,00	3.548.109.945,82
BILANZSUMME	21.026.844.909,35	+738.278.000,00	+469.824.000,00	22.234.946.909,35

Entwicklung der Wertansätze in der Vermögensrechnung zum 31. 12. 2010

AKTIVA

	Vermögensrechnung bisheriger Wertansatz zum 31. 12. 2010 Euro	Anp. Eröffnungsbilanz Rückwirkung für 2010 A=Anp. Eröffnungsbilanz U= Umgliederung Euro	Vermögensrechnung neuer Wertansatz zum 31. 12. 2010 Euro
A. ANLAGEVERMÖGEN	7.437.548.601,60	39.794.250,53	7.477.342.852,13
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.920.519.390,59	0,00	1.920.519.390,59
1. Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	1.915.089.543,84	0,00	1.915.089.543,84
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	5.429.846,75	0,00	5.429.846,75
II. Sachanlagen	42.022.220,33	0,00	42.022.220,33
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	134.151,80	0,00	134.151,80
2. Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	38.885.599,86	0,00	38.885.599,86
3. Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen und Anlagen im Bau	3.002.468,67	0,00	3.002.468,67
III. Finanzanlagen	5.475.006.990,68	39.794.250,53	5.514.801.241,21
1. Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	1.235.019.940,43	A 25.130,18	1.235.045.070,61
2. Beteiligungen	70.489.245,01	A 39.769.120,35	110.258.365,36
3. Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	2.828.910.966,33	0,00	2.828.910.966,33
4. Ausleihungen an Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	1.195.484.868,36	0,00	1.195.484.868,36
5. Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	145.101.970,55	0,00	145.101.970,55
B. UMLAUFVERMÖGEN	1.823.733.152,27	-877.641,79	1.822.855.510,48
I. Vorräte	240.045,36	0,00	240.045,36
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.770.941.930,04	-877.641,79	1.770.064.288,25
1. Forderungen aus Steuern	219.288.000,00	0,00	219.288.000,00
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	139.695.234,93	0,00	139.695.234,93
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Einrichtungen	337.965.617,75	U -877.641,79	337.087.975,96
4. Forderungen gegen Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	175.004.068,10	0,00	175.004.068,10
5. Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	76.801.799,25	0,00	76.801.799,25
6. Sonstige Vermögensgegenstände	822.187.210,01	0,00	822.187.210,01
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks	52.551.176,87	0,00	52.551.176,87
C. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	39.189.385,45	0,00	39.189.385,45
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	14.109.098.952,54	430.029.749,47 U 877.641,79	14.540.006.343,80
BILANZSUMME	23.409.570.091,86	469.824.000,00	23.879.394.091,86

**PASSIVA**

	Vermögensrechnung bisheriger Wertansatz zum 31.12.2010 Euro	Anp. Eröffnungsbilanz Rückwirkung für 2010 A=Anp.Eröffnungsbilanz U=Umgliederung Euro	Vermögensrechnung neuer Wertansatz zum 31.12.2010 Euro
A. EIGENKAPITAL	0,00	0,00	0,00
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONEN	488.995.965,21	0,00	488.995.965,21
C. RÜCKSTELLUNGEN	5.409.248.000,00	469.824.000,00	5.879.072.000,00
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	5.342.193.000,00	A 450.278.000,00	5.792.471.000,00
II. Sonstige Rückstellungen	67.055.000,00	A 19.546.000,00	86.601.000,00
D. VERBINDLICHKEITEN	17.511.326.126,65	0,00	17.511.326.126,65
I. Anleihen und Obligationen	10.091.998.226,67	0,00	10.091.998.226,67
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.803.103.655,45	0,00	4.803.103.655,45
III. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	65.400,82	0,00	65.400,82
IV. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	163.679.298,82	0,00	163.679.298,82
V. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.873.577,08	0,00	11.873.577,08
VI. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	105.644.333,72	0,00	105.644.333,72
VII. Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	1.354.684,03	0,00	1.354.684,03
VIII. Sonstige Verbindlichkeiten	2.333.606.950,06	0,00	2.333.606.950,06
BILANZSUMME	23.409.570.091,86	469.824.000,00	23.879.394.091,86



Glossar

INFO:

Identisch lautende Begriffe, die sowohl in der Doppik als auch in der Kameralistik benutzt werden, sind hier aus doppischer Sicht definiert

Abschreibungen

Die Abschreibungen stellen die Wertminderungen von Vermögensgegenständen des Anlage- und Umlaufvermögens dar.

Anlagenbuchhaltung

Die Anlagenbuchhaltung dient als Nebenbuchhaltung der Finanzbuchhaltung dem Ausweis der Anlagegüter und deren Werteverzehr in Form der Abschreibungen.

Anlagevermögen

Als Anlagevermögen werden alle Vermögensgegenstände bezeichnet, die dazu dienen sollen, langfristig zur Aufgabenerfüllung der Freien Hansestadt Bremen beizutragen.

Beteiligungen

Beteiligungen stellen den Anteil an privatrechtlich organisierten Unternehmen dar.

Bilanz

Siehe Vermögensrechnung.

Bürgschaft

Durch eine Bürgschaft wird eine Verpflichtung begründet, ggf. für eine fremde Geldschuld gegenüber einem Dritten einzustehen.

Cashflow

Der Cashflow ist eine finanzielle Größe, die im Rahmen der Finanzrechnung ermittelt wird und den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angibt.

Doppelte Buchführung (Doppik)

Die doppelte Buchführung in Konten (Doppik) ist ein Rechnungswesensystem, in dem jeder Geschäftsvorfall sowohl auf seine Auswirkung hinsichtlich des Erfolges als auch hinsichtlich der Auswirkungen auf das Vermögen aufgezeichnet wird.

Eigenbetrieb nach § 26 Abs. 2 LHO

Ein Eigenbetrieb ist ein nicht rechtsfähiges Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen (FHB), das durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes entstanden und zur Erfüllung einzelner Aufgaben der FHB bestimmt ist. Entsprechend gelten für ihn die Vorschriften der LHO, soweit durch ein anderes Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

Erfolgsrechnung

In der Erfolgsrechnung wird für die Rechnungsperiode der Ertrag dem Aufwand gegenübergestellt und das Ergebnis der Periode ermittelt. Die Erfolgsrechnung wird auch als Gewinn- und Verlustrechnung bezeichnet.

Finanzrechnung

Die Finanzrechnung ermittelt als Bestandteil des doppelischen Jahresabschlusses in der FHB als Liquiditätsrechnung den Unterschiedsbetrag zwischen den Ein- und Auszahlungen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)

Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) sind bewegliche Wirtschaftsgüter mit einer Nutzungsdauer von mehr als einem Jahr, deren Nettoanschaffungskosten einen bestimmten festgesetzten Wert nicht überschreiten. GWG werden zwingend über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren abgeschrieben.

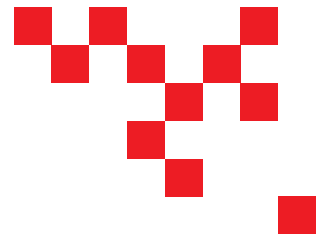
Gewinn- und Verlustrechnung

(siehe Erfolgsrechnung)

Gemäß den Festlegungen in den Standards staatlicher Doppik wird der Begriff Gewinn- und Verlustrechnung durch den Begriff Erfolgsrechnung ersetzt.

Haushaltsrechnung

Die Haushaltsrechnung ist die kameralische Jahresrechnung über den Haushalt, die dem Parlament zur Entlastung des Senats vorzulegen ist.



Investitionen

Investitionen sind langfristig nutzbare Vermögensgegenstände, die im Anlagevermögen ausgewiesen werden.

Kameralistik

Die Kameralistik ist ein überwiegend von der öffentlich-rechtlich organisierten Verwaltung angewendetes Buchführungssystem, bei dem Einnahmen und Ausgaben geführt werden und den geplanten Einnahmen und Ausgaben (Anschlag bzw. Soll) sowie tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben (Ist) eines Haushaltsjahres gegenübergestellt werden.

Kernverwaltung (FHB)

Die Kernverwaltung bildet den originären Kern staatlicher Aufgabenwahrnehmung ab, die unmittelbar über die bremischen Haushalte abgewickelt wird.

Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzung ist die periodengerechte Abgrenzung von Aufwendungen und Erträgen. In Abweichung von den tatsächlichen Zahlungsströmen wird der Ertrag bzw. der Aufwand den verursachungsgerechten Perioden zugeordnet.

Rücklagen

Rücklagen sind Teil des Kapitals, das buchungstechnisch bestimmten zukünftigen bekannten Zwecken zugeführt werden soll.

Rückstellungen

Rückstellungen sind eine Berücksichtigung von zukünftigem Aufwand, dessen Eintreten dem Grund oder der Höhe nach noch nicht sicher ist und der in der abzuschließenden Rechnungsperiode verursacht wurde.

Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO

Ein Sondervermögen ist ein rechtlich unselbstständiger, abgesonderter Teil des Vermögens der FHB. Es ist durch Gesetz oder

aufgrund eines Gesetzes begründet und dient der Erfüllung einzelner Aufgaben der gründenden Gebietskörperschaft.

Sonstige Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO

Ein sonstiges Sondervermögen ist eine bewirtschaftete, rechtlich unselbstständige, abgesonderte Vermögensmasse der FHB ohne Personalkörper in Ausgestaltung eines Sondervermögens nach § 26 Abs. 2 LHO.

Standards staatlicher Doppik

Als untergesetzliche Normierung zum Haushaltsgrundsatzgesetz werden in den Standards staatlicher Doppik für die Länder und den Bund einheitliche Ansatz-, Bewertungs- und Darstellungsregeln zum doppischen Rechnungswesen festgelegt.

Umlaufvermögen

Als Umlaufvermögen werden alle Vermögensgegenstände bezeichnet, die dazu bestimmt sind, kurzfristig der FHB zu dienen.

Vermögensnachweis

Der Vermögensnachweis ist die zusammengefasste Übersicht über das Vermögen und die Schulden der FHB zum Stichtag des jeweiligen Haushaltsjahres.

Vermögensrechnung

Die Vermögensrechnung ist die stichtagsbezogene Gegenüberstellung der Vermögenswerte und deren Finanzierung. In privatwirtschaftlichen Unternehmen wird die Vermögensrechnung als Bilanz bezeichnet.

Zuwendungen

Zuwendungen sind Leistungen nach § 23 /– § 44 LHO aus dem öffentlichen Haushalt an Stellen außerhalb der FHB zur Erfüllung von Aufgaben, an denen die öffentliche Hand ein erhebliches Interesse hat.

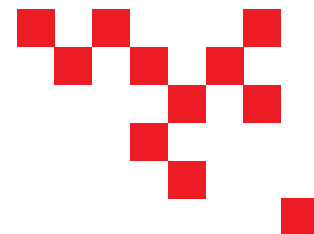
INFO:

Weitere Begriffsdefinitionen können im ABC der Haushaltspraxis nachgeschlagen werden: <http://www.finanzen.bremen.de/info/ABC-Haushaltspraxis>



Abkürzungen

AG	Aktiengesellschaft
AöR	Anstalt öffentlichen Rechts
BEZ	Bundesergänzungszuweisung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
Doppik	Doppelte Buchführung in Konten
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
eG	eingetragene Genossenschaft
FHB	Freie Hansestadt Bremen
FöKo	Föderalismuskommission
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
GWG	Geringwertige Wirtschaftsgüter
LFA	Länderfinanzausgleich
LHO	Landeshaushaltsordnung
ReSoSta	Regionales Sonderprogramm zur Unterstützung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Land Bremen in Begleitung der Umstrukturierungen im Stahlsektor
StaBu	Statistisches Bundesamt
StaLa	Statistisches Landesamt
SV	Sondervermögen



Impressum

Herausgeber

Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Finanzen
Presse- & Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Telefon: 0421 361 4072
Fax: 0421 496 4072

E-Mail: office@finanzen.bremen.de

<http://www.finanzen.bremen.de/info/Bilanz-berichte>

Druck

Druckerei der Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Dieser Geschäftsbericht wurde – mit Ausnahme des Umschlags – auf Recyclingpapier (Image Recycled High White von Antalis) gedruckt. Es besteht zu 100 % aus Altpapier und erfüllt alle Anforderungen des Blauen Engels.

Konzept und Gestaltung

Gestalt und Form
Agentur für Unternehmenskommunikation
Schwachhauser Heerstraße 2a
28203 Bremen

Bildnachweis

Titelbild (Bremer Stadtmusikanten)
Titelbilder (klein) (Roland + Überseestadt)
Quelle: Freie Hansestadt Bremen

Seite: 2, 6, 21, 26, 54, 77, 78
Quelle: Freie Hansestadt Bremen

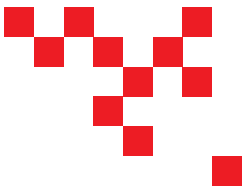
Seite: 46, 97
Quelle: bremenports

Seite: 83
Quelle: JadeWeserPort

Seite: 92
Quelle: Feuerwehr Bremen

Seite: 94
Quelle: Kunsthalle Bremen –
der Kunstverein in Bremen
Foto: Stefan Müller

Seite: 96
Quelle: swb AG



Die Senatorin für Finanzen

Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Telefon: 0421 361 4072

Fax: 0421 496 4072